



Verwegene Ansichten

texte und mehr aus 15 jahren



uniLinks!

Linke Liste im Studierendenparlament, an der
Uni Bielefeld & darüber hinaus, seit 1999



Impressum

V.i.S.d.P.:

:uniLinks! – linke Liste im Stupa, an der Uni Bielefeld und darüberhinaus

Covergestaltung:

herbird.Gröhlemeyer

Druck:

AJZ Druck & Verlag / Bielefeld, mit großem Dank und
solidarischen Grüßen an die Drucker*innen!

<http://www.ajzdruck.de/>

Kontakt:

Hochschulliste :uniLinks!

c/o Allgemeiner Studierendenausschuss / Sekretariat

Universität Bielefeld

Postfach 10 01 31

33501 Bielefeld

Email-Adresse: liste@unilinks.info

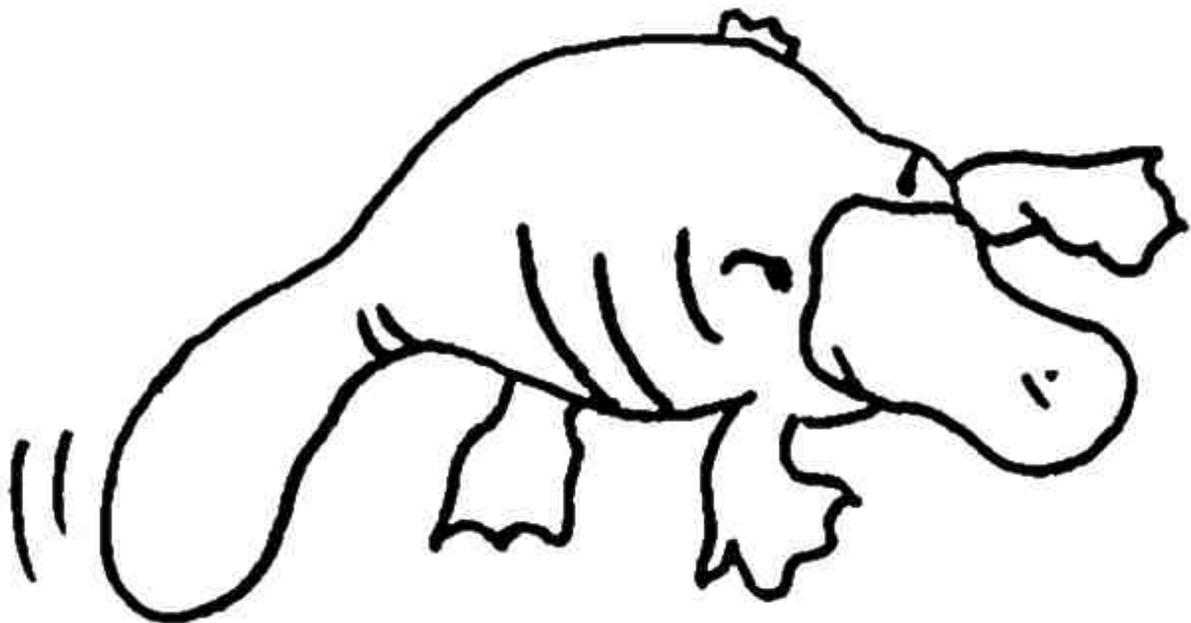
Homepage: <http://www.unilinks.info/>

Youtube Channel: <https://www.youtube.com/channel/UCNCazuM9VjMoGkZRZDsfl-A>

Facebook: <https://www.facebook.com/uniLinks-129806703717617>

Verwegene Ansichten

TEXTE UND MEHR AUS 15 JAHREN :UNILINKS!



Einleitung	7
Geschichte von :uniLinks!	9
Gediegener Antiparlamentarismus und Wahlk(r)ampf	21
Hochschul- und Bildungspolitik & Bologna	43
Geschichte und Strategie linker Bewegungen	81
Feminismus	97
Antirasismus	103
Antifaschismus & Antisemitismuskritik	115
Grenzübergreifende Solidarität & Internationalismus	125
Repression & Solidarität	137
Religionskritik	143
Antimilitarismus	155
Ökologie	163
Epilog	167

Möhp möhp! – Monothematisch sind die anderen!

:uniLinks! wants to spread the word und kann dabei auf eine ganz schön lange Geschichte als linksradikale Hochschulgruppe an der Uni Bielefeld zurückblicken. Entstanden ist die Gruppe Ende 1999 als Nachfolgerin der damaligen „Linken Liste“. Von Anfang an ging es :uniLinks! darum, sich für eine weitgehende Autonomie und Stärkung der AGen, Referate und Fachschaften innerhalb der AStA-Strukturen einzusetzen und zugleich über den engen Tellerrand der studentischen Hochschulpolitik hinaus zu schauen.



Wie sich das eigene Selbstverständnis, das Verhältnis zu anderen politischen Listen und Gruppierungen an der Uni sowie die eigene thematische (und damit sowohl die theoretische als auch die praktische) Schwerpunktsetzung im Laufe der Zeit verändert hat, erfahrt ihr beim Stöbern durch diesen Reader, der Materialien aus den ersten fünfzehn Jahren :uniLinks! versammelt. Wir haben den Reader thematisch strukturiert und dort wo es uns nötig erschien, Hintergrundinformationen zu den Texten und Geschehnissen eingestreut, um den Kontext deutlich zu machen und um damit die Verständlichkeit zu erhöhen.

WARUM DIESER READER?

In einer älteren Selbstdarstellung von :uniLinks! heißt es, dass wir versuchen, Erfahrungen von Niederlagen und Erfolgen über Bewegungszyklen hinaus zu bewahren und weiterzugeben, so dass nicht jede Studi-Generation wieder von vorne anfangen muss. Genau hierin besteht auch Sinn und Zweck

dieses Readers, so dass wir – das sind Leute aus unterschiedlichen »Generationen« :uniLinks! – uns vor einiger Zeit entschlossen haben, Geschriebenes und Gedachtes, das in den letzten Jahren unter dem Label :uniLinks! erschienen ist, in einem Reader zusammenzustellen. Wir hoffen, dass er ein Stück weit zum »Gedächtnis« der linksradikalen (Hochschul-) Politik an der Uni Bielefeld – und vielleicht auch darüber hinaus – beitragen kann. Erschienen ist er in begrenzter Auflage als Printversion, er steht aber auch auf unserer Homepage <http://unilinks.info> zum Download als pdf bereit.

Widmen möchten wir diesen Reader den vielen Menschen, die in dieser Zeit in irgendeiner Form am Projekt :uniLinks! mitgewirkt und so auch ein Stückchen linksradikale Politik in Bielefeld geprägt haben. Falls wer von euch irgendwo noch alte Flugblätter, Schnippsel oder Fotos von Transpis – insbesondere aus den ersten Jahren – auf der Festplatte oder unterm Kopfkissen versteckt hat, würden wir uns über diese freuen, um so möglicherweise noch vorhandene Gedächtnislücken schließen zu können!

DANKE EUCH, VIEL SPAß BEIM SCHMÖKERN UND WEITERMACHEN!

PS: Falls Ihr Euch über unsere Zeitrechnung wundert: Dieser Reader erscheint aus verschiedenen Gründen unpünktlich. Eigentlich wollten wir ihn schon im ersten Halbjahr 2015 veröffentlichen, so dass das mit den 15 Jahren :uniLinks! gut hingekommen wäre... Aber es hat halt alles mal wieder ein bisschen länger gedauert... darum nun also erst im Sommer 2017. Gut Ding will ja bekanntlich Weile haben... so long! Euer Redaktionsgrüppchen





Geschichte von :uniLinks!

Autonome ins Stupa? (1999)

Wir sind eine neue Hochschulgruppe, die sich aus Leuten zusammensetzt, die in verschiedenen AG's und Referaten des AStA tätig sind. Das reicht von der AntiFa AG über den AK Energie und die Anti-EXPO AG bis hin zum FrauenLesben Referat.

Wir haben dieses Jahr beschlossen, uns den Parlamentarismus anzutun, weil wir es leid sind, die Interessen der AG's immer nur über andere Hochschulgruppen in's StuPa einbringen zu können.

Wie alles begann...

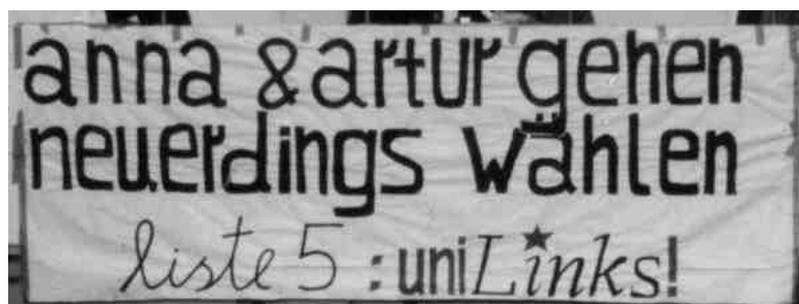
...ist nicht mehr so 100%ig zu rekonstruieren. Aber irgendwann gegen Ende 1999 haben sich wohl die ersten Leute aus Resten der zuvor aufgelösten "Linken Liste" zusammengefunden, um :uniLinks! zu gründen und Einfluss auf die Geldverteilung innerhalb der Studierendenschaft zu nehmen.

Damit verbunden war von Anfang an ein Spagat zwischen einer grundsätzlich parlamentarismus-kritischen Haltung und dem als notwendig erachteten Kampf um Plätze im StuPa. Denn das StuPa ist nunmal der Ort, an dem über die Geldverteilung entschieden wird. Dieser Spagat findet sich in den Texten und Selbstdarstellungen, die auf den folgenden Seiten unter der Rubrik "Geschichte von :uniLinks!" dokumentiert sind. Daneben werden sicher auch Verlagerungen in den thematischen Schwerpunkten der Gruppe deutlich.

Wir werden für den Erhalt und die weitest mögliche Autonomie der AG's und Referate innerhalb der AStA-Strukturen und eine ausreichende Finanzierung dieser sorgen.

Grundsätzlich stellen wir jedoch den Parlamentarismus und StellvertreterInnenpolitik in Frage. Gerade deshalb erachten wir die AG's und Referate des AStA für wichtig – nur dort kann jede und jeder fernab vom Formaldreck (gewählt oder eingestellt werden) politisch aktiv werden.

Somit findet die inhaltliche Arbeit von :uniLinks! hauptsächlich innerhalb der AG's und Referate statt. Wir wollen im StuPa aber nicht nur unsere Pfründe sichern, sondern auch an anderen wichtigen Entscheidungen mitwirken: Die bisherige Unterstützung der Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht", die Ende 2000 nach Bielefeld kommen soll, muß beibehalten und ggf. aufgestockt werden – auch gegen den Widerstand gewisser konservativer Kreise inner- und außerhalb der Universität. Das StuPa muß sich eindeutiger als bisher gegen rechtskonservative und neofaschistische Tendenzen, wie Burschenschaften und den FH-Prof Pfeiffenberger, positionieren.



Selbstdarstellung

(2002)

:uniLinks! ist eine Hochschulgruppe, die sich aus Leuten zusammensetzt, die zum überwiegenden Teil bereits seit einiger Zeit in verschiedenen Arbeitsgemeinschaften (AGen) und Referaten des Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA) tätig sind. Das reicht von der AntiFa AG bis zum FrauenLesben-Referat.

Obwohl wir grundsätzliche Kritik sowohl am Parlamentarismus als auch an den unispezifischen Auswüchsen der StellvertreterInnenpolitik üben, haben wir uns Ende 1999 entschlossen, für das Studierendenparlament (StuPa) zu kandidieren und hatten damit grossen Erfolg. Als zweitstärkste Fraktion arbeiten wir seit Anfang des Jahres 2000 dort mit.

Wir werden uns für den Erhalt und die weitestmögliche Autonomie der AGen und Referate innerhalb der AStA-Strukturen einsetzen und auch hier unsere hauptsächliche inhaltliche Arbeit leisten, wo jede und jeder von uns und Euch direkt und ohne Wahlen politisch aktiv werden kann.

:UNILINKS! LIEBÄUGELT MIT

der Uni als öffentlichem und HERRschaftsfreiem Raum, dem allgemeinpolitischen Mandat für Studierendenvertretungen, elternunabhängiger und ausreichender Studienfinanzierung, konsequenter Demokratisierung der Hochschulen und damit tatsächlicher Mitbestimmung von Studierenden und nichtwissenschaftlichen MitarbeiterInnen in der Universität, der freien Wahl aller Gremien: eine Person – eine Stimme, freiem Zugang zu Bildung und gebührenfreiem Studium

:UNILINKS! WENDET SICH GEGEN

Frauenförderung als reine Institution: für Frauenpolitik von Frauen für Frauen, die Ausrichtung von Forschung und Lehre an wirtschaftlichen Verwertbarkeitskriterien und damit gegen die fortschreitende Kommerzialisierung der Hochschulen – gegen eine “Dr.-Oetker-Uni”, rechtskonservative und neofaschistische Tendenzen in Gesellschaft und Hochschule.



Selbstdarstellung (2008)

:uniLinks! ist ein seit 1999 bestehender Zusammenschluss von Leuten aus linken und autonomen Strukturen. Wir liebäugeln mit einer offenen Uni, in der eine herrschaftskritische und an Emanzipation interessierte Bildung und Wissenschaft ohne Verwertbarkeitszwänge stattfinden kann. Neben Hochschulpolitik setzen wir uns noch mit verschiedensten Themen, wie Antifaschismus, Antisemitismus, Antimilitarismus, Migrationspolitik und Rassismuskritik, Genderpolitik, Biopolitik (z.B.: Patentrechte, Reproduktionstechnologie), Ökopolitik, Zensur & Privacy, Internationalismus, Kapitalismuskritik, ..., auseinander. Wir verstehen uns als Störung im neoliberalen, rassistischen und sexistischen Normalzustand an der Uni und anderswo. Obwohl wir grundsätzlich Kritik am Parlamentarismus wie auch der StellvertreterInnenpolitik üben, haben wir uns entschlossen für das Stupa zu kandidieren. Das Stupa ist der Ort, an dem die Entscheidungen über Politik und Finanzen der Studierendenschaft getroffen werden. Wir wollen auch in diesem Jahr wieder Einfluss darauf nehmen, dass eine kontinuierliche Arbeit in den autonomen Referaten, den Ag'n und den Fachschaften ermöglicht wird. Wir möchten ermöglichen, dass Entscheidungen dort getroffen werden, wo eure und unsere inhaltliche Arbeit geleistet wird. Dort, wo jede und jeder direkt und ohne Wahlen aktiv werden kann, dafür brauchen wir eure Unterstützung.

:uniLinks! wendet sich in diesem Zusammenhang explizit gegen die seit Jahren vom AStA verfolgte Politik der Zentralisierung politischer Aktivitäten. Damit einhergehend plädiert :uniLinks! für eine grundlegende Kritik von Hochschulrat und neoliberalen Reformen, anstatt diese durch das Bemühen im ‚Konzert der Großen‘ mitspielen zu dürfen, auch noch (ungewollt) zu legitimieren – genau dies macht der AStA, wenn er sich um eine studentische Stimme im Hochschulrat bemüht.



Mit einer grundlegenden Kritik der aktuellen Hochschulreformen und der damit verbundenen Forderung eines politischen Kampfes gegen diese Reformen geht es :uniLinks! nicht um eine Idealisierung alter Verhältnisse. Die Forderung nach Demokratisierung, Selbstorganisation sowie der politische Kampf um eine emanzipative Uni sollten vielmehr als Teil eines gesellschaftlich emanzipatorischen Projekts verstanden werden. In diesem Sinne sollte die Möglichkeit der Kritik ausgebaut und mit andernorts stattfindenden sozialen Kämpfen verknüpft werden.

NACH DEM WAHLKRAMPF IST :UNI LINKS! WIEDER MITTWOCHS AB 20:30 IM INFOLADEN NEBEN DEM AJZ, HEEPER STRASSE 132 ANZUTREFFEN.

Wahlbündnis zur Stupa-Wahl 2009

Zur Stupa-Wahl 2009 haben sich die Gruppen ;RABATZ!, :uniLinks! und R.O.S.A. zu dem Wahlbündnis emanzipatorisch_radikale_Linke zusammengeschlossen. Dies ist ein Versuch die Dominanz der Listen, die in den letzten Jahren den AStA der Uni Bielefeld getragen haben, zu beenden. Dafür benötigen wir eine starke linke Fraktion mit einer lauten Stimme im nächsten StuPa.

Wir versprechen uns durch unsere Zusammenarbeit, offensiver linke und linksradikale Inhalte und Positionen in die Studierendenschaft tragen zu können. Dabei soll jede der drei Gruppen ihre

Individualität und jede einzelne Person die eigene Meinung bewahren. In einem verbindlichen Bündnis führt dies zu interessanten Diskussionen, welche zu neuen Ide-

aber hier leben,
nein danke

:uniLinks!

Stupa-Wahl 6.-10.7. / Liste 6 / Wahlbündnis EmRaLi

en und Vorhaben führen können. Dadurch soll linke Politik in der Uni Bielefeld sichtbar werden.

Die emanzipatorisch_radikale_Linke tritt ein für die Stärkung der selbstverwalteten Strukturen in der Studierendenschaft. Wir wenden uns dabei gegen die oft anzutreffende Verwaltungsmentalität in der Hochschulpolitik. Auch die parlamentarische Organisation der Verfassten Studierendenschaft lehnen wir ab. Einfache und direkte Möglichkeiten der Beteiligung in Form von Vollversammlungen und Arbeitsgruppen, wie bspw. die AG für freie Bildung im Vorfeld des Bildungstreiks, sind unserer eigenen hochschulpolitischen Erfahrung nach die weitaus sinnvollere Form, kontinuierliche inhaltliche Arbeit zu leisten. Hier kann jede_r auch ohne Amt aktiv werden. Auch die Entscheidungen über Finanzmittel sollen dabei dort getroffen werden, wo die politische Arbeit stattfindet und nicht im StuPa.

EmRaLi will eine offene Uni, in der herrschaftskritische und an Emanzipation interessierte Bildung und Wissenschaft ohne Verwertbarkeitszwänge stattfinden kann. Die neoliberalen Reformen der Hochschulen lehnen wir ab. Die Verschärfung der Konkurrenzsituation und die Erhöhung der Arbeitsbelastung in Studium, Forschung und Lehre lässt allen Beteiligten immer weniger Raum für kritische und kreative, vergnügliche Auseinandersetzung mit interessanten Inhalten.

Lange Jahre zeichnete sich :uniLinks u.a. durch gepflegte Distanz zu den anderen Hochschulgruppen aus - insbesondere solchen, die sich selbst gerne als 'links' verstanden. Lieblingsgegner waren etwa die Gruppe ALi (Alternative Linke / Alternative Liste ?? - wir wissen es nicht mehr genau) oder der neu gegründete SDS.

Ende der 2000er änderte sich die Haltung und es entstanden erste Bündnisse mit anderen Gruppen, 2009 etwa im Rahmen des Wahlbündnisses EmRaLi mit den Gruppen R.O.S.A. und ;RABATZ!.

Der Alltag wird immer mehr durch Zwänge strukturiert und auch die Freizeit, die mensch für angenehmere Nebenaktivitäten nutzen kann, wird immer mehr eingeschränkt. Diese Entwicklung muss gestoppt werden. Dabei geht es nicht um die Idealisierung alter Verhältnisse, sondern um die Eröffnung besserer Perspektiven, die erst noch erkämpft werden müssen!

Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass eine gesellschaftspolitische Kehrtwende nicht an der Uni, oder im Bildungssystem allein gemacht werden kann. Darum versteht EmRaLi die Kritik der miesen Verhältnisse an der Uni als Teil eines gesellschaftlich-emanzipatorischen Projekts. Alle drei Gruppen befassen sich in diesem Sinne nach wie vor mit sozialen Kämpfen außerhalb des hochschulpolitischen Spektrums. So steht bald etwa die Aktionswoche gegen Abschiebung an, an der wir uns wie letztes Jahr aktiv beteiligen werden.

FIGHT SEXISM, RACISM, FASCISM AND HOMOPHOBIA!

wir verpassen ja doch nichts, wenn
wir nicht früh aufstehen

Stupa-Wahl 6.-10.7. / Liste 6 / Wahlbündnis EmRaLi

:uniLinks!

:uniLinks! Reader

wer wir sind und was wir wollen

Selbstdarstellung aus dem Jahr 2012

**IM ZWEIFEL FÜR DEN ZWEIFEL,
DAS ZAUDERN UND DEN ZORN**

:uniLinks! ist eine seit 1999 bestehende gruppe von leuten aus linken und selbstverwalteten zusammenhängen. wir liebäugeln mit einer offenen uni, in der eine herrschaftskritische und an emanzipation interessierte bildung und wissenschaft ohne verwertbarkeitszwänge stattfinden kann. wir wollen keine uni, die von rektorat, hochschulrat und profs dominiert wird, sondern radikaldemokratische selbstverwaltung. mit der grundlegenden kritik der hochschule und ihrer zurückliegenden (bologna-) reformierung geht es nicht um eine idealisierung alter verhältnisse. soziale kämpfe in der uni und im bildungsbereich verstehen wir als teil eines gesellschaftlich-emanzipatorischen projekts. wir wollen unsere kritik deshalb weitergehend formulieren und mit andernorts stattfindenden kämpfen und einer umfassenden linken organisierung verknüpfen.

:uniLinks! interveniert an der uni und anderswo aber wir wollen uns dabei nicht in einzelnen auseinandersetzungen, wie z.b. um studiengebühren, völlig aufreiben. stattdessen versuchen wir erfahrungen von niederlagen und erolgen über bewegungszyklen hinaus zu bewahren und weiterzugeben, so dass nicht jede studi-generation wieder von vorne anfangen muss...

neben hochschulpolitik setzen wir uns mit verschiedensten themen, wie antifaschismus, kritik des antisemitismus, antimilitarismus, migrationspolitik und rassismuskritik, genderpolitik, internationalismus, kapitalismuskritik,... auseinander. dabei verstehen wir uns als störung im neoliberalen, rassistischen und sexistischen normalzustand an der uni und anderswo. so unterstützen wir z.b. unserer freund_innen von :extraLinks!, die gemeinsam mit einigen anderen linken gruppen aus bielefeld die initiative „roter montag“ gegründet haben, eine monatliche veranstaltungsreihe in der extra-blues-bar in der innenstadt (rotermontag.blogspot.de).

obwohl wir grundsätzliche kritik am parlamentarismus wie auch an der stellvertreterInnenpolitik üben, haben wir uns entschlossen für das stupa zu kandidieren. das stupa ist der ort, an dem die entscheidungen über politik und finanzen der studierendenschaft getroffen werden. wir wollen auch dieses jahr wieder einfluss darauf nehmen, dass eine kontinuierliche arbeit in den autonomen referaten, den ag'n und den fachschaften ermöglicht wird. wir möchten, dass entscheidungen dort getroffen werden, wo eure und unsere inhaltliche arbeit geleistet wird, dort, wo jede_r direkt und ohne wahlen aktiv werden kann.

JETZT BRAUCHT :UNILINKS! DEINE UNTERSTÜTZUNG, UM WEITERHIN SO GRANDIOS ARBEITEN ZU KÖNNEN. ALSO KOMM DOCH MAL VORBEI UND MACH MIT! UND LIKE UNS BEI FACEBOOK!

WEITERE INFOS: [HTTP://UNILINKS.INFO](http://unilinks.info) ODER SCHICK 'NE MAIL:

LISTE@UNILINKS.INFO WÄHL UNS BEI DER NÄCHSTEN STUPA-WAHL VOM 01. BIS 05. JULI 2013!



:uniLinks!**Flyer zur Stupa-Wahl 2012, der auch erklärt, warum :uniLinks! sich am Parlamentarismus der Studierendenschaft beteiligt**

WAS IST DENN :UNI LINKS! ?

...eine gruppe von leuten aus linken und selbstverwalteten zusammenhängen. wir liebäugeln mit einer offenen uni, in der eine herrschaftskritische bildung und wissenschaft ohne verwertbarkeitszwänge stattfinden kann. wir wollen keine uni, die von rektorat und profs dominiert wird, sondern radikaldemokratische selbstbestimmung. wir beschäftigen uns aber auch mit anderen politischen themen, wie z.b. feminismus und antirassismus.

STUPA? ... ASTA?

... im STUdierendenPARlament wird der asta (Allgemeiner STUdierendenAusschuss) gewählt. der asta ist die politische interessenvertretung aller studierenden der uni. die politischen listen, die im stupa eine mehrheitskoalition bilden, bestimmen, welche leute im asta sind und grob was der asta macht. im stupa wird auch das geld verteilt, das wir alle mit unseren semesterbeiträgen zusammenschmeißen (nicht zu verwechseln mit den abgeschafften studiengebühren! die haben rektorat und fakultäten verwaltet!). :uniLinks! hat sich in den letzten beiden jahren an der aufstellung des haushalts beteiligt, da erfreulicherweise linke mehrheiten im stupa zustande kamen.

WARUM MACHT :UNI LINKS! DA MIT?

wir haben grundsätzliche kritik am parlamentarismus und auch an der stellvertreter_innenpolitik, die im asta stattfindet. stattdessen sind wir für politische gruppen, in denen alle ohne amt selbstbestimmt aktiv werden können. dies ist z.b. in den AGn (wie die AG Freie Bildung) und den meisten fachschaften möglich. wir beteiligen uns am stupa, um einfluss darauf zu nehmen, dass die arbeit dieser gruppen finanziell gesichert wird. außerdem nutzen wir das stupa, um unseren (hochschul-) politischen positionen gehör zu verschaffen. wenn du diesen ansatz gut findest, dann informier Dich hier: <http://unilinks.info> oder schau doch mal bei unseren treffen vorbei! um rauszufinden wann die stattfinden, kontaktier uns unter liste@unilinks.info :-)

wähl uns bei der stupa-wahl 25.-29. juni!



Interessiertentreffen

Anfangs war...

... :uniLinks! ein Zusammenschluss von Menschen, die auch privat befreundet waren. Dies hatte zur Folge, dass die Gruppe in den ersten Jahren nicht unbedingt eine "offene" Gruppe war. Einerseits war es dadurch nicht unbedingt einfach, neue Leute zu gewinnen, andererseits war es für Interessierte von "außen" aber auch nicht einfach, Teil der Gruppe zu werden. Erst ab dem Jahr 2007 fanden und finden regelmäßig offene Interessiertentreffen statt.



2007

autonome und antifaschistische politik an der uni?

NUR MIT DIR UND :UNILINKS!

die Studierenden der Uni schmeißen pro Jahr einige hundert tausend Euro zusammen. Das ist viel Geld, und der größte Teil davon wird für studentische Hochschulpolitik und für Service-sachen genutzt. Doch an der Uni arbeiten auch politische Arbeitsgemeinschaften und autonome Referate. Damit deren unabhängige, emanzipatorische Arbeit gesichert und ausgebaut werden kann, damit Kampagnen, Vorträge, Workshops, Ausstellungen laufen können, brauchen wir laute Stimmen im Studierendenparlament, denn da wird das Geld verteilt.

:uniLinks! setzt seit dem Jahr 2000 an dieser Stelle an und streitet mit und für alte und neue Politikgruppen, die allen offen stehen und nicht von parteinahen FunktionärInnen besetzt werden. Jetzt brauchen wir dich! beim

INTERESSIERTENTREFFEN

AM 16. JANUAR 2007 – UM 18:00 UHR – IM SCHWUR (C1-172)

2010

herrschaftskritische und antifaschistische politik an der uni? nur mit dir und :uniLinks!

KENNENLERN- UND INTERESSIERTENTREFFEN AM MONTAG, 21. JUNI 2010 UM 18:00 UHR C.T. – IM SCHWUR (C1-172)

:uniLinks! ist ein seit 1999 bestehender zusammenschluss von leuten aus linken und selbstverwalteten zusammenhängen. wir liebäugeln mit einer offenen uni, in der an emanzipation interessierte bildung und wissenschaft ohne verwertbarkeitszwänge stattfinden kann. obwohl wir grundsätzliche kritik am parlamentarismus und an der stellvertreter_innenpolitik üben, ist das

studierendenparlament ein ort an dem wir aktiv sind, denn die studierenden der uni schmeißen pro jahr einige hundert tausend euro zusammen, die dort verteilt werden. das ist viel geld, und der größte teil davon wird für studentische hochschulpolitik und für service-sachen genutzt. doch an der uni arbeiten auch politische ag'n und unabhängige referate, wo jede und jeder direkt und ohne wahlen politisch aktiv werden kann. wir wollen deren arbeit sichern, damit kampagnen, vorträge, workshops, ausstellungen und vieles mehr laufen können!

und was gediegener antiparlamentarismus ist (mind the gap! ;-), warum wir eine linksradikale organisierung an der uni zusätzlich zu asta-strukturen und protestbewegungen wichtig finden und was wir sonst noch so machen erfährst du beim kennenlern- und interessiertentreffen am montag, 21. juni 2010 – um 18:00 uhr c.t. – im Schwur (C1-172)

2012

Offenes Plenum der Gruppe :uniLinks!



Liebe Leute, es war eine Weile ein bisschen still um uns, aber nun findet wieder mal eine kleine offene Veranstaltung mit und von :uniLinks! statt. Unser nächstes Treffen ist für den 8. März um 19 Uhr als offenes Plenum geplant. Neue Interessierte sind hierzu herzlich willkommen! Wir treffen uns im Augustus in der August-Bebel-Strasse.

Gediegener Antiparlamentarismus und Wahlk(r)ampf

Heft zur Wahl: Vokabelheft

Flyer zur Stupa-Wahl 2003

Was sich theoretisch so klar und einfach anhört, hat in der Vergangenheit natürlich immer wieder zu Konflikten geführt. Im Stupa treffen die unterschiedlichsten Gruppen aufeinander, die verschiedene Vorstellungen von Hochschulpolitik und Haushaltspolitik haben.

STUPA

Das Studierenden-Parlament setzt sich aus den Hochschulgruppen zusammen, denen ihr in den Stupa-Wahlen eure Stimme gegeben habt. Insgesamt 29 Sitze werden auf die Gruppen entsprechend der Stimmverhältnisse verteilt. Derzeit sitzen 8 verschiedene Gruppen in den Stupa-Sitzungen, die ca. alle 8 Wochen stattfinden und öffentlich sind. Die Mehrheitsverhältnisse und Koalitionen im Stupa regeln, welche Hochschulgruppen für jeweils ein Jahr den AStA stellen, da der AStA vom Stupa gewählt wird. unilinks bildete im vergangenen Jahr die Opposition. In vorangegangenen Jahren haben wir bspw. z.T. den ersten FrauenLesben AStA gestellt oder waren als AStA tragende Koalition im Stupa vertreten.

AStA

Der Allgemeiner Studierenden Ausschuss setzt sich aus dem sog. Kern-AStA und verschiedenen AGen und drei autonomen Referaten zusammen. Der Kern-AStA setzt sich aus ReferentInnen (z.B. FinanzreferentIn) und SachbearbeiterInnen (z.B. Öffentlichkeitsarbeit) zusammen. Die ReferentInnen werden durch das Stupa gewählt. Die AGen sind relativ kontinuierliche Gruppen, die über die Amtszeit des jeweiligen Kern-AStA hinaus bestehen und aktiv sind. Sie sind offen für alle Interessierten. Da gibt es etwa die Verkehrsgruppe, die immer wieder neue Bedingungen für das Semesterticket aushandelt; die Antifa AG, die u.a. Vorträge und Veranstaltungen organisiert, u.v.m. Die Autonomen Referate (Auton. Internationales Feministisches Referat für FrauenLesbenTransgender, das Schwulen Referat und der AusländerInnen SprecherInnen Rat) vertreten ihre jeweiligen Gruppen und sind durch Vollversammlungen legitimiert. Sie bieten z.B. Vorträge, Workshops und Veranstaltungen, Informationen und Beratung sowie kleine Bibliotheken und Cafézeiten.

HAUSHALT

Der Kern-AStA entwirft einen Haushalt, in dem festgelegt wird, welche Gruppe und welches Projekt wieviel Geld aus den Studierendenbeiträgen erhält (derzeit pro Studi 10 Euro von dem Geld, das ihr als Semesterbeitrag bezahlt) und wieviel der Kern-AStA für seine Schwerpunktprojekte benötigt. Der Haushaltsentwurf wird dem Stupa schließlich zur Abstimmung vorgelegt. Sollte ein Haushalt nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen im Stupa erhalten, gilt der vorherige bis ein neuer Entwurf vorgelegt und evtl. abgestimmt wird.



WAS :UNI LINKS! WILL: STELLUNGNAHMEN, ZIELE
unilinks ist eine Hochschulgruppe, zu deren Auffassungen z.B. gehört, dass eine Zentralisierung des AStA zu vermeiden ist. Aufgrund der jährlich wechselnden ASten ist häufig eine kontinuierliche Politik nicht in dem Maße gegeben, wie wir es für sinnvoll halten. Hingegen sehen wir gerade Stärken in AGen und Autonomen Referaten. Hinzu kommt, dass

wir die Legitimierung von AStA und Stupa für fraglich halten. Die AGen ermöglichen Interessierten, die z.B. nicht über eine Hochschulgruppe organisiert sein wollen und keine Lust auf Stupa haben sondern sich für ein bestimmtes politisches Projekt engagieren wollen, sich zu beteiligen. Solche Räume gleichberechtigt neben den gewählten Anteilen der Studierendenvertretung zu ermöglichen und durch finanzielle Mittel abzusichern halten wir für besonders wichtig.

Ein Haushalt, der vorsieht, dass der Kern-AStA, für sich selbst fast ein Drittel des Haushaltsvolumen berechnet (ca. 90.000 Euro) und gleichzeitig der Antifa-AG lediglich ca. 8.000 Euro einräumt, halten wir politisch für nicht gerechtfertigt – Zumal es sich dabei um eine Kürzung um ein Drittel der im letzten Jahr benötigten und sinnvoll eingesetzten Gelder handelt. Unserer Auffassung nach hat der derzeitige Kern-AStA sich vor allem durch Service Angebote für die Studierenden ausgezeichnet jedoch weniger durch politische Positionen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen, die wir jedoch für unerlässlich halten. Darüber hinaus waren die AStA tragenden Gruppen nicht in der Lage, im Stupa ihre Sitze wahrzunehmen, weil ihre Mitglieder im Laufe des Jahres zurückgetreten waren. unilinks wurde als Oppositionsgruppe in der Folge häufig die Verantwortung dafür zugeschoben, wenn etwa nicht genügend Mitglieder des Stupa anwesend waren, um beschlussfähig zu sein, oder wenn die benötigte Mehrheit für den Haushalt nicht erreicht wurde. Dies liegt allerdings u.E. in der Verantwortung der Mehrheitsgruppen und falls diese die Stimmen der Opposition haben wollen, sollten sie sich mit denen auch abstimmen und deren Vorstellungen mit einbeziehen.

UNSER VERSTÄNDNIS VON HOCHSCHULPOLITIK

Wir wollen kontinuierliche kritische politische Arbeit fördern, die Fachschaften stärken, feministische und antifaschistische Projekte unterstützen, Datenschutz fördern, und z.B. globalisierungskritische Projekte unterstützen. Wir wollen keine Zentralisierung politischer Arbeit, keinen AStA, der sich als Arbeitgeber versteht und einer langjährig tätigen Gruppe kündigt (so wie es mit der Palavra geschehen ist), keinen AStA, der von einem autonomen Referat verlangt, die Verträge für Veranstaltungen (etwa Vorträge) vorher vom AStA Vorsitz unterzeichnen zu lassen, was gegen den seit vielen Jahren bestehenden Konsens zwischen Autonomem Feministischen Referat und dem Kern-AStA verstößt, keine Kultur AG, die ihren Kulturauftrag nicht mit politischen Inhalten füllt und keine Hochschulpolitik die sich durch Pragmatismus statt durch politische Ideen auszeichnet.

Explosionsmotor
Plakat zur Stupawahl 2006

uniLinks!
liebäugelt mit:

Stupawahl
Liste 9



wer wir sind – was wir vom wahlk[r]ampf halten 2007

:uniLinks! ist ein seit 1999 bestehender Zusammenschluss von Leuten aus linken und autonomen Strukturen. Anfang 2007 haben wir uns neu zusammengesetzt. Neben Hochschulpolitik setzen wir uns noch mit verschiedensten außeruniversitären Themen, wie Antifaschismus, Antisemitismus, Antimilitarismus, Migration, Genderpolitik, Biopolitik (z.B.: Patentrechte, Reproduktionstechnologie), Ökopolitik, Zensur & Privacy, Internationalismus, Kapitalismuskritik,..., auseinander. Wir verstehen uns als Störung im neoliberalen, rassistischen und sexistischen Normalzustand an der Uni und anderswo. Obwohl wir grundsätzlich Kritik am Parlamentarismus wie auch der StellvertreterInnenpolitik üben, haben wir uns entschlossen für das Stupa zu kandidieren. Das Stupa ist der Ort, an dem die Entscheidungen über Politik und Finanzen der Studierendenschaft getroffen werden. Wir wollen auch in diesem Jahr wieder Einfluss darauf nehmen, dass eine kontinuierliche Arbeit in den autonomen Referaten, den Ag'n und den Fachschaften ermöglicht wird. Wir möchten ermöglichen, dass Entscheidungen dort getroffen werden, wo eure und unsere Arbeit geleistet wird. Dort, wo jede und jeder direkt und ohne Wahlen aktiv werden kann, dafür brauchen wir eure Unterstützung.

Außerdem sind wir manchmal mittwochs ab 20:30 im Infoladen neben dem AJZ, Heeper

Stresse 132 anzutreffen. Für weitere Infos über die bisherige Arbeit, schau unter <http://unilinks.info> oder schick 'ne Mail an liste@unilinks.info

als Hochschulliste, die in der nächsten Woche bei den Stupa Wahlen antritt wurden auch wir gefragt, ob wir uns bei der Vollversammlung und der Podiumsdiskussion äußern möchten. Diese Inszenierung der Listen und ihrer Personen lehnen wir jedoch strikt ab, da es doch bei solchen Veranstaltungen oftmals nur um Selbstdarstellung und damit gegenseitige Diffamierung der Listen geht. Außerdem sind die Veranstaltungen und der Fakt, dass jede Liste nur eine/n „SprecherIn“ entsenden darf, mal wieder ein typisches Beispiel für die StellvertreterInnenpolitik, die an unserer Uni leider an der Tagesordnung ist. Dabei steht nur die Rhetorik im Vordergrund, während die eigentlichen Inhalte, die uns wichtig sind, nebensächlich werden. Durch die zeitliche Beschränkung der Redebeiträge werden differenzierte Meinungsäußerungen unmöglich gemacht.

trotzdem wollen wir euch unsere Meinung natürlich nicht vorenthalten...

Studiengebühren sind ein Teil der neoliberalen Umstrukturierung der Gesellschaft, die mit einer umfassenden Ökonomisierung von Allgemeingütern wie zum Beispiel Bildung,

Wahlk(r)ampf

Jedes Jahr zur Wahl des Studierendenparlaments sind wir erneut im Zwiespalt zwischen unserer grundsätzlichen Kritik an der Logik des Wahlkampfes und der Notwendigkeit, irgendwie auch Stimmen bekommen zu müssen, um im StuPa bei Haushalt und Co. mitmischen zu können. Über die Jahre ist als Ausdruck dieses Dilemmas (und auch als Umgang damit) der Begriff Wahlkampf entstanden, der in diesem Flyer von 2007 einen prominenten Auftritt hat. Der Text macht an Hand von StuPa sowie der Vollversammlung und der Podiumsdiskussion über eine studentische Positionierung gegen Studiengebühren deutlich, was den Wahlkampf so krampfhaft macht.



einhergeht. genau dieselbe entwicklung lässt sich auch in anderen bereichen beobachten (z.B. bei natürlichen ressourcen wie wasser). unter anderem deshalb sind die unis gewillt, die kosten fürs studium auf die studierenden umzuwälzen und studiengänge – die als nicht rentabel erscheinen – abzuschaffen, um stattdessen im rahmen der profilbildung ihren schwerpunkt auf wirtschafts- und naturwissenschaften zu legen, die auch eher die möglichkeit für zuschüsse von firmen bieten.

wir sind gegen studiengebühren, weil sie ein ausdruck der derzeitigen gesellschaftlichen entwicklung sind, die wir grundsätzlich ablehnen.

kommt am 4. juli zur senatssitzung und macht euren protest gegen studiengebühren deutlich!

wenn ihr unseren standpunkt zu anderen themen nachlesen wollt, schaut euch auf <http://unilinks.info> um.

„diese inszenierung der listen und ihrer personen lehnen wir jedoch strikt ab [...] ein typisches beispiel für die stellvertreterInnenpolitik, die an unserer uni leider an der tagesordnung ist“

Die Studiengebühren...

Zum Sommersemester 2006 wurden in Nordrhein-Westfalen allgemeine Studiengebühren eingeführt. Somit wurde vielen Menschen der Zugang zur Hochschulbildung erschwert und verwehrt. Im Wintersemester 2011/2012 wurden die Gebühren (vorerst) wieder abgeschafft.



Plakat und Transpis zur Stupa-Wahl 2008



"POPULARISIERUNG KOMMT KEINES-
WEGS EINEM VORGEBLICH NIEDRI-
GEN BILDUNGSSTAND ENTGEGEN,
SONDERN SCHAFFT IHN ERST UND
VERFESTIGT SEINE GRENZEN"

(JOHANNES AGNOLI)

Wahlbündnis emanzipatorisch_radikale_Linke [EmRaLi] Wahlbündnis zur Stupa-Wahl 2009

Zur Stupa-Wahl 2009 haben sich die Gruppen ;RABATZ!, :uniLinks! und R.O.S.A. zu dem Wahlbündnis emanzipatorisch_radikale_Linke zusammengeschlossen. Dies ist ein Versuch die Dominanz der Listen, die in den letzten Jahren den AStA der Uni Bielefeld getragen haben, zu beenden. Dafür benötigen wir eine starke linke Fraktion mit einer lauten Stimme im nächsten StuPa.

Wir versprechen uns durch unsere Zusammenarbeit, offensiver linke und linksradikale Inhalte und Positionen in die Studierendenschaft tragen zu können. Dabei soll jede der drei Gruppen ihre Individualität und jede einzelne Person die eigene Meinung bewahren. In einem verbindlichen Bündnis führt dies zu interessanten Diskussionen, welche zu neuen Ideen und Vorhaben führen können. Dadurch soll linke Politik in der Uni Bielefeld sichtbar werden.

Die emanzipatorisch_radikale_Linke tritt ein für die Stärkung der selbstverwalteten Strukturen in der Studierendenschaft. Wir wenden uns dabei gegen die oft anzutreffende

Von der Abgrenzung zur Kooperation mit anderen Gruppen

Lange Zeit hat sich :uniLinks! im Rahmen der Studierendenschaft von anderen – sich selbst auch als links verstehenden – Gruppen abgegrenzt und diese – aus guten Gründen – gerne auch mal gedist. Diese Strategie änderte sich gegen Ende der 'Nuller-Jahre'...Es entstanden nicht zuletzt auch im Zuge der Proteste gegen Studiengebühren verschiedene Gruppierungen, mit denen es Überschneidungen und gemeinsame Interessen gab. In der Folge kam es zu gemeinsamen Stupa-Wahllisten, um die gemeinsamen Anliegen besser und sichtbarer nach außen zu tragen.

Verwaltungsmentalität in der Hochschulpolitik. Auch die parlamentarische Organisation der Verfassten Studierendenschaft lehnen wir ab. Einfache und direkte Möglichkeiten der Beteiligung in Form von Vollversammlungen und Arbeitsgruppen, wie bspw. die AG für freie Bildung im Vorfeld des Bildungstreiks, sind unserer eigenen hochschulpolitischen Erfahrung nach die weitaus sinnvollere Form, kontinuierliche inhaltliche Arbeit zu leisten. Hier kann jede_r auch ohne Amt aktiv werden. Auch die Entscheidungen über Finanzmittel sollen dabei dort getroffen werden, wo die politische Arbeit stattfindet und nicht im StuPa.

EmRaLi will eine offene Uni, in der herrschaftskritische und an Emanzipation interessierte Bildung und Wissenschaft ohne Verwertbarkeitszwänge stattfinden kann. Die neoliberalen Reformen der Hochschulen lehnen wir ab. Die Verschärfung der Konkurrenzsituation und die Erhöhung der Arbeitsbelastung in Studium, Forschung und Lehre lässt allen Beteiligten immer weniger Raum für kritische und kreative, vergnügliche Auseinandersetzung mit interessanten Inhalten. Der Alltag wird immer mehr durch Zwänge strukturiert und auch die Freizeit, die mensch für angenehmere Nebenaktivitäten nutzen kann, wird immer mehr eingeschränkt. Diese Entwicklung muss gestoppt werden. Dabei geht es nicht um die Idealisierung alter Verhältnisse, sondern um die Eröffnung besserer Perspektiven, die erst noch erkämpft werden müssen!

Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass eine gesellschaftspolitische Kehrtwende nicht an der Uni, oder im Bildungssystem allein gemacht werden kann. Darum versteht EmRaLi die Kritik der miesen Verhältnisse an der Uni als Teil eines gesellschaftlich-emanzipatorischen Projekts. Alle drei Gruppen



befassen sich in diesem Sinne nach wie vor mit sozialen Kämpfen außerhalb des hochschulpolitischen Spektrums. So steht bald etwa die Aktionswoche gegen Abschiebung an, an der wir uns wie letztes Jahr aktiv beteiligen werden.

FIGHT SEXISM, RACISM, FASCISM AND HOMOPHOBIA!



Macht Macht Machismus?

Kommentar zur Stupasitzung am Donnerstag den 18.3.2010

WAS WAR DAS FÜR EINE „HERR“LICHE STUPA-SITZUNG AM DONNERSTAG DEN 18.03. 2010. WIR MUSSTEN MIT ANSEHEN, WELCH BESCHISSENEN UMGANG DER GROSSTEIL DER IM STUPA VERTRETENEN LISTEN MIT DISKRIMINIERUNGSVORWÜRFEN ZUR SCHAU STELLT.

Aus Kritik am AStA-Vorsitzenden Jan Rick (grüne hochschulgruppe*offene Liste) war ein Großteil der AStA-Referent_innen zurückgetreten und ein Misstrauensvotum gegen ihn stand auf der Tagesordnung.

Die Vorwürfe sind zum Einen eine überbürokratische, leidenschaftslose Arbeitshaltung mit teils autoritärem Führungsstil und zum Anderen ein verletzend, verbal aggressiver Gesprächshabitus im Besonderen gegenüber den Referentinnen des AStA. Auf den berechtigten Vorwurf der Frauenfeindlichkeit folgte die ekelige Phase der Sitzung. Die zurückgetretenen Referent_innen saßen wie auf der Anklagebank und durften sich anhören, wie anmaßend diese Beschuldigung sei!

Ja liebe Leute, es sollte unseres Erachtens nach den betroffenen Menschen überlassen werden, zu definieren, wann sie sich wegen ihres Geschlechts diskriminiert fühlen. Doch genau dieses wurde und wird übergangen und stattdessen eine Schuldumkehr hergestellt. Die Diskriminierungsvorwürfe wurden schlichtweg abgetan und in „Mobbing gegen Jan Rick“ verwandelt, was für die ghg ol viel besser klingt...und damit anscheinend auch für die LHG und RCDS. Es darf zitiert werden:

„EIN [...] SCHWERPUNKT UNSERES ENGAGEMENTS IST DIE ARBEIT GEGEN JEDE FORM DER DISKRIMINIERUNG. DAHER SPRECHEN WIR REGELMÄßIG PROBLEME DIESBEZÜGLICH AN – EGAL, OB ES DABEI UM GESCHLECHTERROLLEN [U.S.W.] GEHT.“¹

heißt es im Netz von Seiten der ghg ol...aber das ist ja vielleicht auch schon watt her?! Komplett unglaubwürdig macht sich die ghg ol auch dadurch, dass in ihrem aktuellen Flyer zur Veränderung im AStA-Team die Vorwürfe gegen Jan Rick schlichtweg nicht thematisiert werden. Der Vorwurf der Frauenfeindlichkeit wird auf „zahlreiche Unstimmigkeiten“ reduziert.

Nachdem sie dann auf der StuPa-Sitzung ihre oben zitierten Grundsätze zwecks der Kronloyalität gegenüber ihrem AStA-Vorsitz vergessen, klüngelten sie daraufhin noch schön mit dem RCDS und LHG um ihre Machtposition zu erhalten. Dass diese beiden letztgenannten Gruppen nicht gerade für antirassistische und antisexistische Positionen einstehen, dürfte allgemein bekannt sein. Der von der ghg ol formulierte Antidiskriminierungsanspruch wird durch diese Zusammenarbeit ad absurdum geführt.

Nun ja, das harmonische Zusammenspiel von schwarz, gelb und grün kennt mensch ja nun auch schon von den „Großen“. Dabei geht uns mit diesem Flyer übrigens nicht darum, uns in den Streit zwischen den Listen, welche sonst immer gerne kooperieren (Grüne, Jusos, Kom-

“ICH NEHM EUCH NUR AUF TAPE AUF, IHR DISST EUCH VON ALLEINE!”

(KINDERZIMMER PRODUCTIONS, 1998)

pass usw.) und auch insgesamt eher für Kuschelpolitik mit dem Rektorat stehen, einzureihen. Vielmehr geht es uns in erster Linie darum, den Umgang der grünen Hochschulgruppe mit Diskriminierungsvorwürfen gegen ihren AStA-Vorsitzenden zu kritisieren. Dieser Umgang, betroffenen Personen ihre eigenen Erfahrungen der Diskriminierung abzusprechen und dies noch in einen Vorwurf

gegen sie umzukehren, scheint aber auch innerhalb des Stupas allgemein legitim zu sein.

¹ <http://www.campusgruen.de/vorort/bielefeld.html>

21.03.2010



Bielefelder Gruselkabinett (2010)

Ein Abgesang auf die letzten 12 Monate AStA-Arbeit von ghg*ol und Konsorten

Endlich wieder Wahlk[r]ampf! Ein neues Stupa wird gewählt und früher oder später auch ein neuer AStA. Das wollen wir zum Anlass nehmen, zu rekapitulieren, was denn eigentlich der aktuelle (ghg*ol-)AStA in den letzten Monaten alles so fabriziert hat. Schön is dat alles nich – das sei schon mal vorweg gesagt...

VOM BEGINN UND ENDE DER KOALITION

Nach der letzten Stupa-Wahl dauerte es einige Zeit bis die üblichen Koalitionsverdächtigen (Grüne Hochschulgruppe *Offene Liste [ghg*ol], Jusos, Kompass, Chronisch Schwule Union [C.S.U.] ...) in der Lage waren, einen neuen AStA wählen zu lassen. Es fehlte schlicht an Personal, das bereit war, den Vorsitz zu übernehmen. Und so wurde schließlich auch Abschied genommen von der in den letzten Jahren praktizierten geschlechtergemischten AStA-Doppelspitze und ein männlicher Vorsitzender (ghg*ol) gewählt, dem zwei weibliche StellvertreterInnen zur Seite gestellt wurden. Ob das jetzt Ausdruck eines neuen 'pragmatischen' grünen Verständnisses von Geschlechtergerechtigkeit ist: 2 Stellvertreterinnen ≈ 1 Vorsitzende? Wir wissen es nicht – aber irgendwie gab die Abkehr von der geschlechtergemischten Doppelspitze auf jeden Fall schon einen Vorgeschmack auf das, was folgen sollte und im Bruch der Koalition vor ein paar Wochen mündete. Interessierte Beobachter_innen erinnern sich vermutlich noch an die Querelen innerhalb der AStA-tragenden Listen, die zu einem letztlich gescheiterten Misstrauensvotum gegen den AStA-Vorsitzenden und dem anschließenden Rücktritt fast des gesamten übrigen AStA-Personals führten.

Ein großer Teil der AStA-Referent_innen warf dem Vorsitzenden zum einen eine überbürokratische, leidenschaftslose Arbeits-

haltung mit teils autoritärem Führungsstil vor und zum anderen einen verletzenden, verbal aggressiven Gesprächshabitus im Besonderen gegenüber den Referentinnen des AStA. Da diese Probleme offensichtlich nicht gelöst werden konnten, kam es zum Bruch der Koalition. Die Jusos und die meisten AStA-Referent_innen scherten aus und so kam es zu besagtem Misstrauensvotum auf der Stupa-Sitzung am 18.3. Dort durften (oder eher: mussten) wir dann erleben, wie besonnen und reflektiert ghg*ol, C.S.U. und Kompass mit den Diskriminierungsvorwürfen gegenüber ihrem Vorsitzendem umgehen. Anstatt die Vorwürfe ernst zu nehmen, wurde der Spieß umgedreht. So sieht das also aus, wenn die Grünen einen Schwerpunkt ihres Engagements umsetzen....

„EIN [...] SCHWERPUNKT UNSERES ENGAGEMENTS IST DIE ARBEIT GEGEN JEDE FORM DER DISKRIMINIERUNG. DAHER SPRECHEN WIR REGELMÄßIG PROBLEME DIESBEZÜGLICH AN – EGAL, OB ES DABEI UM GESCHLECHTERROLLEN [U.S.W.] GEHT.“

heißt es im Netz von Seiten der ghg*ol...naja, das hätten wir uns aber irgendwie anders vorgestellt! Statt auf die Vorwürfe einzugehen, war in einem späteren Flyer von ghg*ol, C.S.U. und Kompass lediglich von zahlreichen Unstimmigkeiten zu lesen. Interessante Anti-Diskriminierungsstrategie: Wir bekämpfen Diskriminierung, indem wir so tun, als ob sie gar nicht vorkommt. Wow! Hut ab! Darauf muss mensch erstmal kommen... Darüber hinaus in der Abstimmung über den Vorsitzenden wurde mit den Stimmen der Rechten und den gleichzeitig zu erwartenden Gegenstimmen von Jusos und der emanzipatorisch_radikalen_linken (Bündnis im letzten Stupa, dem auch :uniLinks! angehörte) gepokert. Ohne die Stimmen von RCDS (Ring Christlicher Demokratischer Studenten, die CDU-Jugend an der Uni) und

LHG (Libérale Hochschulgruppe, also FDP) wäre das gesamte Szenario nicht haltbar gewesen. So wurde der Vorsitz im Amt gehalten und damit locker in Kauf genommen, dass daraufhin der Großteil des AStA zurücktritt. Was ja auch geschah. – Der RCDS und die LHG wollen übrigens erklärtermaßen AG Freie Bildung, Antifa-AG und die Autonomen Referate, darunter das Feministische Referat, aus der AStA-Struktur streichen...

ABER (POLITISCHE) ARBEIT WURDE ZWISCHENZEITLICH AUCH GELEISTET ...SERVICEORIENTIERT UND KOMPROMISSBEREIT

Doch auch sonst ließ die Arbeit des AStAs aus emanzipatorischer Perspektive einiges zu wünschen übrig – was uns aber auch nicht weiter verwundert hat. Halten Grüne, Jusos und Konsorten doch schon seit Jahren an einer kompromissbereiten und partnerschaftlichen Politik gegenüber dem Rektorat fest. In einer Pressemitteilung des frisch gewählten AStAs klang das dann so: „Neben der Beratung von Studierenden in sozialen Problemsituationen wird der politische Diskurs mit den Entscheidungsträgern der Hochschule den Schwerpunkt unserer Arbeit bilden“. Darin gelangt zum Ausdruck, dass die ghg*ol und ihre Partner_innen den AStA in erster Linie als Serviceinstitution und Gesprächspartner des Rektorats begreifen. Interessanterweise ist von einem Diskurs mit den Studierenden, die aufgrund der zutiefst undemokratischen Strukturen an der Uni weitestgehend von formaler Entscheidungsgewalt ausgeschlossen werden, keine Rede – genauso wenig übrigens wie von eigenständigen politischen Positionen, die vertreten werden.

Ein solches zutiefst unpolitisches Verständnis der eigenen Arbeit und eine dermaßen kritiklose Haltung gegenüber den

undemokratischen Strukturen an der Uni fügt sich wunderbar in das um sich greifende Verständnis einer schönen neuen serviceorientierten und effizienzgesteigerten Universität ein. Damit wird die unpolitische Haltung des AStAs zu einer klaren politischen Positionierung, die den Demokratieabbau und die Ökonomisierung der Universitäten nicht nur nicht kritisiert, sondern durch das eigene Mitmachen noch legitimiert.

Nun ließe sich einwenden, dass es ein wenig an den Haaren herbeigezogen ist, anhand einer kurzen Pressemitteilung eine solche grundsätzliche Kritik am AStA (bzw. der ghg*ol und ihrer Koalitionäre) zu formulieren. Der Blick auf zwei wichtige Ereignisse der letzten Monate zeigt aber deutlich, dass in dem zitierten Satz tatsächlich ganz wunderbar die Position des AStAs zum Ausdruck gelangt. Die Rede ist vom Bildungsstreik im November sowie vom kürzlich abgehaltenen sog. 'Dies Academicus'.

Zunächst zum Bildungsstreik: Im Zuge des Streiks wurde kurzzeitig das Audimax besetzt. Mit dieser Aktion nahmen sich Studierende, denen die Hochschule in ihrer jetzigen Form systematisch jede Form der Mitsprache und jeden Raum der Diskussion verwehrt, das Recht heraus, sich einen Ort anzueignen, um sich (auch jenseits der etablierten, formalen



AStA-Strukturen) zu vernetzen, Kritik an der Bildungs- und Hochschulpolitik zu diskutieren, sowie eigene Forderungen zu entwickeln und sich eine eigene Stimme zu verschaffen, die auch vom Rektorat und den sog. 'Entscheidungsträgern der Hochschule' wahrgenommen wird. In diesem Sinne verstehen wir die Besetzung des Audimax als legitimen Versuch derjenigen, die etwas zu sagen haben, aber am Sprechen gehindert werden, sich Gehör zu verschaffen. Nicht die Besetzung war also problematisch, sondern die undemokratischen Strukturen der Universität. Die AStA-Spitze sah das aber scheinbar anders. Eine Pressemitteilung des Vorsitzes machte entsprechend deutlich, dass das Anliegen der Besetzer_innen zwar legitim sei, aber die gewählten Mittel so doch nicht in Ordnung. Oder wie anders soll mensch folgendes verstehen? „Der AStA solidarisiert sich mit der Initiative der BesetzerInnen, für die Verbesserungen der Studienbedingungen einen Freiraum zu schaffen, allerdings kann der AStA keine illegalen Aktionen unterstützen“.

Wie dagegen ein AStA- (und Rektorats-) genehmer Freiraum für die Verbesserungen der Studienbedingungen aussehen könnte, zeigte schließlich der 'Dies Academicus' am 19.5.2010. In trauter Einigkeit organisierten AStA und Rektorat diesen wunderschönen Tag, an dem nun endlich alle Themen, die den Studierenden schon seit langem unter den Nägeln brennen auf den Tisch kommen sollten und zur Disposition gestellt wurden. Bildungstreik und Audimax-Besetzung hatten also endlich doch was erreicht und an der Uni bewegte sich was – oder etwa doch nicht?

Abschaffung der Studiengebühren, Auflösung des Hochschulrates, Demokratisierung der Uni oder Kritik an den BA/MA-Studiengängen – alles Forderungen der Bildungstreik-Bewegung – fanden (wider Erwarten?!) keinen

Einzug ins Programm. Stattdessen gab es Workshops zu verschiedenen Lehr- und Lernformen und eine Filmvorführung. Wahnsinn! Und alles ganz legal! Dieser AStA kann was. Er schmeißt sein gesamtes politisches Gewicht in die Waagschale, um voller Realitätssinn und Pragmatismus endlich die Studienbedingungen grundlegend zu verbessern. Der nächste Bildungstreik kann also abgesagt werden – denn jetzt wird in den Seminaren problemorientiert gelehrt und gelernt und auch das E-Learning wird jetzt noch besser eingesetzt. Toll! Danke AStA!

SO HABEN WIR UNS DEN FREIRAUM FÜR DIE VERBESSERUNGEN DER STUDIENBEDINGUNGEN SICHERLICH NICHT VORGESTELLT.

Darum wendet sich :uniLinks! gegen diese Politik der Grünen Hochschulgruppe (ghg*ol) und ihrer Koalitionspartner_innen und tritt für die Stärkung und Ausweitung autonomer und selbstorganisierter Strukturen sowie das Festhalten an den Forderungen des Bildungstreiks ein.

KEINE KOOPERATION MIT DEM REKTORAT UNTER DEN GEGEBENEN UMSTÄNDEN!

BESETZUNG NEUER FREIRÄUME!

AUSWEITUNG DES BILDUNGSTREIKS UND UNTERSTÜTZUNG DURCH EINEN KÄMPFERISCHEN AStA!

RADIKALE DEMOKRATISIERUNG DER BILDUNGSINSTITUTIONEN!

Wahlen zum Studierendenparlament 28.6. bis 2.7. 2010 - Liste 6 :uniLinks!_r.o.s.a



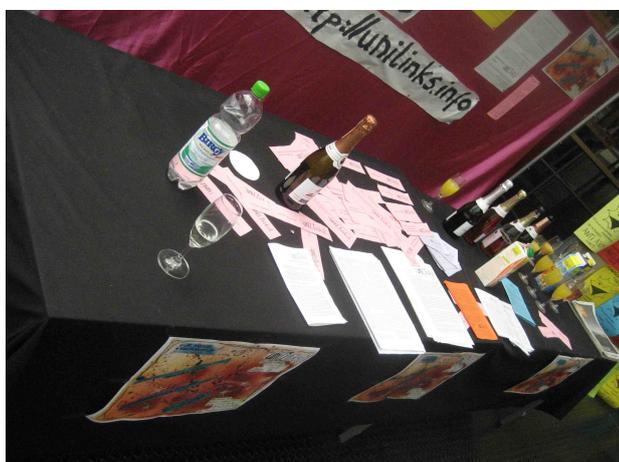
:uniLinks! Reader

We are stardust. We are golden (2011)

Wahlauftaktveranstaltung der linksradikalen Hochschulliste :uniLinks! am Montag den 27. Juni 2011, in der Unihalle in Bielefeld, um 11:30 Uhr.

Mit Sekt & Soundsystem.

Special: DAMPFLOKVERBOT



...auch schon mal nen antrag gestellt?!

(2011)

wieviel geld wollt ihr von uns? wieviel leute wollen mitfahren|werden teilnehmen? wieso so viele|so wenige? reicht es nicht, wenn xy mitfahren? seid wann wisst ihr von der fahrt? gibt es keine genaueren zahlen? wen habt ihr noch um geld gefragt? warum wollten die denn nichts geben? wisst ihr eigentlich, wieviele gruppen|fachschaften noch solche fahrten machen wollen? wie ist denn das programm vor ort? ist das auch nur für frauen? habt ihr da etwa auch freizeit? ihr glaubt doch nicht wirklich, dass ihr da zum arbeiten kommt? ist ein auto|bus nicht billiger als der zug? warum nehmt ihr nur xy euro eigenbeteiligung? wollt ihr das nicht besser so und so machen? wieso sollten wir zuständig sein? ist das gesetzmäßig? was hat das mit hochschule zu tun? was habt ihr euch bloß dabei gedacht?

... 'NE ANTWORT BEKOMMEN ...

die gelder fließen nur unter bedingung xy und nur fuer den fall, dass ... antrag auf ende der debatte|der rednerInnenliste. ich haette gern xy vom rcds als stellvertreter. was ihr eigentlich wollt, ist ... glaubt mir, das hab ich schon damals in [beliebige stadt-die-weit-weg-klingt] bei der fzs-mitgliederversammlung ... nein, da kenn ich mich echt aus ... schön und gut aber da gibt es doch schon gruppe x. fuer feminismus werden xy euro ausgegeben . ich gebe kein geld fuer ... so nicht. ich bin nicht bereit ...

... UND DABEI FÜR DICH GEDACHT...

interessieren die sich auch für mich? wem gehören eigentlich die scheißmäuse? muss das sein? wen|warum hab ich nochmal gewählt? muss der jetzt 'nen vortrag halten? und für wen? kann der das jetzt mal so sagen, dass auch ich das kapiere? sitzt der immer so breitbeinig und nimmt den ganzen raum ein? wofür hab ich mich vorbereitet? oligarchie! für wie bescheuert halten die mich|uns? sind die eigentlich für alles expert_nnen? ich will nach hause. fühlen die sich hier zuhause?

DAS PARLAMENT ROCKEN :UNILINKS!

WAHLEN ZUM STUDIERENDENPARLAMENT 27.6. BIS 1.7. 2011, LISTE 8 :UNILINKS!

GEH WÄHLEN BEVOR DU ZUR FUSION FÄHRST!



:uniLinks! Reader

*** TANZ IN DIE STUPA-WAHL * (2012)**

Wahl*Auftakt*SAUSE

WE ARE STARDUST. WE ARE GOLDEN.

TANZ IN DIE STUPA-WAHL UND WEITER ZUR FUSION!

KOMMT VORBEI AUF EIN GLÄSCHEN SEKT & GEDIEGENE MUSIK

MIT DER LINKSRADIKALEN HOCHSCHULGRUPPE :uniLinks!

VON 11-13 UHR IN DER UNIHALLE

MIT SEKT & SOUNDSYSTEM.

WAHLEN ZUM STUDIERENDENPARLAMENT 25.-29.6.2012 LISTE 1 :uniLinks!

GEH WÄHLEN BEVOR DU ZUR FUSION FÄHRST!



Plakat zur Stupa-Wahl 2012

:uniLinks! goes radically colourful



Wahlaufktsause 2013 Fulminante Sause zum Wahlauftakt!

**WE ARE STARDUST. WE ARE GOLDEN.
NACH DER FUSION IST VOR DER WAHL!**

Wahlen zum Studierendenparlament 1. bis 5 Juli

Mit Sekt, Soundsystem und Glitzerstimmung begehen wir den Wahlauftakt zur StuPa Wahl 2013 in der Unihalle! Feine Musik und eine kleine Erfrischung!



Über die ungeheuerlichen Ansichten der Liberalen Hochschulgruppe LHG abschaffen! abschaffen! abschaffen! (2013)

In der letzten Woche veröffentlichte die Liberale Hochschulgruppe (LHG) Bielefeld eine Stellungnahme (online und als Flugblatt), in der sie die Finanzierung der Antifa-AG an der Uni Bielefeld durch Mittel der Studierendenschaft als angebliche „Finanzierung extremistischer Gruppierungen“ verurteilte. Wir fühlen uns dabei angesprochen, weil wir uns seit Jahren im Studierendenparlament für die Finanzierung der AG einsetzen. Als zentralen Beleg führt die LHG eine Flugblattaktion unbekannter Urheber*innen an, mit der auf die Identität eines nachweislich und organisiert extrem rechten Studierenden hingewiesen wurde. Dieses Flugblatt war offenbar mit „Antifaschistischer Aktion“ unterzeichnet, weshalb die LHG fälschlicherweise auf die Antifa-AG schloss. Eine einfache Recherche hätte indessen klären können, dass dies etwa dem Vorgehen entspricht, in jeder*jedem Vertreter*in einer „liberalen Politik“ ohne weiteres ein Mitglied der Bielefelder FDP zu sehen.

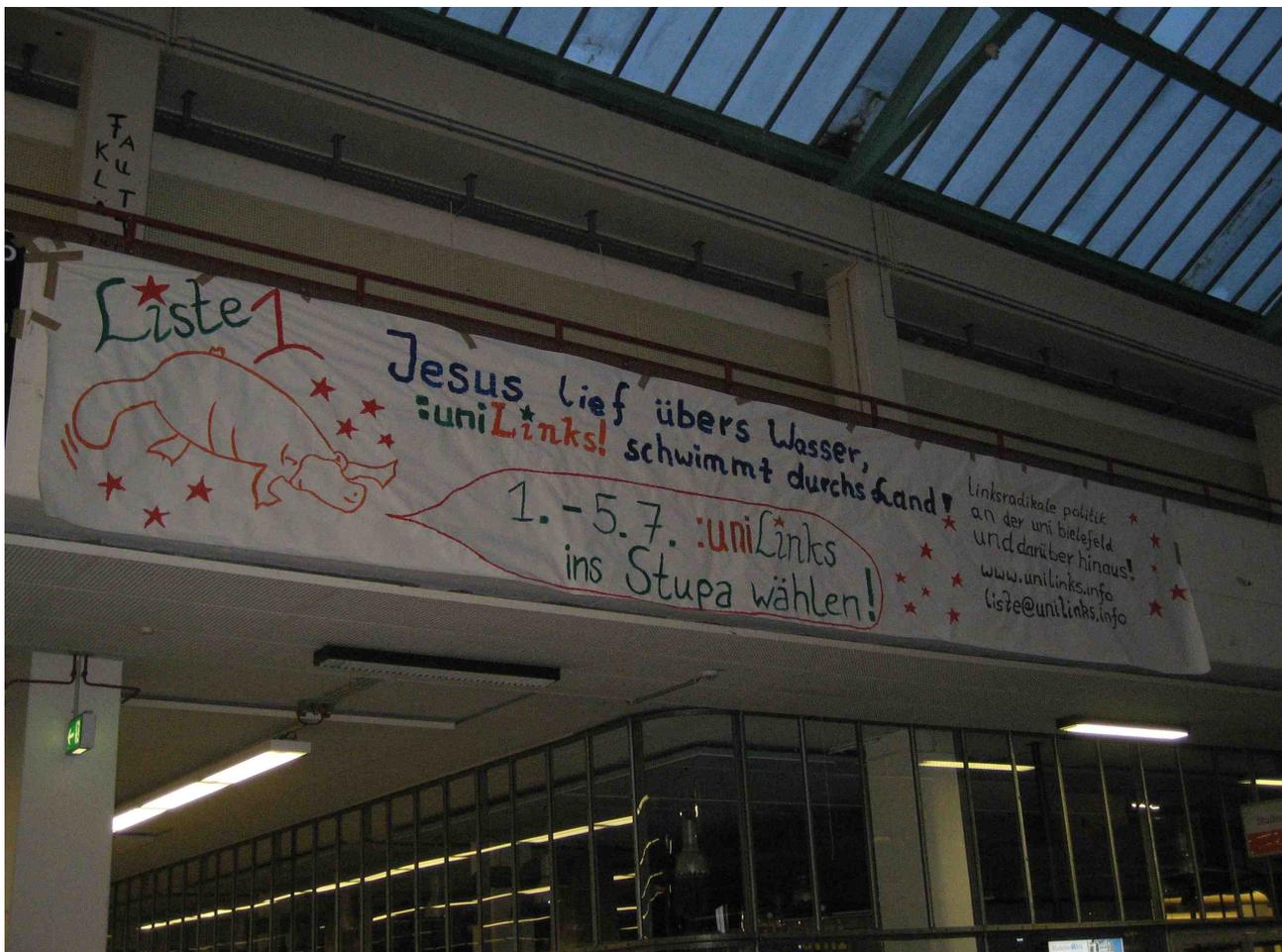
Von diesem an Verleumdung grenzenden Schnellschuss abgesehen, irritiert uns die weitere Argumentation der LHG. Einseitig stellt sie sich schützend vor die Persönlichkeitsrechte des Neonazis und schweigt von seinem Einsatz für eine menschenverachtende Ideologie und den Anfeindungen, Drohungen und Beleidigungen, denen sich Studierende durch ihn bereits ausgesetzt sahen. Die sogenannten Outing-Aktionen sind zu Recht umstritten, aber die unproduktive Kritik der LHG bezieht keine Stellung für andere Formen des antifaschistischen Engagements. Bisher jedenfalls hat sich die Gruppe in dieser Hinsicht nicht hervorgetan, obwohl dies dringender denn je wäre, seitdem mehrere organisierte Neonazis an der Universität Bielefeld studieren.

In diesem Sinne bleibt es für :uniLinks! auch weiterhin eines der zentralen Anliegen im Studierendenparlament, die Finanzierung der Antifa-AG, aber auch der Antira-AG, der AG Freie Bildung und dem (Frauen-)Café Anaconda, sicherzustellen. Aus unserer Sicht kann weder organisierten Neonazis, noch dem darüber hinaus verbreiteten Rassismus, Antisemitismus, Antiromanismus, Sexismus und Nationalismus allein mit kurzfristigen Aktionen entgegengetreten werden. Dafür bedarf es einer kontinuierlichen Politik und pluralen und die in unterschiedlichsten Formen und gesellschaftlichen Klimas zielen. Deren Budget stellt dabei nur einen ABSCHAFFEN! ABSCHAFFEN! ABSCHAFFEN! Haushaltsposten unter vielen dar: Die den mit dem semesterlichen Sozialbeitrag der Studierendenschaft zur Verfügung stellen, finanzieren die gesamte politische Arbeit des AStA, seine Angebote (z.B. Beratung im Umgang mit dem BAföG Amt), das festival contre le racisme, die Aktionstage gegen Sexismus und Homophobie, die Autonomen Referate (RSB, FemRef, SchwuR, ISR) und erst dann auch die AGn. Die Aufregung der LHG über eine angebliche Klientelpolitik geht also an der Situation vorbei und die hoch erscheinenden Beträge für die AG Freie Bildung und die Antifa-AG relativieren sich vor dem Hintergrund des Gesamthaushalts.

Dass in deren Arbeit „Propaganda gegen Freiheit, Kapitalismus und Demokratie“ betrieben würde, ist ein weiterer unverständlicher Vorwurf der LHG, der die Anliegen einer linken Staats- und Kapitalismuskritik missversteht. Spätestens seit den Debatten um die extrem rechte Terrorgruppe NSU, deren Morde von rassistischer Ermittlungsarbeit gegen das Umfeld der Opfer und der behördlichen Deckung aus Geheimdiensten und Ministerien flankiert wurden, ist für

antifaschistische Politik ein kritisches Verhältnis zum Staat notwendig. Vergleichbares gilt für das antirassistische Engagement gegen die gesetzlichen Schikanen von Asylsuchenden. Und nicht zuletzt mag ein positiver Bezug auf den Kapitalismus mal in Abgrenzung zur sowjetischen Planwirtschaft irgendeinen Sinn ergeben haben, aber vor dem Hintergrund der krisenhaften Entwicklungen der letzten Jahre wurden die offensichtlichen Probleme der kapitalistischen Produktionsweise selbst in den bürgerlichen Feuilletons diskutiert.

Ohnehin scheint die LHG sich gerne an Althergebrachtem zu orientieren. Ihr Flugblatt war mit den durchgestrichenen Konterfeis von Marx, Engels und Lenin dekoriert, die in dieser Konstellation in der linksradikalen Politik seit Jahrzehnten eine allenfalls randständige Rolle in autoritär-sozialistischen Kleinstgruppen spielen. Das (traditions-)marxistisch-leninistische Projekt einer Übernahme der Staatsmacht unter der Führung der avantgardistischen Arbeiterpartei darf glücklicherweise als abgeschrieben gelten. Dass Freiheit nicht nur im Sinne freier Marktwirtschaft oder gegen Geschwindigkeitsbegrenzungen („Freie Fahrt für freie Bürger“) verwendet werden kann, sondern auch Freiheit von Ausbeutung und Herrschaft bedeuten mag, scheint den Lieberhaber*innen dieser liberalen Leerformel zu entgehen. Wir lassen uns gerne kritisieren, aber nicht an den Inhalten vorbei!



Hochschul- und Bildungspolitik & Bologna

welche wahl habt ihr?**thesen zum allgemeinpolitischen mandat (apm) (2000)**

wir haben es uns nicht ausgedacht, das system der parlamentarischen demokratie. doch im prinzip ist es ja ganz einfach: alle, die dazugehören und es wollen, können in einer bestimmten frequenz wählen gehen. und zwar ihre politischen vertreterInnen in die parlamente. das tolle: da alle wissen, dass die entscheidungen eines solchen parlamentes, ist es einmal gewählt, unabhängig von den wählenden sind, glaubt auch niemand ernsthaft, daß alle deutschen wahlberechtigten in allen fragen exakt der meinung der bundestagsmehrheit oder der bundesregierung sind, wenn diese entscheiden, ein eurofighter müsse zusammengeschaubt oder ein panzer vertickt werden, damit menschen getötet werden können.

»wär ja auch noch schöner«, sagt ihr, doch anders die gegnerInnen des allgemeinpolitischen mandats: die munkeln, jede beliebige forderung eines studierendenparlamentes (stupa), eines allgemeinen studierendenausschusses (asta) oder einer seiner untergliederungen (z.bsp. einer fachschaft), sei allen studierenden individuen der jeweiligen uni oder fh als die ihrige zuzurechnen. ausnahmslos. »hanebüchen«, hören wir kritische geister jetzt antworten. und hier schlägt jetzt die »passive meinungsfreiheit« auf. bumm! von der weiss ich, dass sie nicht hochgradig trivial zu erklären ist: alle sollen frei entscheiden dürfen, wer ihnen was warum in den mund legt. aha!

warum also die eingangsfrage? weil das prinzip der parlamentarischen demokratie (und überhaupt jeglicher demokratie) hier aussetzt. oder besser: ausgesetzt wird. denn ihr dürft die wählen, die euch eben nicht politisch vertreten dürfen, da sie damit die meinungsfreiheit einschränken täten. puh!

»tööööürlich, wohl, nämlich hochschul- statt allgemeinpolitisch!« hör' ich manche einwenden, doch auch dies ist ein trugschluss. zwar sagen die gerichte, im hochschulpolitischen bereich müssten die studierenden die einschränkung ihrer meinungsfreiheit akzeptieren. die kreativsten urteile in verfahren um das apm greifen jedoch genau hier: ein asta sagt zu onkel wichtig aus gremium xyz: »bäh, die wohnsituation der studierenden ist ja mächtig unknorke.« »gut«, sagt der, »seh ich ein. nur [seufz, mitfüh], lufteinzieh] leider gibt's keine andere möglichkeit. die knappen kassen, bla, bla, blub...« jetzt die engagierte asta-funktionärin mit zwei möglichkeiten: entweder: »scheisse!« oder: »nun, ich sehe da folgende alternativen: [konstruktives-konzept-mit-solider-gegenfinanzierung-ausbreit]« peng: allgemeinpolitik! urteil! ordnungsgeld! achtung: wahre begebenheit, kein einzelfall.

doch ist die hochschule eingebettet in diese gesellschaft, die schnittpunkte sind unzählbar und die politischen vorgänge in ihr und mit ihr wechselwirken mit der gesellschaft. wollen wir was verändern, können wir das nicht ausblenden. wenn wir die uni/fh beeinflussen, wirkt das auf die gesellschaft aus, beeinflussen andere die gesellschaft, bleibt die uni/fh nicht unbetroffen. machen wir uns nichts vor: die trennung von hochschul- und allgemeinpolitik ist humbug.

**allgemeinpolitisch
genießbar**



Hochschul- und Bildungspolitik & die Reformen von Bologna...

In diesem Kapitel haben wir Texte versammelt, die sich mit hochschul- und bildungspolitischen Themen beschäftigen und sich dabei nicht nur auf die Uni Bielefeld beziehen. Die Gründung von :uniLinks! im Jahr 1999 fiel zusammen mit der berühmten Konferenz von Bologna, auf der europäische Regierungen eine weitreichende Umstrukturierung der gesamten Wissenschaftssysteme beschlossen. Für Deutschland wurde hier u.a. die flächendeckende Einführung der BA- und MA-Studiengänge und die gleichzeitige Abschaffung der Diplom- und Magisterstudiengänge beschlossen. Die Uni Bielefeld war unter Rektor Timmermann eine der ersten Unis, die die Reform zum Wintersemester 2002 umsetzte. Mit den Bologna-Reformen ging nicht nur die offiziell angekündigte (allerdings bis heute keineswegs erreichte) europaweite "Vereinheitlichung" der Hochschulausbildung einher, sondern eine durchgreifende Neu-Ausrichtung von Forschung, Lehre und Studium nach den neoliberalen Prinzipien von Wettbewerb, Leistungssteigerung durch Konkurrenz und der Aufbau autoritärer Steuerung und zugleich eine sukzessive Abschaffung der (teils) demokratisch eingerichteten universitären Selbstverwaltung.

:uniLinks! hat sich wie so viele linke Gruppen an Unis und FHn in den zurückliegenden Jahren immer wieder kritisch mit dem Bologna-Prozess beschäftigt. Ohne zu behaupten, dass alles neue nur falsch ist oder dass das alte Uni-System super war, ging es dabei häufig lediglich um Abwehrkämpfe gegen die schier erdrückende Übermacht von Landesregierungen, Mainstream-Medien, Rektoraten, Dekanaten, neoliberalen Profs auf der einen Seite und dem weitreichendem Desinteresse bei den gestressten Kommiliton_innen und der oft angstgetränkten Mitmach-Mentalität im Mittelbau, sowie den neoliberal-sozialdemokratischen studentischen Hochschulgruppen im Stupa und im AStA auf der anderen Seite... Dennoch gab es hier und da auch kleine zumeist eher temporäre Erfolge...

FREI(T)RÄUMER_INNEN
:UNI LINKS!



Heft zur Qual: erbrochenes zum thema bildungs- und hochschulpolitik (2003)

prolog: in den letzten jahren war von der gruppe :uniLinks! zum thema bildungs- und hochschulpolitik im wesentlichen nur der satz zu lesen "alle sind gegen studiengebühren – wir denken noch nach". was nach außen provokant, fragwürdig oder gar dämlich wirken mochte, gründete sich in unserer überzeugung, dass wir uns diesem themenkomplex nicht ganz so leicht nähern können, wie das bei den anderen listen der fall zu sein scheint.

mit den immer gleichen, unreflektierten und floskelhaften paraphrasen wird dort eine gebetsmühle befeuert und den vollendeten tatsachen der realistischen "reformpolitik" nur das traute geplänkel mit den demokratiekritikerInnen des rektorats, der grünen oder der spd entgegen gehalten. dass sich die "große" politik um (die) argumente (der studentInnen) scherte, ist jedoch illusionär; dies zu glauben, grenzt an die naivität, die stets der radikalen linken vorgehalten wird.

was bleibt bei all den hochschulgruppen von grün- bis rot- und gelbgemisch ist der versuch, der von anderen bestimmten entwicklung hinterher zu hecheln, dabei zu konservieren, was zu schlucken ist, und in der konsequenz studentischer privilegiensicherung die allererste priorität zuzusprechen. da schließt sich die frage an, ob sich da nicht so mancheR ganz gut eingerichtet hat in den pöstchen und karrierenischen der studentischen sandkastenverwaltung, in der das politische sich – so seltenerweise überhaupt vorhanden – im kampf um den so behaglichen status quo erschöpft.

bisher sind wir also – geneigte leserInnen mögen es uns nachsehen – vor der komplexität des unterfangens abgeraucht und haben mit dem eingangs zitierten spruch den einfachen weg der provokation gewählt. einen moment des nachdenkens haben wir uns damit ausgebeten ... nun erzählen wir, wie weit es ist gediehen.

TRENDIGE EUPHEMISMEN #1:

STUDIENKONTEN, BILDUNGSGUTSCHEINE, VOUCHER-MODELL

unseres erachtens ist das aktuelle system der bildungsfinanzierung bestenfalls unter einfluss harter drogen als irgendwie positiv zu bezeichnen. vor dem hintergrund unseres steuersystems finanzieren – grob vereinfacht – eher "bildungsferne" schichten die (aus-) bildung der menschen an den schulen und hochschulen. das ist derart unhaltbar, dass es für die geschmackssicheren visionärInnen des "ring christlich demokratischer studeure" (o.s.ä., rcds) ein grund – nein: der grund – ist, mit Vehemenz gegen studiengebührenmodelle zu vo(l)tieren.

obwohl es reizt, das Gegenteil des rcds zu fordern, können auch wir nicht einfach sagen: "ran an die börsen der superreichen studies, her mit deren studiengebühren", denn die dadurch verstärkte elternabhängigkeit beeinträchtigt oftmals die eigenverantwortliche wahl von bildungsbiografien.

DILEMMA, ICK HÖR DIR TRAPSEN

das versprechen einer unter politischen gesichtspunkten annehmbaren also gerechten bildungsfinanzierung in diesem (steuer-| erbschafts-| kapitalistischen| ...) system ist schlicht eine



mär. was bleibt, ist die forderung nach reflektierter debatte über bildungsfinanzierung mit der offenheit für echte konsequenzen. ein klares nein zu den finanzierungsmodellen, die derzeit nassforsch diskutiert werden, ist da naturellement(?) eingeschlossen.

TRENDIGE EUPHEMISMEN #2:

AUSBILDUNG, PRAXISORIENTIERUNG

ersteres ist in seiner ursprünglichen bedeutung eher eine korrekte bezeichnung denn ein euphemismus. schließlich geht's im unterschied zum aktivischen "sich bilden" beim "ausgebildet werden" genau um prägung von aussen zu einem für das aussen "nutzbaren" zustand. was zweiteres als waschechten euphemismus ins licht rückt.

BEING A SPECKSTEIN

ausbildung zu wollen, ist nicht verwerflich, zumal was abfällt, dh. sich damit einkommensmöglichkeiten verbinden. hier jedoch die persönliche wahl zu verwehren und bildung durch verschulung der universitären studiengänge zu erschweren, ist nicht nur politisches ziel sondern die weitere einschränkung eines menschenrechts.

TRENDIGE EUPHEMISMEN #3:

DRITTMITTEL

diese seien – dem rektorat sei's geläutet und geklingelt – besser betitelt als "finanzierung von auftragsforschung" und in diesem sinne prädestiniert für die inhaltliche und publikatorische einflussnahme eben der auftraggeberInnen. hier übertriebenen altruismus zu unterstellen, wäre blanke realitätsverweigerung – da reden wir doch lieber von ergebnisorientierter verwertbarkeitslogik.

HUHN ODER EI?

FORSCHUNG ODER ERGEBNIS?

eigentlich eine sache, für die sich eine unternehmensinterne forschungsabteilung anböte, die sich zur personalakquise der immensen menschenmenge bediente, der der zugang zum ersten arbeitsmarkt verwehrt ist.

TRENDIGE EUPHEMISMEN #4:

SPONSORING

dass in den hörsälen in zukunft werbewirksames zu hängen käme, sei doch gar nicht zu verurteilen, war schon bei der einföhrung der "marketing"-tafeln auf der seminarraumbene aus dem rektorat zu hören. schießlich müssten "die" dafür ja zahlen; mehr geld – bessere lehre. dass die penunzen ohne gegenwert fließen würden, glaubt wohl niemand, schließlich wird mit der werbung ja etwas "bekannt gemacht"; mehr bekanntheit – bessere bilanzen.

dass aber der zu "promotende" inhalt zumindest nicht mit einem für das unternehmen negativen inhalt der lehrveranstaltung vermittelt werden kann, scheint keineN derer zu bedrücken, die sich sooo viele schöne sponsoring-euren ausmalen. da sei nur nebenbei erwähnt, dass die uni sich bei den verhandlungen zu den angesprochenen werbetafeln selbst in monetärer logik hat sagenhaft über den tisch ziehen lassen.

TRENDIGE EUPHEMISMEN #5:

GREEN CARD, ZUWANDERUNGSGESETZ

so passen auch diese legislativen schnellschüsse trefflich ins konzept der bildungspolitik. unter der prämissen der wirtschaftlichen einsetz- bzw. verwertbarkeit werden die menschen in "willkommene" und abzulehnende selektiert. hier entscheidet – wie zuhaus erst angestrebt – eben die "genossene" ausbildung, ob ein mensch die festung europa erklimmen darf.

für die glasklarheit: wer hier unterstellt, wir sähen die einwanderung irgendwelcher menschen kritisch oder ablehnend, irrt gewiss. grenzen auf für alle. epilog verflucht! ein gräuslich bild, das sich entfaltet: im schweinsgalopp ins kapitalistische – nein, nicht das buh-wort? dann: neoliberale – paradies.

auf den mit heißer feder gestrickten fahnen verbal-opponierender hochschulgruppen versprüht so mancher phate gemeinplatz im gewande des widerständigen gehörig publizistischen charme – doch was bleibt ist nur das schöne wort. achso, das ist ja marketing.

ANGEPASST SIND SCHON DIE ANDEREN

BACKMATTER

wir haben den anspruch auf vollständigkeit bei der aufzählung trendiger euphesmismen aus dem bildungsbereich vollkommen aufgegeben. wenn euch also noch einer einfällt ("credit points", "profilbildung", ...), schreibt uns, was er wirklich bedeutet (unilinks@netz-kasten.de). die schönsten weil schrecklichsten werden veröffentlicht. und der allerschrecklichste weil schönste lädt ein zu einem gemeinsamen abend im studierendenparlament der uni bielefeld. wer könnte widerstehen?



Heft zur Qual: bildungs- und hochschulpoli-sick (2004)

prolog: zum zweiten mal schon versuchen wir nun, uns einem themenkomplex programmatisch zu nähern, der eigentlich nach einem ende der oberflächlichkeit verlangt. und wieder ist das ergebnis konsequenz aus und flucht vor der tiefgründigkeit: 5 elaborate über bildung – 5 einstiege in debatten, deren prämissen nicht unsere sind.

TRENDIGE EUPHEMISMEN #1:

STUDIENKONTEN, BILDUNGSGUTSCHEINE, VOUCHER-MODELL

unseres erachtens ist das aktuelle system der bildungsfinanzierung bestenfalls unter einfluss harter drogen als irgendwie positiv zu bezeichnen. vor dem hintergrund unseres steuersystems finanzieren – grob vereinfacht – eher “bildungsferne” schichten die (aus-) bildung der menschen an den schulen und hochschulen. das ist derart unhaltbar, dass es für die geschmackssicheren visionärInnen des “ring christlich demokratischer studeure” (o.s.ä., rcds) der grund ist, mit vehemenz gegen studiengebührenmodelle zu vo(l)tieren.

obwohl es reizt, das Gegenteil des rcds zu fordern, können auch wir nicht einfach sagen: “ran an die börsen der superreichen studies, her mit deren studiengebühren”, denn zum einen beeinträchtigt die dadurch verstärkte elternabhängigkeit oftmals die eigenverantwortliche wahl von bildungsbiografien. und zum anderen kann bildung schlicht unmöglich käuflich sein.

DILEMMA, ICK HÖR DIR TRAPSEN

das versprechen einer unter politischen Gesichtspunkten annehmbaren also gerechten bildungsfinanzierung in diesem (steuer-|erbschafts-|kapitalistischen|...) system ist

schlicht eine mär. was bleibt, ist die forderung nach reflektierter debatte über bildungsfinanzierung mit der offenheit für echte konsequenzen. ein klares nein zu den finanzierungsmodellen, die derzeit nassforsch diskutiert werden, ist da eingeschlossen.

TRENDIGE EUPHEMISMEN #2:

AUSBILDUNG, PRAXISORIENTIERUNG

erstere ist in ihrer ursprünglichen bedeutung eher eine korrekte bezeichnung denn ein euphemismus. schließlich gehts im unterschied zum aktivischen “sich bilden” beim “ausgebildet werden” genau um prägung zu einem für das aussen “nutzbaren” zustand. was zweitens als waschechten euphemismus ins licht rückt. als ginge es um die orientierung an eigener praxis.

BEING A SPECKSTEIN

ausbildung zu wollen, ist nicht verwerflich, zumal was abfällt, dh. sich damit einkommensmöglichkeiten verbinden. hier jedoch die persönliche wahl zu verwehren und sich selbst genügende bildung durch verschulung der studiengänge zu erschweren, ist nicht nur politisches ziel sondern die weitere einschränkung eines menschenrechts.

TRENDIGE EUPHEMISMEN #3:

DRITTMITTEL

diese seien – dem rektorat sei’s geläutet und geklingelt – besser betitelt als “finanzierung von auftragsforschung” und in diesem sinne prädestiniert für die inhaltliche und publikatorische einflussnahme eben der auftraggeberInnen. hier übertriebenen altruismus zu unterstellen, wäre blanke realitäts-verweigerung – da reden wir doch

lieber von ergebnisorientierter
verwertbarkeitslogik.

HUHN ODER EI?

FORSCHUNG ODER ERGEBNIS?

eigentlich eine sache, für die sich eine
unternehmensinterne forschungsabteilung
anbiete, die sich zur personalakquise an all jene
erinnerte, denen der zugang zum ersten
arbeitsmarkt verwehrt ist.

TRENDIGE EUPHEMISMEN #4:

SPONSORING, PUBLIC-PRIVATE-PARTNERSHIP

dass in den hörsälen in zukunft
werbewirksames zu hängen käme, sei doch gar
nicht zu verurteilen, war schon bei der
einführung der "marketing"-tafeln auf der
seminarraumbene aus dem rektorat zu hören.
schließlich müssten "die" dafür ja zahlen; mehr
geld – bessere lehre. dass die penunzen ohne
gegenwert fließen würden, glaubt wohl
niemand, schließlich wird mit der werbung ja
etwas "bekannt gemacht"; mehr bekanntheit –
bessere bilanzen.

dass aber der zu "promotende" inhalt
zumindest nicht mit einem für das
unternehmen negativen inhalt der
lehrveranstaltung vermittelt werden kann,
scheint keineN derer zu bedrücken, die sich
sooo viele schöne sponsoring-euren ausmalen.
da sei nur nebenbei erwähnt, dass die uni sich
bei den verhandlungen zu den
angesprochenen werbetafeln selbst in
monetärer logik hat sagenhaft über den tisch
ziehen lassen.

TRENDIGE EUPHEMISMEN #5 :

GREEN CARD, ZUWANDERUNGSGESETZ

auch diese legislativen schnellschüsse passen
trefflich ins konzept der bildungspolitik. unter
der prämissen der wirtschaftlichen einsetz- bzw.
verwertbarkeit werden die menschen in
"willkommene" und abzulehnende selektiert.
hier entscheidet – wie hier erst angestrebt –
eben die "genossene" ausbildung, ob ein
mensch die festung europa erklimmen darf.

für die glasklarheit: wer hier unterstellt, wir
sähen die einwanderung irgendwelcher
menschen kritisch oder ablehnend, irrt gewiss.
grenzen auf für alle.

EPILOG

verflucht! im schweinsgalopp ins liberale
paradies. und dennoch: gleich den
interessensgruppen studentischer privilegien-
sicherung den im text angedeuteten
bildungspolitischen debatten besondere
priorität in der politischen Arbeit
einzuräumen, verkennt, wo's wirklich brennt.
all die phrasen sind immerhin –

trendiger euphemismus # 42 alles für alle



Ist ein Hallenumbau nur ein Hallenumbau?

Erweiterung der Debatte um die Pläne zum Hallenumbau des Rektorats (2005)

Seit ca. einem halben Jahr wird an der Uni Bielefeld der Umbau der Unihalle diskutiert. Im Dezember 04 hat das Rektorat in Kooperation mit dem „Ästhetischen Zentrum“ ein Papier herausgegeben, das über die bestehenden Pläne informiert. Die Halle soll umgestaltet werden, um die Attraktivität und die Funktionalität des Unigebäudes zu steigern. Begründet wird dies im wesentlichen damit, dass die Uni Bielefeld „unter wachsendem Wettbewerbsdruck um Studierende, Lehrende, Drittmittel, Sponsoren etc. gehalten ist, ihr besonderes ‚Profil‘ zu finden“ (Rektoratspapier 8.12.04, s. AtsA-Homepage). Die geplanten Maßnahmen richten sich zunächst vor allem auf die Gestaltung der Wände und die Möblierung der Unihalle. So sollen die Pinnwände und Litfasssäulen mit all den Gesuchszetteln und Veranstaltungshinweisen weitestgehend entfernt werden und stattdessen elektronische Anzeigetafeln, Infoterminals mit Inter-/Intranetanschluss und ein Infopavillon installiert werden.

Die Kontaktbananen sollen ersetzt werden durch neue Sitzgelegenheiten und auf der Galerie sollen mehr festgeschraubte Hocker und Tische angebracht werden. Dazu gibt es Vorschläge für ein neues Café und die Nutzbarmachung der Dachgärten.

Der AstA sowie einige andere studentische Gruppen wie Fachschaften und eine der politischen Hochschulgruppen haben bereits in



Wie die Innenstädte zu sauberen Konsumzonen, soll die Uni nun zu einer ordentlichen und übersichtlichen Ausbildungseinrichtung werden.

den ersten Monaten des Jahres ihre Kritik an der Planung des Rektorats formuliert. Ein Großteil der Kritik bezieht sich dabei auf die Tatsache, dass das Rektorat die Studierendenschaft nicht in die Planung einbezogen hat und diese erst recht spät informiert hat. Zu Recht wird die Umgehung sämtlicher demokratischer Entscheidungsfindungsgremien innerhalb der Universität einschließlich des Senates kritisiert. Teilweise geht die Kritik auch darüber hinaus, so vor allem von der Fachschaft DSE (s. AstA-Homepage).

:uniLinks! möchte die Debatte aufgreifen, sich der bereits formulierten Kritik anschließen, jedoch die Schwerpunktsetzung wesentlich verschieben. Die Nicht-Einbeziehung der studentischen Gremien ist scharf zu kritisieren, aber unseren Ermessens nach gilt es, die Vorhaben des Rektorates in einen weiteren gesellschaftspolitischen Kontext zu stellen um zu einer grundsätzlicheren Kritik zu kommen.

:uniLinks! betrachtet den geplanten Hallenumbau vor dem Hintergrund der seit Mitte der 90er Jahre in der BRD vorangetriebenen Umstrukturierung öffentlichen Raums. Innenstädte, Bahnhöfe und Parks wurden und werden vermehrt privatisiert. Der Raum wird verstärkten Kontrollmaßnahmen unterzogen, Kameras werden installiert und private Sicherheitsdienste beauftragt. Aus Fußgängerzonen werden Shoppingmalls oder Einkaufspassagen mit privatem Hausrecht. Die Innenstädte konnten und können auf diese Weise effektiver von „unerwünschten“ Menschen, wie Obdachlosen, StraßenkünstlerInnen, MigrantInnen, DrogenuserInnen, Punks und WagenplatzbewohnerInnen „befreit“ werden,

also all denjenigen, die meistens einkommensschwach sind und nicht am Konsum teilnehmen können oder wollen. Hier verschränken sich die Maßnahmen mit einem meistens rassitischen Sicherheitsdiskurs. All dies kann hier nur angedeutet werden, für Bielefeld sei jedoch an die Kamerainstallation im Ravensberger Park erinnert, die mit der Begründung von angeblich mehr Sicherheit zu einem Verdrängen der schwulen „Cruising“Area führte.

Begründet werden die beschriebenen Maßnahmen mit dem verstärkten Wettbewerb der Städte und Gemeinden untereinander, um vermeintlich Arbeitsplätze schaffende InvestorInnen und TouristInnen. Das unter neoliberalen und postfordistischen politisch eingerichteten Bedingungen flexibler gewordene Kapital muss fortan mit allen Mitteln angelockt werden. Man will in den Innenstädten ideale Bedingungen für eine Mittelschichts-orientierte Konsum- und Entertainmentwelt schaffen. Wer in diese Welt nicht passt, muss gehen. Die aus dieser Politik entstehenden Kämpfe um öffentliche Räume gehen bis heute unvermindert weiter. Wir erinnern uns an die Räumung des Wagenplatzes „Bambule“ in Hamburg Ende vorletzten Jahres und die bevorstehende Räumung sozialen Zentrums in der Berliner Yorkstr. 59. Wohin das Ganze unter anderem führt, lässt sich z.B. ablesen an bizarren Anekdoten aus Köln, wo es seit kurzem bei Androhung von Bußgeld verboten ist, Nahrungsmittelreste aus öffentlichen Abfalleimern zu holen. Dies schädige das Stadtbild und das Image der Stadt und zudem sei man über die Gesundheit der Menschen besorgt, da die Nahrungsmittel doch oft verdorben seien (!!).

Der Hallenumbau sollte als Aufhänger für eine grundsätzliche Kritik am hegemonialen neoliberalen Diskurs im Bereich der Bildungspolitik sowie der Raum- und Innenpolitik in Deutschland genutzt werden.

Diese gesamtgesellschaftliche Situation spiegelt sich schon seit längerem auch an der Uni Bielefeld wieder. An Wochenenden und Feiertagen wird Menschen ohne Studierendenausweis oder Schlüssel der Zutritt verweigert, Mensa und Hallenbad sind nur mit Studentenwerkskarte zu betreten. So werden unerwünschte NutzerInnen der Infrastruktur an der Uni ausgeschlossen; natürlich auch hier mit der Begründung von angeblich zu hohen Kosten und Sicherheitsrisiken. Mit dem Hallenumbau und der durch das Rektorat angeführten Begründung zieht nun ein weiteres Stück der kapitalistischen Verwertungslogik in die Uni ein. Auch die Unis sind in Deutschland nun im Rahmen der Autonomieregelungen einem verstärktem Wettbewerb untereinander ausgesetzt und dies natürlich auch im internationalen Rahmen. Für diese Herausforderung will man sich nun fit machen. Im Falle der Unis sind die InvestorInnen vor allem Firmen und Stiftungen, die zweckgebundene Gelder, die sog. Drittmittel, zur Verfügung stellen. Die Frage nach der wissenschaftlichen Freiheit von Forschung und Lehre sowie der Möglichkeit einer Bildung, die sich notwendigerweise mit Emanzipation und der Beförderung von Kritikfähigkeit verbindet, gilt es an diesem Punkt zu stelle.

Wie die Innenstädte zu sauberen Konsumzonen, soll die Uni nun zu einer ordentlichen und übersichtlichen Ausbildungseinrichtung werden. Die Gestaltung des Gebäudes geht Hand in Hand mit der Umstrukturierung des Studiums selbst durch die Einführung der BA/MA – Studiengänge. Auch die neuen Studiengänge treiben die allgemeine

Verwertbarmachung voran. Die BA-Studierenden bekommen ein notwendiges Grundwissen im Sinne einer Ausbildung vermittelt, um für die qualifiziertere Lohnarbeit gewappnet zu sein und werden dann möglichst jung auf den Arbeitsmarkt geworfen. Kritisches und eigenständiges wissenschaftliches Arbeiten scheint hier nicht mehr erwünscht. Die Elite unter ihnen wird mittels der Trennung in BA und MA ausselektiert. Dies ist im Kontext des Hallenumbaus zu betrachten, jedoch ist kein notwendiger Zusammenhang von Hallenumbau und neuen Studiengängen gegeben wie das Rektorat in seinem Papier suggeriert. Deutlich wird jedoch, dass die Verwertungslogik auf allen Ebenen immer mehr in den Universitätsbetrieb einzieht. Auf die ebenfalls stattfindenden Veränderungen der Berufungspraxis des wissenschaftlichen Personal kann hier nur hingewiesen werden (vgl. dazu z.B.: Sonderheft der Frankfurter Studierendenzeitschrift DISKUS, 10/2004, www.copyriot.com/diskus).

Vor diesem Hintergrund betrachtet :uniLinks! den geplanten Hallenumbau als Teil der vom Rektorat betriebenen Standortpolitik im Rahmen eines sich unter neoliberalen Vorzeichen umstrukturierenden gesellschaftlichen Feldes. Die gemeinsame Erarbeitung der Pläne mit einer unizugehörigen Einrichtung, die sich „Ästhetisches Zentrum“ nennt, muss vor diesem Hintergrund als semantisches Tarnmäntelchen entlarvt werden. „Ästhetik“ steht hier als Chiffre für Sauberkeit und Ordnung im Dienste der Verwertungslogik. „Ästhetik“ bedeutet Normierung bzw. Normalisierung. Zum Ausgangspunkt wird hier nicht ein realer Missstand genommen, der von den NutzerInnen der Halle, den

Studierenden, als solcher empfunden wird, wie die zum Teil nicht Rollstuhl-gerechten Bereiche an der Uni, auf die der AstA zu Recht hinweist. Stattdessen bezieht sich das Rektorat auf das subjektive Ordnungsempfinden einer kleinen Gruppe, die das Rektoratspapier erarbeitet hat. Die Bewahrung der Kritikfähigkeit und Selbstbestimmung der Studierenden ist gegen die Pläne des Rektorates zu verteidigen, welches mit dem Hallenumbau dafür sorgen will, dass Informationen statt wie bisher ungeordnet in Form der Pinnwände und Litfasssäulen nun nach Zielgruppen gebündelt auf entsprechenden Infowänden zusammenfassen lassen will. :uniLinks! sieht in dieser Politik eine antiemanzipatorische Umgangsweise mit Informationen bzw. Wissen. Darüber hinaus wird die Freiheit der politischen Äußerung im sozialen Raum Universität durch das Ersetzen von Pinnwänden durch elektronische Anschlagtafeln sanktioniert und kontrolliert. Es ist anzunehmen, dass nicht jede/r anonym Beiträge auf die Tafel setzen können wird.

Der Jargon der zwingenden Notwendigkeit, den das Rektorat in seinem Papier wählt, ist Teil einer typischen neoliberal-repressiven politischen Strategie. Es gibt keine objektiven Missstände, keinen Zeitdruck, keine Knappheit sondern nur getarnte Interessen. Dass es hier nicht nur um äußerlich gestalterische Maßnahmen geht, sondern auch um Subjektivierung im Sinne von Disziplinierung ist ebenfalls dem Rektoratspapier zu entnehmen, wenn davon die Rede ist, dass mit den geplanten Maßnahmen auch ein neuer „Verhaltenskodex“ eingeführt werden soll (Rektoratspapier S.7).

Der Hallenumbau muss in den oben beschriebenen gesellschaftspolitischen Kontext

eingeorndet werden und mit dieser Perspektive eine weitergehende und Kritik an der derzeitigen Politik des Rektorates zu formuliert werden als dies bisher geschehen ist. Der Hallenumbau sollte als Aufhänger für eine grundsätzliche Kritik am hegemonialen neoliberalen Diskurs im Bereich der Bildungspolitik sowie der Raum- und Innenpolitik in Deutschland genutzt werden:

:uniLinks! wendet sich in diesem Sinne gegen die weitere Verwertbarmachung von Wissenschaft und Hochschule, gegen den weiteren Ausbau der Drittmittelfinanzierung, gegen die Abschaffung der Magister- und Diplomstudiengänge, gegen einen nach Standortlogik begründeten Hallenumbau und die damit einhergehende Sanktionierung und Kontrolle von Information und politischer Artikulation in der Universität

:uniLinks! liebäugelt in diesem Sinne mit einer freien Bildung im Sinne von Emanzipation und Kritikfähigkeit, mit einer Universität als sozialem Raum für leben, lernen, politische Arbeit, nicht-kommerziellen Kulturbetrieb und freien, selbstbestimmten Informationsaustausch.

Das Rektorat muss daran gehindert werden, seine Vorhaben durchzusetzen. Der Plan, den Hallenumbau in der vorlesungsfreien Zeit möglichst ungestört durchzuführen muss durchkreuzt werden.

Für freies Plakatieren in der Universität! Rettet die Wandzeitungen! „Entrümpelung“ der Halle stoppen! – Für freie Infotische!

Gegen chillen im Dachgarten und die Begrünung der Halle haben wir übrigens gar nichts einzuwenden, schließen uns aber vor allem der Fachschaft Technik, mit der Forderung nach dem Pool im Dachgarten und

dem Wasserfall von V 10 sowie der Einrichtung der Cocktailbar an (s. Stellungnahme Fachschaft Technik auf der AstA-Homepage), aber bitte alles für alle und zwar umsonst!

LISTE 10 :UNILINKS!



UNBEHERRSCHT,
UNGEDULDIG,
:UNILINKS!

...rien ne va plus? ...Gesellschaftskritik und Hochschulreformen (2006)

Kann Wissenschaft sinnvoll zur Kritik der Gesellschaft beitragen?

:uniLinks! liebäugelt mit einer grundlegenden Kritik der „Realität“. Die von kapitalistischen Verhältnissen durchdrungene Gesellschaft scheint uns ein zu überwindendes Ärgernis zu sein und wir wenden uns gegen sexistische, rassistische und antisemitische Verhältnisse.

Was kann Wissenschaft sinnvoll zur Kritik der Gesellschaft in diesem Sinne beitragen? Eine schwierig zu beantwortende Frage, zumal im Rahmen eines Flugblattes. Die Vermutung, dass kritische Wissenschaften grundsätzlich aber möglich sind, soll dem Folgenden zu Grunde liegen. Da es seit einiger Zeit zu massiven Umstrukturierungen im Hochschulwesen kommt, möchten wir hier eine Einschätzung vornehmen, was diese Entwicklung für die Möglichkeit von Gesellschaftskritik innerhalb von Wissenschaften und Hochschulen bedeutet.

Das „kritische“ an Wissenschaft verstehen wir dabei erst als emanzipatorisch bedeutsam, wenn nach Herrschaft, gesellschaftlichen Interessen und praktischem Eingreifen gefragt wird, sowie Wissenschaft sich einer ständigen Selbstreflexion in bezug auf ihre Verstrickung in Gesellschaft und deren innere Widersprüche unterwirft.

...HINTERGRUND:

Im Zuge des Bologna-Abkommens von 1999 entschieden die Hochschulen sich zu umfassenden Umstrukturierungen. Die Einführung von Bachelor/ Master-Studiengängen und Studiengebühren sind die offensichtlichsten Resultate dieser Veränderungen. Vordergründig scheint es sich dabei zunächst um eine Strukturreform zu handeln, die internationale Vergleichbarkeit,

Marktorientierung und Standardisierung des Studiums sicherstellen soll. Einher damit geht allerdings eine grundlegende Neuordnung des gesamten Hochschulwesens. Das Verhältnis der Unis untereinander, die einzelnen Unis im Ganzen, die Fakultäten und die Fachbereiche intern werden reorganisiert. Dies läuft auf die Inszenierung einer Wettbewerbssituation hinaus, bei der alle Teilnehmer_innen miteinander im ständigen Konkurrenzkampf um Ressourcen, Stellen, Mittelvergabe etc. liegen. Die verfügbaren Landesmittel werden parallel immer mehr gekürzt, wodurch der Druck zusätzlich erhöht wird. Leistungen von Wissenschaftler_innen werden zunehmend quantitativ bemessen. Gleichzeitig wird die universitäre Selbstverwaltung entmachtet. Man kann diesen Prozess als eine umfassende Ökonomisierung von Eigenschaften und Handlungsmotiven aller bezeichnen. Auch die Studierenden sollen ihr Studium an dem wichtigsten Ziel ‚Beschäftigungsfähigkeit‘ und damit an ökonomischen Kriterien (schnell, billig und willig) ausrichten.

UNTER DIESEN BEDINGUNGEN WIRD DER RAUM FÜR EINE HERRSCHAFTSKRITISCHE PERSPEKTIVE AN DEN UNIVERSITÄTEN ENGER:

Forschung: Eine kritische und reflexive Forschungstätigkeit von Wissenschaftler_innen wird durch die Reformen vielfältig eingeschränkt. Zunächst verbleibt im allgemeinen weniger Zeit für intensive Forschung durch die politisch gewollte Verknappung der Ressourcen. Dazu kommt das im Hochschulrahmengesetz verankerte faktische Berufsverbot für Wissenschaftler_innen nach 12 Jahren hochschulischer Tätigkeit, falls ihnen nicht das Privileg einer Professur zukommt oder sie diese nicht anstreben. Außerdem wird das Betreiben kritischer Forschung durch die

Reformen erschwert oder sogar verhindert. So werden auch Forschungsergebnisse an ihrer kurzfristigen Verwertbarkeit gemessen. Kritik am Bestehenden wird da schnell unerwünscht, Selbstreflexion überflüssig. Beides kann leicht der leistungsorientierten Mittelvergabe, der zunehmenden Drittmittelfinanzierung, sowie der zunehmend vorab mehr oder weniger festgelegten inhaltlichen Outputs innerhalb sogenannter Anwendungsforschung zum Opfer fallen. Dazu wird oftmals über eine entsprechende Berufungspolitik das Nachrücken kritischer Wissenschaftler_innen gezielt verhindert.

Lehre: Diese Situation macht sich natürlich auch innerhalb der Lehrtätigkeit der Wissenschaftler_innen bemerkbar. Zum einen wirken auch hier zunehmende Zeit- und Ressourcenknappheit. Zum anderen schränken die mit den neuen Studiengängen eingeführte Modularisierung und Curricularisierung die Möglichkeit ein, kritische Inhalte in Lehrveranstaltungen zu platzieren. Für eine intensive Beschäftigung mit Themen ist entweder keine Zeit, oder diese ist schlicht politisch nicht gewollt. Auch lässt sich unter den neuen Bedingungen schlechter reagieren auf aktuelle politische Fragestellungen bzw. auf außerhalb oder innerhalb der Uni stattfindende soziale Kämpfe. Im Allgemeinen kann eine weitreichende Standardisierung von Inhalten vermutet werden, wobei Kritik und Reflexivität wenig Raum bleibt.

Studium: Von den Einschränkungen im Bereich der Lehre ist das Studium natürlich direkt betroffen. Dazu kommt, dass sich in bezug auf die Studienorganisation das Motiv

der puren Beschleunigung verselbstständigt. Jedoch kann Zeit als isolierter quantitativer Faktor als ein irrelevantes Kriterium betrachtet werden, um den Nutzen von Bildung bestimmen zu können. Den Studierenden wird hingegen suggeriert eine vor allem an der Dauer des Studiums bemessene Effizienz sei ein Wert an sich. Auch werden die Studieninhalte an ihrer unmittelbaren wirtschaftlichen Verwertbarkeit gemessen: Es soll möglichst ‚praxisrelevantes‘ Wissen vermittelt werden. Das weitere Interesse am Gegenstand der Fächer wird dabei eher



nachrangig, wenn nicht gar irrational. Es bleibt wenig Zeit ein kritisches Verhältnis zu Inhalten zu entwickeln oder sich überhaupt erst einmal tiefergehend auseinander zusetzen. Dazu kommt, dass die Studierenden eine erhöhte Arbeitsbelastung in Kauf zu nehmen haben und zusätzlich auch noch Arbeiten müssen fürs Gebührenbezahlen. Die Möglichkeit z.B. in der studentischen Selbstverwaltung politisch aktiv zu sein, wird dadurch eingeschränkt. Auch verbleibt weniger Zeit, neben den offiziellen Studieninhalten andere (etwa kritische) Inhalte wahrzunehmen und sich damit zu beschäftigen.

Könnte dies vermehrt auf die Herstellung von Subjektivitäten hinauslaufen, die phantasielos und geduckt, nicht nur demokratiefeindliche und neoliberale Verschiebungen in der Universität hinnehmen, sondern deren Logik auch konform geht mit anderen gesamtgesellschaftlichen autoritären Umstrukturierungsprogrammen wie z.B. der aktuellen großkoalitionären Verschärfung der Hartz 4- Regelungen?

Gerechtigkeit? Die Umstrukturierungen gehen einher mit der Einführung von Studiengebühren. Dass diese mit der Beförderung sozialer Gerechtigkeit entgegen der Beteuerungen seitens z.B. des Bielefelder Rektorates und der Landesregierung NRW wenig zu tun haben, sparen wir uns hier auszuführen. Es lohnt sich allerdings noch einmal darauf hinzuweisen, dass dies im Kontext einer größeren Umformung im ganzen Bildungssystem wie in der gesamten Gesellschaft steht. Dabei wird der Gerechtigkeitsgedanke von allen Vorstellungsresten gesellschaftlicher Verteilung abgekoppelt und auf die Herstellung formal gleicher individueller Startchancen in der Bildung reduziert. „Gerechtigkeit“ meint immer weniger „Gerechtigkeit im Ergebnis“. Dies wird durch die Teilung des Studiums in BA und MA ebenfalls massiv befördert. So ist in vielen Studiengängen vorgesehen, dass nur 20 % der BA-Absolvent_innen im Master weiterstudieren.

Demokratie an der Uni: Von demokratischen Verhältnissen an den Unis kann schon bisher nicht die Rede sein, wie es uns in Bielefeld bei der Senatssitzung Anfang Februar im Audimax nicht besser hätte vorgeführt werden können. Die Vertreter_innen der Professor_innen nutzten ihre absolute Mehrheit in diesem Gremium ohne Zögern dazu mit dem

Beschluss der Einführung von Studiengebühren einen massiven Eingriff in das Leben von 16000 Studierenden vorzunehmen. Allerdings werden sehr wahrscheinlich auch die bisherigen Mitbestimmungsmöglichkeiten von Studierenden und Mittelbau weiter eingeschränkt werden. So ist beispielsweise im neuen sogenannten Hochschulfreiheitsgesetz in NRW vorgesehen an den Unis sogenannte Hochschulräte einzuführen. Die Hochschulräte sollen faktisch die Senate als oberste Gremien der Universitäten ablösen. Diese Räte allerdings sollen entweder ganz oder zur Hälfte von Externen bestimmt werden. Die Landesregierung würde so direkt in die Geschicke der Unis eingreifen können, die Selbstverwaltung wäre abgeschafft. Diese neuen Gremien werden, so ist anzunehmen, die auch jetzt schon festzustellende Politik der Rektorate einer nach Effektivität und Effizienz ausgerichteten manageriellen Steuerung (Privatisierungen, betriebswirtschaftliche Organisation) ausweiten.

...ONE STEP FORWARD...

:Unilinks! wendet sich gegen die aktuellen Reformen und die dahinterliegende neoliberale Logik. Die den aktuellen Reformen hintergründige Annahme, dass auf diese Weise der gesellschaftliche Nutzen von Bildung und Wissenschaft vermehrt werden kann ist gänzlich unbewiesen. Sowieso bezieht diese sich nur auf den Rahmen kapitalistischer Vergesellschaftung und der damit einhergehenden Standortkonkurrenz. Diesen gilt es prinzipiell in Frage zu stellen. So nehmen wir auch die bisherige undemokratische Einrichtung der Unis und die auch bislang schon in weiten Teilen nach Verwertbarkeitskriterien ausgerichtete Organisation von Studium, Forschung und Lehre in die Kritik. Letztere war und ist

beispielsweise auch innerhalb der „alten“ Studiengänge durchaus gegeben.

:uniLinks! liebäugelt mit einer Erweiterung herrschaftskritischer Perspektiven an den Hochschulen. Dazu scheint es zunächst wichtig zu sein die hinter den aktuellen Reformen liegende Logik als politisches Programm zu identifizieren. Dieses tritt meist im Mantel vermeintlich interessenentbundener Sachzwänge in Erscheinung. Eine politisch-gesellschaftliche Entwicklung wird naturalisiert. Eine solche scheinbare Alternativlosigkeit muss in Frage gestellt werden. Hierzu sollte die Umstrukturierung der Hochschulen im gesamtgesellschaftlichen Kontext kritisiert werden. Das neoliberale Programm an den Unis macht nur Sinn, in dem es sich auf die durch den Kapitalismus notwendig hervorgebrachten Krisen bezieht, welche Bedingung des Programms sind. Darum kann Kritik hier ohne generelle Gesellschaftskritik nicht auskommen. Letztere wiederum sollte von kritischen Wissenschaften mit formuliert werden. Dies scheint im Interesse eines Verbleibs und Ausbaus der Möglichkeiten kritische Wissenschaften überhaupt betreiben zu können absolut notwendig. Und hier sollten sich Studierende wie Lehrende gleichermaßen angesprochen fühlen..

:UniLinks! geht es mit dieser Kritik der aktuellen Hochschulreformen und der damit verbundenen Forderung eines politischen Kampfes gegen diese Reformen, wie bereits erwähnt, nicht um eine Idealisierung alter Verhältnisse. Kritische Wissenschaften sowie der politische Kampf für ihr Bestehen sollten vielmehr als Teil eines gesellschaftlich emanzipatorischen Projekts verstanden werden. In diesem Sinne sollte die Möglichkeit der Kritik ausgebaut und mit andernorts stattfindenden sozialen Kämpfen verknüpft

werden. Auch fordern wir die Ausweitung demokratischer Verhältnisse an den Unis und darüber hinaus. Demokratisierung könnte in diesem Sinne allerdings auch bedeuten den Objektivitätsanspruch von Wissenschaft in Frage zu stellen, sowie das Konzept der Objektivität selbst historisch zu relativieren. Wenn auch dies nicht heißen soll darauf zu verzichten, zu wissen was gültig ist, solange man verändern will. Vielmehr könnte es um eine auf allen Ebenen stattfindende kritische Reflexion dessen was sich als Wirklichkeit und Wahrheit darstellt, gehen.

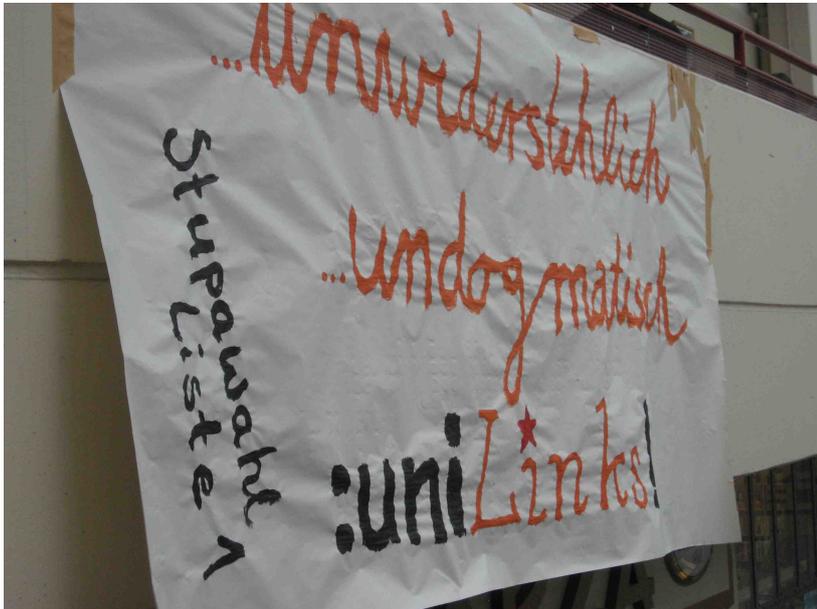
**NICHTS MUSS SO SEIN WIE ES IST
:uniLinks!**



Kostenloses Studium zur Steigerung der Gebärfreudigkeit??!!

Über Studiengebühren und grüne Ängste um die deutsche Nation (2006)

Alle sind gegen Studiengebühren. Selbstverständlich! Nur die Gründe der Ablehnung differieren beträchtlich. Und so lohnt sich ein genauer Blick auf einige Argumentationen. Besonders die Argumente eines studentischen Senators der ghg*ol sind es – leider – wert, hier noch einmal



aufgegriffen zu werden. Denn es gibt sie doch, die Unterschiede zwischen den Gebührengegner_innen.

Mensch reibt sich verwundert die Augen, aber die erste Sorge des Senators scheint der mangelnden ‚Fertilitätsrate‘ deutscher Akademikerinnen zu gelten. So bedenkt er zuerst die Belastungen privater Haushalte, welche seiner Auffassung nach mit der Einführung von Studiengebühren einhergingen. Präzisiert wird der Gedanke durch den

Hinweis, dass es Familien mit Kindern sind, die belastet würden. Wieder einmal könnten sich die (wohl als unsozial verstandenen)

Reproduktionsverweigerer_innen ins Fäustchen lachen. Und schließlich macht der ghg*ol-Senator seine Befürchtungen explizit. Studiengebühren „werden noch mehr AkademikerInnenpaare von der Familiengründung abhalten“(1).

Damit reiht er sich, gewollt oder ungewollt, in einen bevölkerungspolitischen Diskurs ein, in dem auch mal „Kinder statt Inder“ gesagt werden darf und dem die neue Bundesfamilienministerin von der Leyen als Idol neuer deutscher Familienglückseligkeit dient. Zugrunde liegt die Angst, es könne eines Tages nicht mehr genug Deutsche geben. Individuelle Lebensplanung und Emanzipation werden dem höheren Ziel des ganz speziellen ‚nationbuilding‘ untergeordnet.

Wer so denkt, der_m gerät wohl nicht in den Sinn, dass es bei der Einführung von Studiengebühren wohl weniger um die Zerstörung der deutschen Nation geht (was durchaus zu begrüßen wäre), als vielmehr um einen weiteren Schritt einer neoliberalen Umstrukturierung der Gesellschaft. Mit dem generellen Rückzug des Staates aus der öffentlichen Daseinsvorsorge geht die Privatisierung und Individualisierung gesellschaftlichen (Miss-)Erfolgs einher. Jede_r ist ihres/seines Glückes – und auch des Peches – Schmied und hat entsprechend für die Kosten selbst aufzukommen. Ansprüche an den Staat sind obsolet geworden. Die geplante Einführung von Studiengebühren folgt genau dieser Logik. Entsprechend sollte sich Widerstand daran festmachen und nicht an der Sorge um die deutsche Nation. Diese möge lieber früher als später verschwinden!

(1) Martin Isbruch: Sondervotum zu TOP 13 der 331. Sitzung des Senats am 1. Februar 2006, S.4.

Viele Fragen (2006)

Wieso?

-- > regt sich an der Uni eigentlich kein Protest mehr gegen die akut anstehenden Studiengebühren?

Weshalb?

-- > informieren AStA und studentische VertreterInnen in der Lehrkommission (dort wurde der Entwurf für die so genannte „Studienbeitragsatzung“ der Uni Bielefeld entworfen) eigentlich nicht über den Diskussionsstand in dem Gremium?

Warum?

-- > einigen sich die studentischen VertreterInnen in der Lehrkommission mit den übrigen Mitgliedern darauf, „die Diskussion unter der Prämisse weiterzuführen, dass Studienbeiträge eingeführt werden“, wie es im Protokoll der Sitzung vom 15. März heißt.

Und überhaupt: Lässt sich Studium nicht auch ganz anders denken?

VIELE FRAGEN! KEINE ANTWORTEN?

Liste 9

:uniLinks!



Über das Elend der Hochschulreformen Ein hochschulpolitischer Rundumschlag (2008)



Die nun auch in Bielefeld erfolgte Etablierung des sogenannten Hochschulrates als neuer Leitungsinstanz der Universität bildet nur ein weiteres Mosaiksteinchen in einem viel grundlegenden Prozess des Umbaus der gesamten europäischen Hochschullandschaft. Dieser unter dem Label des ‚Bologna-Prozesses‘ vollzogene Umbau, führt dazu, dass die Möglichkeiten kritischer Wissenschaft und kritischen Studierens systematisch eingeschränkt werden. Dabei lassen sich die Auswirkungen der Reformen auf ganz unterschiedlichen Ebenen – auch direkt an der Uni Bielefeld beobachten. Hiervon und wie der AStA damit umgeht, sollen die folgenden Seiten handeln.

BOLOGNA UND DIE FOLGEN

Die Hochschulverwaltung orientiert sich zunehmend an ökonomischen Kriterien und wird schrittweise entdemokratisiert, wofür der Hochschulrat nur das herausstechendste und aktuellste Beispiel bildet. Waren Unis vormals staatliche Einrichtungen mit einem klaren Bildungs- und Forschungsauftrag, werden sie nun zunehmend nach unternehmerischen Kriterien geführt. Bei zunehmender Verknappung ihrer Ressourcen sollen sie effizient haushalten und können im Falle des Misslingens schon mal Insolvenz anmelden, also pleite gehen; Hochschulrankings werden eingeführt in deren Folge die Gelder nicht nach Auslastung, sondern durch formale Leistungsmessung verteilt werden. Genauso wird auch wissenschaftliche Forschung auf ökonomische Verwertbarkeit umgestellt, wissenschaftliche Arbeitsverhältnisse werden prekär organisiert und die Qualität der

Forschung verstärkt anhand der Quantität eingeworbener Drittmittel gemessen. In der Konsequenz müssen sich Forschungsvorhaben an ihrer kurzfristigen Verwertbarkeit orientieren, um sich überhaupt Hoffnung auf Finanzierung machen zu können. Ein Hinterfragen der Ziele oder Kritik am bestehenden Schlechten erübrigt sich selbstverständlich – Selbstreflexion? Unnötig! Unterstrichen wird diese Tendenz noch durch eine Berufungspolitik, die kritisch orientierten ForscherInnen den Weg in die universitären Strukturen zunehmend verunmöglicht. Parallel hierzu wird das Studium durch Modularisierung stark verschult. Die Ausrichtung an berufspraktischen Ausbildungszielen und die damit verbundene Einführung von BA-Studiengängen zwingen die Studierenden, sich effizient und konzentriert an kanonisierten Wissensvorgaben zu orientieren. Studiengebühren und verschärfte Aufnahmebedingungen tun ihr Übriges, um selbstbestimmtes und kritisch hinterfragendes Lernen zu verhindern sowie studentische Selbstverwaltung und Selbstorganisation gravierend zu erschweren.

...UND DIE UNI BIELEFELD?

Die Politik des Rektorates an der Uni Bielefeld lässt sich wohl am Treffendsten als „vorausseilender Gehorsam“ bezeichnen. So war die Uni Bielefeld Vorreiter bei der Umstellung des Studiums auf die BA/MA-Struktur und hat sich bereits mit der Ausgestaltung einer Gebührenordnung beschäftigt, als es noch nicht einmal das Gesetz gab, welches die Erhebung von Studiengebühren überhaupt erlaubt. Gleichzeitig verfolgt das Rektorat eine Strategie der Marginalisierung und Einschüchterung studentischer Einwände und

Proteste gegen die Hochschulreformen. Mit dem Hochschulrat wird die bisher noch rudimentär vorhandene Beteiligung studentischer Stimmen an der Uni-Selbstverwaltung komplett abgeschafft, so dass die Studierenden in Unibelangen über kein institutionalisiertes Sprachrohr mehr verfügen. Versuchen sie dennoch, sich eine Stimme zu verschaffen, müssen sie mit Repression seitens der Unileitung rechnen. So ließ diese erst jüngst die Gründung von Hochschulrat und des sog. Exzellenzclusters "Cognitive Interaction Technology" massiv durch den Sicherheitsdienst 'Prodiac' und Polizei schützen. AktivistInnen, die sich dennoch Zugang zur eigentlich öffentlichen Veranstaltung verschafften, um ihre Kritik am Hochschulrat hörbar zu machen, wurde daraufhin mit einer Anzeige wegen Hausfriedensbruch gedroht. Zahlreichen anderen wurde, teils unter Gewaltanwendung, der Zugang zur Veranstaltung im Audimax verwehrt.

...WAS TUT DER AStA DAGEGEN?

In erster Linie bemüht sich der AStA im Spiel der Großen ernst genommen und als Akteur wahrgenommen zu werden. So sorgt sich der AStA ohne eine grundlegende Kritik am Hochschulrat und dessen Einbettung in den neoliberal orientierten Umbau der Universitäten zu üben, vor allem darum, in diesem Gremium, welches die Demokratie an der Uni endgültig ins Jenseits befördert auch für Studierende eine Stimme zu reservieren. Dass diese Forderung letztlich einer Legitimierung des Gremiums, welches entsprechend des Hochschulfreiheitsgesetzes von Universitätsexternen dominiert wird, gleichkommt, wird dabei geflissentlich übersehen. Die Hauptsache ist wohl – wie

perspektivlos auch immer – wenigstens mit am Tisch zu sitzen, um hier und da anzumerken, dass dieses oder jenes aber nicht im Interesse der Studierenden sei. Anstatt offensiv gegen den neoliberalen Unsinn anzugehen und ihn einer massiven Kritik zu unterziehen bemühen sich der AStA und die ihn tragenden Listen also, das Spiel der Macht aus der Position des/der ohnmächtigen Mahner_in heraus weitestgehend mitzuspielen.

Zugleich werden Initiativen, in denen sich Studierende selbst organisieren, um kritische Inhalte an der Uni zu etablieren, misstrauisch behandelt. Als besonders eindrückliches Beispiel zur Illustration soll folgender, ebenso trauriger wie entlarvender Sachverhalt dienen: Die Antifa AG forderte für den aktuellen Haushalt eine Erhöhung ihres Etats, um die eigene, frei zugängliche Bibliothek aufstocken und eine Ausweitung ihrer Informations- und Diskussionsveranstaltungen vornehmen zu können. Daneben sollte auch noch Geld zur Erneuerung der Ausstattung bereitgestellt werden. Die AStA-Mehrheit im Stupa genehmigte einzig das Geld zur Erneuerung der Ausstattung. Im Haushalt wurde festgeschrieben, dass das zusätzliche Geld auch nur für Ausstattung, nicht aber für Bücher oder Veranstaltungen verwendet werden darf. Hier wird offensichtlich ein hübsches Erscheinungsbild mehr Wert geschätzt, als die inhaltliche politische Arbeit der Antifa AG, der ganz offensichtlich mit Skepsis und Ablehnung begegnet wird. Dieses Beispiel ist typisch für eine grundlegende (schon seit Jahren stabilen) Positionierung des AStAs, der die finanziellen Spielräume, welche ihm durch die Beiträge der Studierenden zu Verfügung stehen nicht im Geringsten ausnutzt, um selbstorganisierte, kritische Initiativen zu unterstützen oder selber welche anzustoßen. Stattdessen werden Jahr für Jahr zigtausende von Euros in einen

Rücklagentopf abgelegt (in diesem Jahr 200.000 €) und angeblich für schlechte Zeiten gespart. Dass die Zeiten jedoch kaum mehr schlechter werden können und das Geld sicher schon vor ein paar Jahren (lange vor dem Hochschulrat) bspw. viel besser für machtvollere Kampagnen, Streiks und Aktionen gegen die Einführung von (Langzeit-)Studiengebühren und die Etablierung neoliberaler Strukturen an der Uni angelegt gewesen wäre, wird ignoriert – womit letztlich sogar ‚Beihilfe‘ zur widerspruchsfreien Durchsetzung solcher Strukturen geleistet wird.

UNS KOTZT DAS MÄCHTIG AN!

Deshalb wendet sich :uniLinks! gegen die Politik des AStAs und plädiert für eine Stärkung autonomer und selbstorganisierter Strukturen an der Uni. Wir möchten ermöglichen, dass Entscheidungen dort getroffen werden, wo eure und unsere inhaltliche Arbeit geleistet wird, dort, wo jede und jeder direkt und ohne Wahlen aktiv werden kann. Damit einhergehend plädiert :uniLinks für eine grundlegende Kritik von Hochschulrat und neoliberalen Reformen, anstatt diese durch das Bemühen im ‚Konzert der Großen‘ mitspielen zu dürfen, auch noch (ungewollt) zu legitimieren. Vor diesem Hintergrund hält :uniLinks weiter an dem Ziel einer Erweiterung herrschaftskritischer Perspektiven an den Hochschulen fest. Dazu scheint es zunächst wichtig zu sein, die hinter den aktuellen Reformen liegende Logik als politisches Programm zu identifizieren. Dieses tritt meist im Mantel vermeintlich interessenentbundener Sachzwänge in Erscheinung. Eine solche scheinbare Alternativlosigkeit muss in Frage gestellt werden. Hierzu sollte die Umstrukturierung der Hochschulen im gesamtgesellschaftlichen Kontext kritisiert werden. Das neoliberale Programm an den Unis macht nur Sinn, in dem

es sich auf die durch den Kapitalismus notwendig hervorgebrachten Krisen bezieht, welche Bedingung des Programms sind. Darum kann Kritik hier ohne generelle Gesellschaftskritik nicht auskommen. Letztere wiederum sollte von kritischen Wissenschaften mit formuliert werden. Dies scheint im Interesse eines Verbleibs und Ausbaus der Möglichkeiten kritische Wissenschaften überhaupt betreiben zu können absolut notwendig. Und hier sollten sich Studierende wie Lehrende gleichermaßen angesprochen fühlen.

:uniLinks! geht es mit dieser Kritik der aktuellen Hochschulreformen und der damit verbundenen Forderung eines politischen Kampfes gegen diese Reformen, wie bereits erwähnt, nicht um eine Idealisierung alter Verhältnisse. Kritische Wissenschaften sowie der politische Kampf für ihr Bestehen sollten vielmehr als Teil eines gesellschaftlich emanzipatorischen Projekts verstanden werden. In diesem Sinne sollte die Möglichkeit der Kritik ausgebaut und mit andernorts stattfindenden sozialen Kämpfen verknüpft werden. Auch fordern wir die Ausweitung demokratischer Verhältnisse an den Unis und darüber hinaus!

**FÜR DIE AUFHEBUNG
DER UNIVERSITÄT IN
DER GESELLSCHAFT**

Quo Vadis...Hochschulpolitik? (2008)

Info- und Diskussionsveranstaltung über das Elend der Hochschulreformen und Möglichkeiten, dem etwas ent-gegenzusetzen mit Lars Bretthauer, Mitglied des Vereins ‚reflect! – Assoziation für politische Bildung und Gesellschaftsforschung‘ am 5. Juni 08

Die nun auch in Bielefeld erfolgte Etablierung des sogenannten Hochschulrates als neuer Leitungsinanz der Universität bildet nur ein weiteres Mosaiksteinchen in einem viel grundlegenden Prozess des Umbaus der gesamten Hochschulland-schaft. Dieser Umbau, der sich auf verschiedenen Ebenen beobachten lässt, führt da-zu, dass die Möglichkeiten kritischer Wissenschaft und kritischen Studierens systematisch eingeschränkt werden.

Die Hochschulverwaltung orientiert sich zunehmend an ökonomischen Kriterien und wird schrittweise entdemokratisiert, wofür der Hochschulrat das herausstechendste Beispiel bildet. Genauso wird auch wissenschaftliche Forschung auf ökonomische Verwertbarkeit umgestellt, wissenschaftliche Arbeitsverhältnisse werden prekär organisiert und die Qualität der Forschung verstärkt anhand der Quantität eingeworbener Drittmittel gemessen. Damit geht eine Berufungspolitik einher, die kritisch orientierten ForscherInnen den Weg in die universitären Strukturen zunehmend verunmöglicht. Parallel hierzu wird das Studium durch Modularisierung stark verschult. Die Ausrichtung an berufspraktischen Ausbildungszielen und die damit verbundene Einführung von BA-Studiengängen zwingen die Studierenden, sich effizient und konzentriert an kanonisierten Wissensvorgaben zu orientieren. Studiengebühren und verschärfte Aufnahmeregelungen tun ihr Übriges, um selbstbestimmtes und kritisch hinterfragenes Lernen zu verhindern sowie studentische Selbstverwaltung und Selbstorganisation gravierend zu erschweren.

Bei der Veranstaltung sollen die skizzierten Veränderungen der Hochschullandschaft vor einem gesamtgesellschaftlichen Hintergrund betrachtet und kritisiert werden. Dabei wird auch die Frage gestellt, wie (studentische) Selbstorganisation dagegen aussehen könnte und ob kritische Theorie- und Wissensbildung sich zukünftig andere Orte als die Universitäten suchen muss, um überleben zu können.

Referent Lars Bretthauer ist Mitglied des Vereins ‚reflect! – Assoziation für politische Bildung und Gesellschaftsforschung‘, welcher versucht, Kräfte gegen die sich im Bildungssektor ausbreitenden Prekarisierungstendenzen zu bündeln und sich als Grundstein für die Selbstorganisation all jener versteht, die im Bildungs- und/oder Forschungsbereich arbeiten oder arbeiten wollen, dies aber aufgrund der aktuellen politischen wie ökonomischen Veränderungen an den Hochschulen und im gesamten Bildungssektor kaum mehr können.

...IST DER TEUFEL 6?
DANN SIND WIR
6EINHALB!



:uniLinks! Reader

:uniLinks! fragt (2008)

Warum wird so wenig kritisch hinterfragt?

Wer wählt aus, was ich lerne?

Warum gibt's Studiengebühren, Hochschulrat und Elite-Unis?

Warum muss ich für alles blechen?

Wer entscheidet hier was und über wen?

Wo bin ich hier eigentlich?

Wer geht aufs Klo, wer muss es putzen?

Warum gibt's so viele parteinahe Hochschulgruppen?

Wo ist hier der Ort zum selber denken?

Warum gibt es kein veganes Menü in der Uni?

Was machen die Bäume in der Unihalle?

Was heißt hier überhaupt emanzipatorisch?

Was kann der AStA eigentlich?

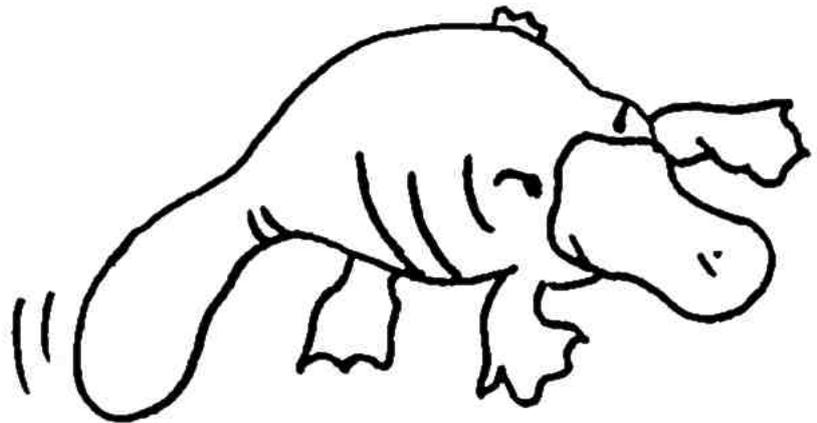
Sind Bachelor und Master Freunde von Dr. Oetker und Bertelsmann?

Muss Frau/Herr Bafög immer so komplizierte Fragen stellen?

Warum wird so wenig kritisch hinterfragt?

WAHLEN ZUM STUDIERENDENPARLAMENT 16.- 20.JUNI08, LISTE 7





LIEBE LUXUS
:UNI LINKS!



:UNI LINKS! GRILLT
UNTER WASSER

Universitätsleitung ignoriert Anfrage von Studierenden Zur Kritik am Sicherheitsdienst PRODIAC (2009)

Liebe Kommiliton_innen, liebe Mitarbeiter_innen der Universität,

am Montag, den 09.02., haben wir die Hochschulliste :uniLinks! eine E-Mail an die Mitglieder des Rektorats geschickt, in der wir uns nach den Kompetenzen des Sicherheitsdienstes Prodiac erkundigt haben. Anlass hierfür waren Berichte von Studierenden, nach denen Angestellte des Sicherheitsdienstes am Mittwoch, den 04.02. im Zusammenhang mit Protesten gegen die Senatssitzung in unverhältnismäßiger und aggressiver Weise gegen Protestierende vorgegangen sind. Das Rektorat hat uns bisher keinerlei Antwort zukommen lassen. Dies empfinden wir als deutliches Zeichen der Ignoranz gegenüber den Anliegen von Studierenden. Aus diesem Grund haben wir uns entschlossen, unsere Anfrage nun öffentlich zu machen – und erwarten, dass das Rektorat endlich Stellung bezieht:

Sehr geehrte Mitglieder des Rektorats, sicher ist Ihnen zu Ohren gekommen, dass dem Sicherheitsdienst 'Prodiac' vorgeworfen wird, in der vergangenen Woche im Rahmen der Proteste gegen den Senatsbeschluss zu Studiengebühren, in unverhältnismäßiger Weise gegen Studierende vorgegangen zu sein. Vor diesem Hintergrund haben wir als Hochschulliste im Studierendenparlament einige Fragen zu den Kompetenzen des Sicherheitsdienstes. Zunächst fragen wir uns, welche Aufgaben dem Sicherheitsdienst von der Universitätsleitung im ganz Allgemeinen und am letzten Mittwoch im Speziellen überantwortet worden sind. Dabei stellt sich ganz konkret die Frage, welche Mittel sie dabei einsetzen dürfen. Darüber hinaus wurde uns von Studierenden übermittelt, dass einzelne Prodiac Angestellte mit Reizgas ausgestattet waren. Wir würden gerne wissen, ob Sie hiervon Kenntnis haben und Sie bitten, hierzu Stellung zu beziehen. Weiterhin wurde uns berichtet, dass einige Prodiac-Angestellte in Zivilkleidung auftraten und nicht als Sicherheitsbedienstete eindeutig zu erkennen waren. Vor diesem Hintergrund fragen wir uns, ob die Angehörigen des Sicherheitsdienstes uniformiert sein müssen oder welche anderen Regelungen existieren. Schließlich gaben zwei Bedienstete, die sich beleidigend gegenüber Studierenden verhalten haben, als Dienstnummern 3970 bzw. 9295 an. Wir würden gerne wissen, ob es solche Dienstnummern tatsächlich gibt. Wenn ja, möchten wir Sie bitten, uns die Namen dieser Personen mitzuteilen.



Herzlichen Dank für Ihre Bereitschaft, unseren Fragen/Bitten entgegenzukommen.

Mit freundlichen Grüßen
:uniLinks!

Ein Vorschlag fürs Plenum im besetzten Audimax (2009)

HalloHallo,

wir haben einen Punkt, von dem wir denken, dass es vielleicht sinnvoll wäre, ihn auf dem Plenum zu besprechen. Wichtige Punkte über die heute (12.11.) gesprochen wurde, und die unserer Meinung nach auch zentral sind, sind Fragen nach der Dauer der Audimax-Besetzung, den Forderungen die gestellt werden sollen, und was überhaupt die Perspektive des Bildungsstreiks ist.

Unter anderem vor dem Hintergrund der Erfahrung der Rektoratsbesetzung 2006, aber auch der heute anstrengenden, und andauernden Plenumsdiskussion, denken wir, dass es wichtig ist, den Diskussionsprozess und unsere Ziele so zu gestalten, dass es nicht zu Frustrationen führt. Dann könnten irgendwann einfach die Leute wegbleiben, so dass die Besetzung im Sande verläuft...

Deswegen halten wir es für wichtig, zu überlegen, wie unsere Struktur hier eigentlich auf Dauer gestellt werden kann und (warmer) Raum für Diskussionen, die auch immer Zeit brauchen, geschaffen wird. Es ist absehbar, dass das Audimax nun nicht über Wochen von uns besetzt bleiben kann. Die Frage ist also, was passiert bzw. was bleibt nach dem Streik und der Besetzung? Neben den notwendigen (allgemeinen) Forderungen nach Abschaffung der Studiengebühren, einer Demokratisierung der Hochschule, Einhaltung des Datenschutzes,... halten wir es auch für diskussionswürdig, ob wir uns nicht morgen (Freitag) oder den nächsten Tagen (vielleicht nach der Demo??) einen schönen hellen Seminarraum (zB irgendwo auf der 2er-Ebene) aussuchen, der zusätzlich oder als nächstes (wie es unsere Kräfte zulassen) besetzt und als studentisch-selbstverwalteter Raum/Café etabliert wird (Sofas reinschleppen, Teppich auslegen, Wohnzimmertische aufstellen, Kaffeetheke bauen, Musik anschmeissen...). Dieser wäre sicherlich auch einfacher durchzusetzen als die dauerhafte Besetzung des Audimax. Die Aneignung und Übernahme dieses Raums in studentische und basisdemokratische Selbstverwaltung könnte also eine konkrete Forderung sein, von der auch nicht abgerückt wird! Warum nicht nach der AG für Freie Bildung ein Café für freie Bildung?? Dort könnten sich dann auch dauerhaft Arbeitsgruppen, die sich schon jetzt gebildet haben, oder noch bilden werden, konstituieren, regelmäßig treffen und arbeiten. Außerdem gäbe es einfach einen selbstverwalteten Ort an der Uni mehr, an dem mensch sich erholen, vernetzen und unterhalten kann.

P.S. Wir, die das jetzt vorschlagen, sind die Gruppe :uniLinks!, von der einige gerade aktiv an der Besetzung teilnehmen, andere aber auch weniger, da sie mit Abschlussarbeiten, Praktika und anderem alltagszeug belastet sind...wir wollen aber gerne ansprechbar sein und auch unsere Erfahrungen und Erlebnisse aus den letzten Jahren Bielefelder Hochschulpolitik weitergeben. Wenn ihr also mit uns in Austausch/Kontakt treten wollt, meldet Euch:

liste@unilinks.info oder im web: <http://unilinks.info>



Eine neue Bildungsprotestbewegung? Perspektiven des Bildungsstreiks (2009)

Mit dem bundesweiten Bildungsstreik 2009 ist es SchülerInnen und Studierenden gemeinsam gelungen, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die katastrophalen Zustände an Schulen und Hochschulen zu lenken. Am 17. Juni demonstrierten in bundesweit über 100 Städten mehr als 250.000 Menschen gegen die neoliberale Zurichtung des Bildungssystems – einer der größten Bildungsproteste in der Geschichte der BRD. Dass der Bologna-Prozess und die Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge ein politisches und soziales Desaster sind, ist nun in der Öffentlichkeit angekommen. Die politischen Auswirkungen des Streiks sind bisher zwar noch sehr begrenzt, dies könnte aber die Grundlage für eine noch breitere Bewegung im Wintersemester und darüber hinaus sein. In der Veranstaltung soll der Bildungsstreik ausgewertet und die Perspektiven diskutiert werden: Wie lässt sich der Widerstand gegen die Krise der Bildungsinstitutionen verbreitern? Wie lassen sich Forderungen und Alternativen für ein sozial gerechtes und demokratisches Bildungssystem realisieren? Wo liegen Anknüpfungspunkte für Bündnisse mit anderen gesellschaftlichen Gruppen (Beschäftigte, Erwerbslose, sozialen Bewegungen etc.)? In welchem Verhältnis stehen der Bildungsstreik und die Proteste gegen die herrschende Krisenpolitik? Wir laden alle Aktive aus dem Bielefelder Bildungsstreik aber auch alle anderen Interessierten herzlich ein zu Vortrag und Diskussion!

INFO- UND DISKUSSIONSVERANSTALTUNG AM DIENSTAG, 7.7.09, 18H30, HÖRSAAL 11, UNI BI

**REFERENT: JAN LATZA (GRUPPE SOZIALE KÄMPFE BERLIN) WWW.GRUPPE-SOZIALE-KAEMPFE.ORG
WWW.KAPITALISMUSKRISE.ORG**



**FÜR FLAMMENDE
HERZEN!**

42 : uniLinks!

Krise.Kämpfe.Bildungspolitik

(2009)

Warum die Bildungspolitik keinen eigenständigen Mikrokosmos bildet und es sich auch für Azubis, SchülerInnen und Studierende lohnt, in die Kämpfe gegen die staatliche Krisenbewältigung zu intervenieren

EIN GUTER ANFANG...

Es scheint sich etwas zu bewegen in der Bildungslandschaft – wenn auch nur ein bißchen. Nachdem es in den letzten Wochen an zahlreichen Unis zu Besetzungen gekommen ist und auch in Bielefeld der größte Hörsaal besetzt wurde, ist das Thema Bildungspolitik wieder in aller Munde. Sogar die Bundesbildungsministerin fordert nun Reformen der BA/MA-Studiengänge, nachdem sie den Bildungstreik im Sommer noch als 'gestrig' bezeichnet hatte.

...IST NOCH LANGE NICHT GENUG!

Dennoch sollten wir uns nicht darauf verlassen, dass unsere Forderungen nun erfüllt werden. Eine Abschaffung der Kopfnoten in der Schule, die Aufhebung von Studiengebühren oder ausreichend und gut bezahlte Ausbildungsplätze stehen noch lange nicht auf der politischen Agenda. Und während beispielsweise das Rektorat der Uni nun nach außen hin Gesprächsbereitschaft mit den Studierenden signalisiert, hat es gleichzeitig den BesetzerInnen des Audi-Max die Polizei auf den Hals geschickt, und diese auch vom Gesprächsangebot ausgeschlossen. Diejenigen, die sich die alltäglichen Zumutungen im Unibetrieb nicht mehr gefallen lassen und sich den notwendigen Raum zur Diskussion und zur Organisation des Protests genommen haben, sollen also wieder zum Schweigen gebracht werden.

ES GEHT UM DEN AUFBAU DAUERHAFTER STRUKTUREN....

Diesen Versuch, die Protestierenden durch schwache Zugeständnisse zu 'befrieden' und gleichzeitig (auch mit Polizeigewalt) die selbstorganisierten Diskussions- und Protestzusammenhänge wieder aufzulösen, sollten wir uns nicht gefallen lassen. Vielmehr ist es wichtig, auch über Besetzungs-Aktionen und die Bildungstreik-Woche hinaus, dauerhafte Strukturen aufzubauen, in denen wir miteinander ins Gespräch kommen und uns organisieren können, um so weiterhin unsere Kritik am Bildungssystem zu entwickeln und Druck auf die Bildungspolitik auszuüben. Das Bildungstreik-Bündnis in Bielefeld ist hierfür sicher schon ein guter Ausgangspunkt, bei dem SchülerInnen, Azubis und Studierende sich gemeinsam gegen die schlechte Bildungspolitik organisieren. Doch der Kampf sollte noch weiter gehen, denn Bildungspolitik ist kein isoliertes Phänomen!

...UND UM DIE VERNETZUNG MIT ANDEREN SOZIALEN KÄMPFEN!

Ob es die Kopfnoten und die Verkürzung der Schulzeit bei SchülerInnen sind, ob es die Studiengebühren, die schlechte Studienstruktur oder ein Rektorat sind, das bereit ist, den Protest von Studierenden mit Polizeigewalt zu beenden, ob es die zunehmend prekären Arbeitsverhältnisse sind, die nach Schule/Ausbildung/Studium warten, oder oder oder...die Bildungspolitik steht immer auch im Zusammenhang mit anderen gesellschaftlichen Entwicklungen. Die Verschlechterungen in Schule, Ausbildung und Universität gehen Hand-in-Hand mit gesamtgesellschaftlichen Verschiebungen. Die schlechten Bedingungen gegen die wir protestieren, bilden nur bildungsspezifische Aspekte einer sozialen Umverteilungspolitik.

deren Imperativ lautet: Jede_r ist ihres/seines Glückes – und auch des Peches – Schmied und hat entsprechend für die Kosten selbst aufzukommen! Die Einführung von Hartz IV und öffentliche Diskussionen um ‘faule Arbeitslose’, die an ihrer Situation selber Schuld seien, folgen derselben Logik.

...UM SICH DEN SCHLECHTEN VERHÄLTNISSEN ENTGEGEN ZU STELLEN!

Es wäre also an der Zeit, sich mit unterschiedlichsten Akteuren zu vernetzen, die sozialen Kämpfe welche bereits an zahlreichen Orten in der Gesellschaft stattfinden, zu bündeln und den schlechten Verhältnissen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Angesichts der sogenannten Finanzkrise, welche richtiger als Kapitalismuskrisis zu verstehen wäre, wird dies umso dringlicher. Denn in Folge der Krise rufen PolitikerInnen jedweder Couleur nun wieder den Staat als starken Akteur an, der die angeblich schwächelnde Wirtschaft retten soll. Während in den letzten zehn Jahren drastische Sozialkürzungen mit dem Argument gerechtfertigt wurden, dass kein Geld in den klammen Staatskassen sei und der Staat seinen Haushalt konsolidieren müsse, werden nun großzügig Rettungsschirme im Umfang von 500 Milliarden Euro für kriselnde Banken und Großkonzerne aufgespannt. Dieses Geld, das angeblich nie da war, als Forderungen nach mehr Ausgaben für Bildung, mehr Unterstützung für Erwerbslose oder die Verbesserung der Gesundheitsversorgung formuliert wurden, wird nun mit lockerer Hand ausgegeben. Dabei ist weitestgehend ungeklärt, wie die Ausgaben gegenfinanziert werden sollen. Anzunehmen ist jedoch, dass sich die Kosten der Krise in den nächsten Jahren in weiteren und noch dramatischeren Sozialkürzungen bemerkbar machen. Eine weitere Kürzung der Hartz IV-Sätze oder eine Erhöhung der Studiengebühren böte sich aus

finanzministerieller Sichtweise sicher an, um die staatlichen Ausgaben zu senken und so die durch die ‘Krisen-Rettungsschirme’ entstandene Neuverschuldung des Bundes auszugleichen.

Wenn wir kein Interesse an solch einem Szenario haben und uns etwas Schöneres vorstellen können, als permanente Unsicherheit, die Individualisierung jeglicher Lebensrisiken und das Dauerschwimmen am Rande des Existenzminimums, sollten wir uns mit einer lauten Stimme in die sozialen Kämpfe einmischen und dabei den eingeschränkten Horizont der Bildungspolitik überspringen. Wie dies aussehen könnte, zeigt z.B. eine Aktion von Berliner Studierenden im Rahmen der letzten Bildungsstreik-Woche im Juni. Diese machten in der Mensa auf die Lohndrückerei bei den Angestellten der Mensa aufmerksam und solidarisierten sich mit den schlechtbezahlten Angestellten des Berliner Studierendenwerkes. Dabei betonten sie, die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen gegen die sogenannten ‘Sparzwänge’ der Politik. In diesem Sinne kann es in Zukunft auch in Bielefeld und anderswo nur darum gehen, den herrschenden schlechten Verhältnissen entschlossen Widerstand entgegen zu bringen!

GEGEN DIE DESASTRÖSE BILDUNGS- UND SOZIALPOLITIK!!!

FÜR DIE BESETZUNG NEUER FREIRÄUME!!!

FÜR NEUE SOZIALE BÜNDNISSE IN- UND AUßERHALB DER (AUS-) BILDUNGSINSTITUTIONEN!!!

FÜR FRANZÖSISCHE VERHÄLTNISSE!!!

Stupa Antrag 'Prodiac'

6. SITZUNG DES 35. STUDIERENDENPARLAMENTS UNIVERSITÄT BIELEFELD (2009)

Hiermit beantragen wir, dass das Stupa die wiederholten Gewalttätigkeiten und Beschimpfungen seitens der Bediensteten des Sicherheitsdienstes Prodiac am vergangenen Mittwoch, den 4.2.09, aufs schärfste verurteilt. Dies ist dem Rektorat mitzuteilen. Gleichzeitig möge das Stupa beschließen, dass das Rektorat von der verfassten Studierendenschaft aufgefordert wird, ab sofort keine privaten Sicherheitsdienste mehr in und um die Uni einzusetzen. Ausserdem soll das Stupa den AStA beauftragen die Vorkommnisse vom Mittwoch und aus der Vergangenheit öffentlich zu machen und sowohl die Lehrenden als auch die sonstigen MitarbeiterInnen und Studierenden davon in Kenntnis zu setzen, dies könnte z.B. über die zentralen Mailverteiler an die Studierenden und MitarbeiterInnen geschehen.

BEGRÜNDUNG:

Am vergangenen Mittwoch kam es nicht zum ersten Mal zu Gewalttätigkeiten seitens der MitarbeiterInnen von Prodiac. Nicht nur, dass sie grundlos zuschlugen, sie fielen zudem durch sexistische Bemerkungen, Beleidigungen und äußerst provozierendes Verhalten auf. Diese Probleme sind nicht zum ersten mal aufgetreten. Bei Anti-Studiengebührenprotesten in der Vergangenheit, sowie auf verschiedenen Uni-Partys und zu anderen Gelegenheiten haben sich die Prodiacbediensteten ähnlich aufgeführt. Dies ist kein Problem, das sich auf einen bestimmten Sicherheitsdienst beschränkt, sondern die weitaus größte Zahl der Sicherheitsdienste macht mit überzogenen Gewaltakten, Kompetenzüberschreitungen, Beleidigungen, sexistischem oder rassistischem Auftreten immer wieder Schlagzeilen. In der Universität sind diese Sicherheitsdienste daher mit Sicherheit fehl am Platze.

:UNILINKS!, ANTIFA-AG

BIELEFELD, 05.02.2009



**IN DER TAT
ALLERDINGS
UNBEDINGT
:UNILINKS!**



COME ON, YOU
CAN'T DEFEAT OUR
WU-TANG SWORD-

42 jahre uni bielefeld – wir können gar nicht so viel essen wie wir kotzen wollen

(hochschulrat.rektorats herrschaft.vergewaltigernder liliprofe
ssor.professorale herrschaft.90% männer auf professuren.99%
weiße leute auf professuren.unterfinanzierung der lehre.minilö
hne für sekretär_innen/raumpfleger_innen/mensaleute.dezer
natfm.timmermann.sagerer.schepers.prekarisierung von mita
rbeiter_innen.rassistische diskriminierung.antisemitische bibl
iothekare.sexistische übegriffe.normannianiebelungen.stude
ntenmission.eliten.exzellenzinitiative.ökonomisierung.hochs
chulfreiheitsgesetz.bologna.deutschland.wettbewerbsfähigk
eit.employability.sicherheitsdienst.campusnordcampussüd.j
obmesse.creditpoints.produtivfaktorwissen.
TO BE CONTINUED)

IM ZWEIFEL FÜR DEN
ZWEIFEL, DAS ZAUDERN
UND DEN ZORN.

Kämpfe an der Uni Bielefeld: Besetzungen 2006 & 2009

In den vergangenen Jahren kam es auch rund um die Uni Bielefeld teilweise zu heftigen Auseinandersetzungen um hochschul- und bildungspolitische Themen. Im Jahr 2006 ging es dabei vor allem um die Einführung allgemeiner Studiengebühren in Nordrhein-Westfalen und 2009 um die Einsetzung des sogenannten Hochschulrates.

Der Hochschulrat ist ein Gremium, das zur Mehrheit von Uni-Externen besetzt ist, dessen Mitglieder allerdings weitreichende Befugnisse in der Leitung der Uni bekommen haben. Hintergrund war die im sogenannten Hochschulschulfreiheitsgesetz beschlossene Hochschulautonomie. Dabei ging und geht es darum, dass Hochschulen vermehrt eine 'unternehmerische' Freiheit bekommen und z.B. drittmittelschwache Institute und Fakultäten oder "Orchideenfächer" eigenmächtig schließen können. Zugleich wird mit dem Hochschulrat die zumindest formal-demokratisch legitimierte Entscheidungsbefugnis des universitären Senats als oberstes Gremium im Modell der Gruppenuniversität (in welchem alle Statusgruppen zumindest in Entscheidungsprozessen berücksichtigt waren) weitreichend beschnitten.

Im Jahr 2006 wurde der Flur des Rektorats und der Senatssaal nach der Entscheidung über die Einführung allgemeiner Studiengebühren als Zeichen des Protests dagegen über einen Zeitraum von sechs Wochen besetzt, bevor eine Räumung erfolgte. Im Sommer nach der Besetzung brannte das Auto des Rektors auf bis heute ungeklärte Weise aus und auch einige Mülleimer auf Uni-Toiletten fingen Feuer. Außerdem ging dem Sicherheitsdienst Prodiac ein Generalschlüssel zum Uni-Hauptgebäude verloren. Es kam in den Monaten danach zu einer Steckbriefkampagne des Rektorats und polizeilichen Hausdurchsuchungen gegen Studiengebühren-Gegner_innen und mehrfach wurden bewaffnete Zivil-Polizist_innen in der Uni gesichtet. Die Studiengebühren in NRW wurden im Jahr 2010 von der Landesregierung in NRW wieder abgeschafft.

Im Jahr 2009 wurde das Audimax der Universität im Zuge des Protests gegen die Einsetzung des Hochschulrats über einen Zeitraum von einigen Wochen besetzt. Der Hochschulrat existiert im Jahr 2015 noch immer.

Die Antifa-AG an der Uni Bielefeld hat anlässlich der Proteste im Jahr 2009 und des 40. Geburtstags der Uni Bielefeld (ebenfalls 2009) einen hochschul- und bildungspolitischen Reader erstellt, in welchem auch einige Texte zu den Auseinandersetzungen in Bielefeld zu finden sind. Hier zum Download ...

<http://antifaagbi.blogspot.de/images/AntifaAGReaderUniBielefeld2011.pdf>



Sicherheit! – Sauberkeit! – Dezernat FM!

Öffentlicher Raum Universität und autoritäre Umstrukturierung (2010)

Das Dezernat Facility Management an der Uni und sein Chef Christian Schepers, tun sich in den letzten Semestern mit übereifriger Aktivität hervor. Dabei werden Initiativen der Studierenden zurückgedrängt um die Uni möglichst modern und wettbewerbsfähig darzustellen. So wurde inzwischen die Garderobe in der Unihalle abgerissen, und durch einen Infopunkt, im zukunfts-fähigen Glasdesign, das Offenheit suggeriert, ersetzt. Am Haupteingang gibt es jetzt einen Verkaufsort für Universitäts-pullover, der (zukünftigen) Studierenden ermöglicht die eigene Zugehörigkeit uniform in Szene zu setzen. Wieder einmal war im Wintersemester 2009/10 die Plakatierordnung der Universität bezüglich des Plakatierens in der Unihalle im Gespräch.



Kurzfristig schien es so, als dürfe gar nicht mehr in der Halle plakatiert werden. Nach einem kamerad-schaftlichen Gespräch zwischen Teilen des AStAs (Mitglieder der die AStA-Koalition tragenden Hochschul-gruppen, namentlich der Ghg*ol und Jusos), einem stellvertretenden Vorsitzenden des StuPa und dem Rektorat ist der brüchige Friede wieder hergestellt. In der Halle darf weiter von Studierenden plakatiert werden, solange gebührender Abstand vom Infopunkt gehalten wird, damit die Uni nicht aus Versehen mit

den Inhalten der Plakate assoziiert wird. Unabhängig davon nahm sich das Rektorat vor ca. einem Jahr das Recht ein Plakat der Antifa-AG zu verbieten, da in einer Ankündigung eines Wochenendseminars zur Faschismustheorie, einem eindeutig antifaschistischem Zusammenhang, ein Bild von Adolf Hitler verwendet wurde. Nachdem zwischenzeitlich auch Audimin-Parties verboten werden sollten, und somit den Fachschaften und anderen Studierendengruppen die Möglichkeit genommen werden sollte, unabhängig von Diskotheken Parties zu veranstalten, gibt es jetzt einen Schulterchluss zwischen AStA und dem Dezernat Facility Management. Allerdings haben sich die Auflagen für Audimin-Parties deutlich verschärft, so dass bspw. eine hohe Kautions für die Nutzung bereitgehalten werden muss. An den weniger sichtbaren Orten werden den Studierenden die Räume weggenommen. So hat das Dezernat Facility Management dem von Studierenden betriebenen Radiosender Hertz 87,9 zwischenzeitlich einen Redaktionsraum entzogen, mit der Folge, dass das Radioprogramm nur noch auch Sparflamme gesendet werden konnte. Auch die Fachschaft Erziehungswissenschaft ist betroffen und musste umziehen. Ein von Mitarbeiter_innen der Abteilung Philosophie verschönertes Klo musste im Rahmen des Ordnungswahns und für die Vereinheitlichung selbstständig wieder zum „Normalzustand zurückgeführt“ werden. Auch wenn es scheint, als würde ein Großteil dieser Maßnahmen durch einzelne im Dezernat Facility Management vorangetrieben, so darf doch nicht vergessen werden, dass dies alles mit Einverständnis des Rektorats vor sich geht.

Rückblick

Vor einigen Jahren wurde das Thema öffentlicher Raum und Sauberkeit und

„Sicherheit“ schon einmal an der Uni Bielefeld diskutiert. Ab Dezember 04 wollte das Rektorat in Kooperation mit dem „Ästhetischen Zentrum“ (ÄZ) die Halle umgestalten, um die Attraktivität und die Funktionalität des Ungebäudes zu steigern. Begründet wurde dies im wesentlichen damit, dass die Uni Bielefeld „unter wachsendem Wettbewerbsdruck um Studierende, Lehrende, Drittmittel, Sponsoren etc. gehalten ist, ihr besonderes ‚Profil‘ zu finden“ (Rektoratspapier vom 8.12. 2004, siehe damalige AStA-Homepage, vielleicht irgendwo gespeichert?). Die geplanten Maßnahmen richteten sich zunächst vor allem auf die Gestaltung der Wände und die Möblierung der Unihalle. das Rektorat die Studierendenschaft nicht in die Planung einbezogen hat und diese erst recht spät informiert hat. Zu Recht wird die Umgehung sämtlicher demokratischer Entscheidungsfindungsgremien innerhalb der Universität einschließlich des Senates kritisiert. Diese Veränderungen wollen wir jedoch in einen weiteren gesellschaftlichen Kontext stellen, um zu einer grundsätzlichen Kritik zu kommen.

ÖFFENTLICHER RAUM

:uniLinks! betrachtet die Politik von Dezernat FM und Rektorat vor dem Hintergrund der seit Mitte der 90er Jahre in der BRD vorangetriebenen Umstrukturierung öffentlichen Raums. Innenstädte, Bahnhöfe und Parks wurden und werden vermehrt privatisiert. Der Raum wird verstärkten Kontrollmaßnahmen unterzogen, Kameras werden installiert und private Sicherheitsdienste beauftragt. Aus Fußgängerzonen werden Shopping-malls oder Einkaufspassagen mit privatem Hausrecht. Die

Innenstädte konnten und können auf diese Weise effektiver von „unerwünschten“ Menschen „befreit“ werden, also all diejenigen, die meistens einkommens-schwach sind und nicht am Konsum teilnehmen können oder wollen. Hier verschränken sich die Maßnahmen mit einem oft auch rassistischen Sicherheitsdiskurs, bspw. bei „verdachtsunabhängige Kontrollen“. Für Bielefeld sei an die Kamerainstallation im Ravensberger Park erinnert, die mit der Begründung von angeblich mehr Sicherheit zu einem Verdrängen der schwulen „Cruising“Area führte. Auch die Dauermusikbeschallung an der Stadtbahnhaltestelle am Hbf („Tüte“) oder neuerdings vor der Filiale von „Peek & Cloppenburg“ steht in diesem Zusammenhang. Begründet werden die beschriebenen Maßnahmen mit dem verstärkten Wettbewerb der Städte und Gemeinden untereinander, um vermeintlich Arbeitsplätze schaffende Investor_innen und Tourist_innen. Mensch will in den Innenstädten ideale Bedingungen für eine mittelschichts-orientierte Konsum- und Entertainmentwelt schaffen. Wer in diese Welt nicht passt, muss gehen. Die aus dieser Politik entstehenden Kämpfe um öffentliche Räume gehen bis heute unvermindert weiter. So ist der Bielefelder Frauenwagenplatz „Wagabanda“ momentan akut durch Räumung.

UNI BIELEFELD

Diese gesamtgesellschaftliche Situation verschränkt sich also schon seit längerem mit den Ereignissen an der Uni Bielefeld. An Wochenenden und Feiertagen wird Menschen ohne Studierendenausweis oder Büro-schlüssel der Zutritt verweigert, Mensa und Hallenbad sind nur mit Studierendenwerkskarte zu



betreten. So werden unerwünschte Nutzer_innen der Infrastruktur an der Uni ausgeschlossen; natürlich auch hier mit der Begründung von angeblich zu hohen Kosten und Sicherheitsrisiken. Mit dem Hallenumbau und der durch das Rektorat angeführten Begründung, sowie den Veränderungen der letzten Zeit, zieht nun ein weiteres Stück der kapitalistischen Verwertungslogik in die Uni ein. Die Frage nach der Möglichkeit von Bildung, die sich wünschenswerter Weise mit Emanzipation und der Beförderung von Kritikfähigkeit verbinden würde, gilt es an diesem Punkt zu stellen. Wie die Innenstädte zu sauberen Konsumzonen, soll die Uni nun zu einer ordentlichen und übersichtlichen

Ausbildungseinrichtung werden. „Ästhetik“ bedeutet hier Normierung bzw. Normalisierung. Als Ausgangspunkt der Veränderungen in der Universität wird hier nicht ein realer Missstand genommen, der von den Nutzer_innen der Halle, den Studierenden, als solcher empfunden wird, wie die zum Teil nicht Rollstuhl-gerechten Bereiche an der Uni, auf die der AstA zu Recht hinweist. Stattdessen bezieht sich das Rektorat auf das subjektive Ordnungsempfinden einer kleinen Gruppe, die das damalige Rektoratspapier erarbeitet hat und die das Vorgehen des Dezernats FM und des Ästhetischen Zentrums

bestimmt. Der Jargon der zwingenden Notwendigkeit, den das Rektorat und sein Dezernat FM immer wieder verwenden, ist Teil einer typischen neoliberal-repressiven politischen Strategie. Es gibt keine objektiven Missstände, keinen Zeitdruck, keine Knappheit sondern nur getarnte Interessen. Die restriktiv-autoritäre Politik muss in den oben



beschriebenen gesellschafts-politischen Kontext eingeordnet werden, um mit dieser Perspektive eine weitergehende Kritik an der derzeitigen Politik des Rektorates zu formulieren als dies bisher geschehen ist. Der Hallenumbau sollte als Aufhänger für eine grundsätzliche Kritik am hegemonialen autoritären, (post-)neoliberalen Diskurs im Bereich der Bildungspolitik sowie der Raum- und Innenpolitik in Deutschland genutzt werden: :uniLinks! wendet sich gegen diesen ganzen Scheiß und die Kontrolle von Information und politischer Artikulation in der Universität. :uniLinks! liebäugelt in diesem

Sinne mit einer freien Bildung im Sinne von Emanzipation und Kritikfähigkeit, mit einer Universität als sozialem Raum für leben, lernen, politische Arbeit, nicht-kommerziellen Kulturbetrieb und freien, selbstbestimmten Informationsaustausch. Das Rektorat und das Dezernat FM müssen daran gehindert werden, ihre Politik durchzusetzen.

„STÜRMT DAS SCHLOSS!“

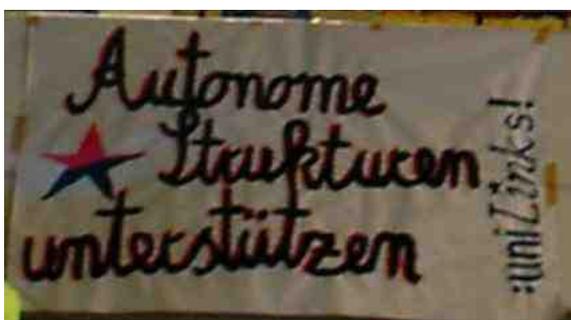
FÜR FREIES PLAKATIEREN IN DER UNIVERSITÄT!

RETTET DIE WANDZEITUNGEN!

DEZERNAT FM ABSCHAFFEN!

Wahlen zum Studierendenparlament 28.6. – 2.7. 2010 Liste 6 :uniLinks!_r.o.s.a





ES GIBT EINE
HERZLICHKEIT
JENSEITS VON
JONGLIEREN

KEIN MARKT, KEIN
STAAT, KEIN
REKTORAT!
SELBSTORGANISIERT
IM
BILDUNGSSYNDIKAT!



Geschichte und Strategie linker Bewegungen

Expo2000: Nachhaltige Propaganda für's neue Jahrtausend (Frühjahr 2000)

Vom 1.6. – 30.10.00 findet in Hannover und weltweit an sogenannten dezentralen Standorten die Weltausstellung EXPO 2000 statt. Dort werden sich Regierungen von mehr als 170 Staaten, internationale Organisationen, Großunternehmen und multinationale Konzerne präsentieren. Unter dem Motto "Mensch-Natur-Technik" soll den erwarteten 40 Mio. BesucherInnen Lust auf Zukunft gemacht werden. Die EXPO hat dabei an sich selbst den Anspruch, Lösungen für die globalen Probleme der Menschheit zu präsentieren. Tatsächlich ist sie, wie auch schon die erste Weltausstellung von 1851 in London, nichts anderes als ein Schaufenster der "industriellen Revolution" und des Imperialismus, eine Selbstinszenierung von patriarchalem Technikfetischismus und kapitalistischer Macht zur Festigung und AusbauderbestehenHerrschaftsverhältnisse.

Scheinbare Lösungen werden nur für die, von den EXPO-MacherInnen definierten Probleme der Menschheit präsentiert: Gentechnik gegen den Hunger, Atomkraft als nachhaltige Energiequelle, Liberalisierung des Welthandels zur Bekämpfung der Armut im Trikont – EXPO-Formel "Weltfrieden durch Welthandel"

Herrschafts- und Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen, zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Nord und Süd werden ausgeblendet. Armut, Hunger, Kriege und Umweltzerstörung können demzufolge nicht in rassistischer und patriarchaler Herrschaft und kapitalistischer Ausbeutung von Mensch und Umwelt begründet sein. Als Ursache für all diese Probleme wird im nachhaltigen Weltbild und den Broschüren der EXPO GmbH statt dessen einmal mehr die Legende von der "Bevölkerungsexplosion" in den armen Ländern des Südens bemüht.

Mit dem von der Agenda 21 übernommenen

Alleskleber der Nachhaltigkeit soll Akzeptanz für die Mammutshow erreicht werden. Alle Projekte der EXPO müssen daher den Anforderungen der Nachhaltigkeit genügen, was suggerieren soll, daß es sich um umweltverträgliche Projekte handelt. Tatsächlich ist der Begriff der Nachhaltigkeit, der ursprünglich von Umweltbewegungen geprägt wurde, inzwischen völlig inhaltsleer. Selbst Atomkraftwerke, die Gentechnik und der Autoverkehr sind nachhaltig.

Die EXPO behauptet, wir säßen alle in einem Boot und müßten gemeinsam an den Lösungen der Probleme arbeiten. Wer sich weigere, an dem von der EXPO vorgegebenen Weg mitzuarbeiten und etwa das kapitalistische System, welches in den Rang eines Naturgesetzes gehoben wird, zu dem es keine Alternative gibt, ablehnt, mache sich schuldig am Weltuntergang. Ebenso mache mensch sich durch eine grundsätzliche Ablehnung der Gentechnik schuldig am Hunger in der Welt. Auf diesem Wege ist es der EXPO bereits gelungenen viele ehemals kritische Umwelt- und Jugendorganisationen in die EXPO mit einzubinden. Diese können zwar ihre Vorstellungen auf der EXPO einbringen, schaffen aber durch ihre Beteiligung gleichzeitig Akzeptanz für die EXPO in der Bevölkerung.

Die BRD-Regierung will die EXPO dazu nutzen, die NS-Vergangenheit endgültig hinter sich zu lassen und 10 Jahre Wiedervereinigung abzufeiern. "Bei der EXPO können wir zeigen, wie wir sind – weltoffen, mit gelebter Menschlichkeit, mit der Fähigkeit zur internationalen Solidarität" (Helmut Kohl 1997) – im Gegensatz zur ihrer rassistischen MigrantInnenpolitik und der Politik der "Inneren Sicherheit", die in Hannover aufgrund der EXPO forciert betrieben wird.

DAS SCHREIT NACH WIDERSTAND!

Die EXPO muß als das, was sie ist, demaskiert werden – eine riesige Propagandamaschinerie mit dem Schlagwort der Nachhaltigkeit, die zu mehr Technikakzeptanz in der Bevölkerung führen und die Festigung und Intensivierung des kapitalistischen und imperialistischen Systems ermöglichen soll. Jegliche Beteiligung kritischer Initiativen an der EXPO schafft nur Akzeptanz für das Gesamtprojekt, weil so der Eindruck entsteht, daß mit der EXPO etwas gewonnen werden könnte. Tatsächlich ist jeder Versuch aus der EXPO das Beste herauszuholen, von vorne herein zum Scheitern verurteilt. Denn in dem von den Konzernen und Regierungen vorgegebenen Rahmen der EXPO – weitere Liberalisierung des Welthandels und Problemlösungen ausschließlich durch neue Techniken, ist eine sozialere und umweltverträgliche Gesellschaftsordnung nicht möglich. Der EXPO müssen von außen Alternativen, wie eine selbstbestimmte Gesellschaft von unten entgegengestellt werden. Dies ist erfolgversprechender als die Beteiligung an dem von oben diktierten Gesellschaftsmodell.

Auf den Bundesweiten Anti-EXPO-Treffen hat mensch sich zu den Möglichkeiten des Widerstandes erste Gedanken gemacht. Die Dezentralität der EXPO – in jeder Region Deutschlands gibt es EXPO-Projekte – soll für den Widerstand genutzt werden. Das heißt es sollen nicht nur zentral in Hannover, sondern, möglichst zeitlich koordiniert auch an den dezentralen EXPO-Standorten Aktionen stattfinden. Durch kleinere lokale Aktionen ist mensch eher zu erreichen, als durch zentrale Aktionen in Hannover, die in der Presse sowieso weitgehend untergehen. Die bestehenden "Global Action Days" gegen Neoliberalismus, für ein selbstbestimmtes Leben sollen hierfür genutzt werden.

Zentrale Aktionen in Hannover sollen natürlich daneben ebenfalls stattfinden. Vom 26.5. bis zum 4.6 ist eine Aktionswoche mit Camps in Hannover, beginnend mit einer Großdemonstration und endend mit den Innenstadtaktionstagen am 3./4.6. geplant. Diese Woche soll nur den Auftakt bilden für fünf aktionsreiche Monate. Da die Expo ein komplettes Weltbild präsentiert, kann ihre Ideologie sowie die einzelnen Projekte aus allen Blickwinkeln angegriffen werden (unter anderem geplant: Anti-Gentechnik-Woche, antinationaler Aktionstag am 3.10., Alternativausstellungen mit emanzipatorischen Gegenentwürfen usw

UM GEGENÖFFENTLICHKEIT ZU SCHAFFEN,
UNTERSTÜTZT UNILINKS DIE BEIBEHALTUNG
DER BIELEFELDER-ANTI-EXPO-AG IM ASTA.

LOVELY DAY FOR A
REVOLUTION
UNILINKS!





Geschichte und Strategie linker Bewegungen

In diesem Kapitel haben wir Texte von :uniLinks versammelt, bei denen es jenseits von abgrenzbaren Politikbereichen gewissermaßen vor allem um Auswege aus der und Widerstand gegen die Gesamtscheiße der bestehenden Herrschaftsverhältnisse geht. Da :uniLinks! nicht nur linke Liste im Studierendenparlament, sondern auch politische Gruppe an der Uni und in der Stadt ist, haben wir uns oft auch über Fragen gesellschaftskritischer Theorie und bewegungspolitischer Praxis Gedanken gemacht.



STÖRENFRIEDA
:UNI LINKS!



(2003)

SUSPEKTE SUBJEKTE

was ist widerstand? wer hat recht? was ist wahr? was ist politik? können wir raus? aus der zweigeschlechtlichkeit? aus der sogenannten nationalen identität? gibt es die revolte oder nur die reform? wie werden menschen als subjekte konstituiert? wie wirkt die list der macht? wie können wir einfluss nehmen auf den hegemonialen diskurs? können wir das überhaupt? reproduzieren wir dann auch herrschaft? welche politischen mittel stören den diskurs? welche nebeneffekte werden provoziert?



Das erfolgreiche Scheitern von 1968 – Poststrukturalistische Theorien der Kontrollgesellschaft (Juli 2004)

In den letzten Jahren hat sich ein Übergang von einer Übergangs- zu einer Kontrollgesellschaft vollzogen. Dieser wurde von Neuformulierungen des Politischen unterstützt, die sich auf ungefähr 1968 datieren lassen, und mit der eine Reihe privilegierter politischer Artikulations- und Denkweisen in Frage gestellt werden:

Die Fabrik als erster Ort des Kampfes, die Arbeiterklasse als Geschichte machendes Kollektivsubjekt und der Marxismus demzufolge der Kapitalismus an seinen prozessierenden Widersprüchen zugrunde gehen werde. Alle machtvollen Repräsentationen politischer Arbeit werden angreifbar: der Avantgardismus des Kaders, das Pathos des Kämpfers, die Stellung des linken Intellektuellen, die traurigen Leidenschaften des Militanten: Disziplin, moralische Belehrung, schlechte Laune. Die Kämpfe von 1968 haben einen enormen Schub sozialer, politischer und sexueller Differenzierung bewirkt, ohne jene grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen – Sozialismus, Selbstverwaltung usw. – zu erreichen.

In dem Maße, in dem soziale Differenzen zunehmen, bilden sich Axiomatisierungen, mit denen sie innerhalb der Verwertungsgrenzen und innerhalb der biopolitischen Kontrollmechanismen gehalten werden. Je größer die Abstände zwischen den partikularen Codierungen mit dem Übergang in den Postfordismus und dem erneuten Globalisierungsschub der 1980er Jahre werden, umso mehr kontrollierende Regulierungen durchziehen die Gesellschaft.

Die beschriebene Entwicklung bringt den Schluss mit sich, die herkömmliche Vorstellung vom individuellen politisch handelnden Subjekt in Frage zu stellen und stattdessen das Politische als a-subjektives Ereignis in einem gesellschaftlichen Kräfteverhältnis zu begreifen, in dem es kein Außen geben kann.

WAS KANN DIESER THEORETISCHE ANSATZ FÜR DIE POLITISCHE PRAXIS BEDEUTEN?

VORTRAG & DISKUSSION

MIT KATJA DIEFENBACH

DO – 1.7.04 – 19H IN H2



(2007)

In der Woche vom 3. bis 7. Dezember veranstaltete der AstA eine Aktionswoche gegen die Coca Cola Company. Bereits einige Wochen vorher beschloss das Studierendenparlament einen Boykott des Coca Cola Konzerns. Zu der Diskussion über die Geschäftspraktiken von Großkonzernen möchte :uniLinks! nun Stellung beziehen, um sie an entscheidender Stelle wesentlich zu verschieben. Zunächst ist festzuhalten, dass die Kritik an der kapitalistischen Coca Cola Company notwendig und gerechtfertigt ist. Ein Boykott, wie von Seiten des AstAs gefordert, kann ein erster Schritt in die richtige Richtung sein, bleibt aber allein ohne weiterreichende Auswirkungen und droht sogar, wenn er nicht von einer grundlegenden Kritik der kapitalistischen Verhältnisse begleitet ist, seine positiven Intentionen zu verfehlen. So bleiben entscheidende Fragen offen: Was ist das genaue Ziel eines Boykotts? Was ändert es, Druck auf einen einzelnen Konzern auszuüben und zu hoffen, dass die Arbeitsbedingungen sich verbessern? Kann der Boykott gegen den Coca Cola Konzern ein sinnvolles Mittel sein, um die Ermordung von GewerkschafterInnen, miese Arbeitsbedingungen oder die Verschmutzung und Privatisierung von Wasser zu verhindern? Wenn wir einmal utopischerweise annehmen, dass ein Boykott so weitreichend ist, dass er den Konzern in finanzielle Engpässe bringt, was würde sich dann grundlegend ändern? Würde beispielsweise in Kolumbien, das weltweit das Land mit den meisten Entführungen und politischen Morden ist, keinE GewerkschafterIn mehr ermordet? Würden sich die Wasserprobleme in Mexiko von einem Tag auf den anderen lösen? Wohl kaum!

Es reicht nicht aus, nur einen Missstand auf dieser Welt anzuprangern, und diesen dann einem bestimmten Konzern zuzuschreiben, sondern mensch muss die zusammenhänge im gesamten Kontext sehen. Was hilft es, Auswirkungen zu kritisieren ohne die Ursachen zu analysieren? Vorgänge wie die Ermordung von GewerkschafterInnen in Kolumbien und die 100 prozentige Gewinnorientierung würde es auch ohne Coca Cola geben. Sie entsprechen der Logik einer neoliberal verfassten, kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die systematisch Ausschlüsse und - insbesondere in den Ländern des Trikonts - krasse Unrechtsverhältnisse erzeugt, in denen ArbeiterInnen ohne jede Rechte unter unmenschlichen Bedingungen arbeiten müssen und gewerkschaftliche Organisation systematisch verhindert wird. Es sind also nicht nur US-amerikanische Großkonzerne, die hier anzuprangern sind. Eine Kritik, die sich auf US-amerikanische Großkonzerne und deren Geschäftspraktiken beschränkt, ist schlichtweg unzureichend. Vielmehr müsste es darum gehen, die dem Kapitalismus eingeschriebene Verwertungs- und Zerstörungslogik als ursächliches Prinzip zahlreicher Phänomene, die wir als einzelne Ungerechtigkeiten empfinden und die vom AstA zu recht angeprangert werden, zu benennen. Ob dann der Boykott bestimmter Waren oder ihrer Produzenten eine sinnvolle politische Praxis darstellen kann, wäre sicherlich im Einzelfall zu diskutieren. Boykottforderungen ohne grundsätzliche Kapitalismuskritik erscheinen uns demgegenüber als seltsam zahlos und vermutlich sogar falsch!

Is Coke the only C that kills?

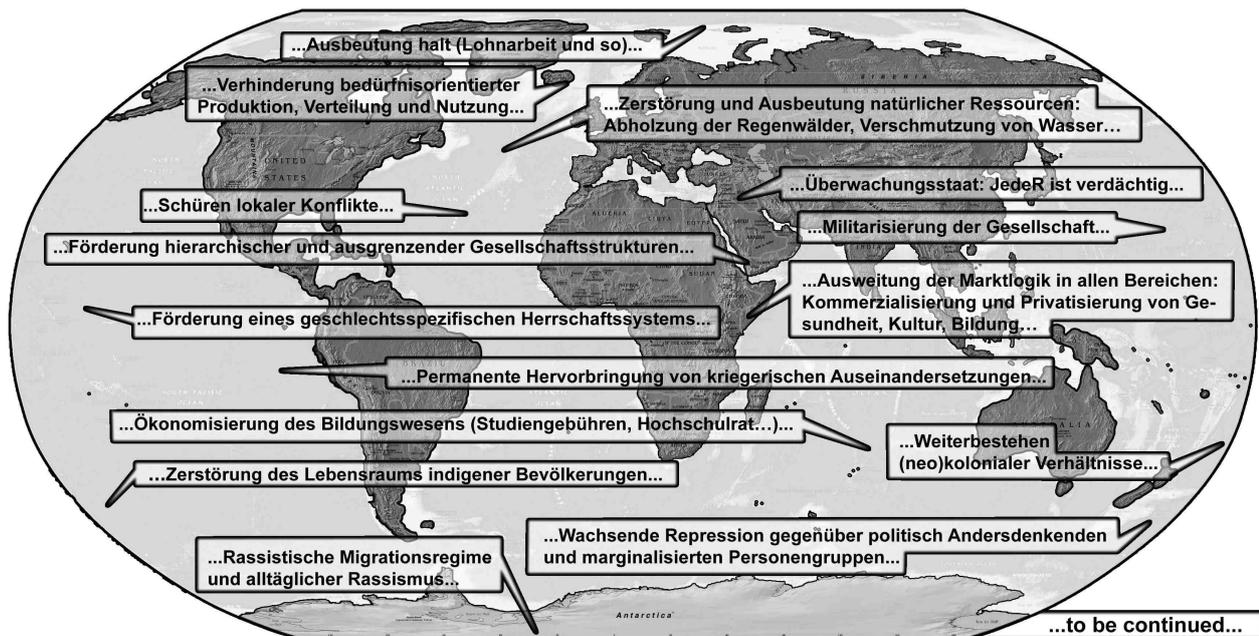


Cola-Boykott reicht nicht aus

Wer von Ausbeutung spricht darf vom Kapitalismus nicht schweigen!



Capitalism kills!



Kill Capitalism! For a better world, for a better life, for everyone! :uniLinks!

Für eine Linke, die dazwischen geht – Input und Austausch über die Interventionistische Linke

Veranstaltung im Rahmen des roten montags (November 2011)

In der Interventionistischen Linken (IL) sind zur Zeit um die 25 verschiedenen linken Gruppen, Initiativen und Zeitungsprojekte aus dem gesamten Bundesgebiet organisiert, hierunter der Düsseldorfer Antifa-KOK, die Berliner Gruppe Fels (Für eine linke Strömung) und die Monatszeitschrift Analyse & Kritik. Seit ihrer Gründung 2005 versucht die IL in politische Auseinandersetzungen einzugreifen, gesellschaftliche Kräfteverhältnisse nach links zu verschieben und ihre Kritik an den herrschenden Zuständen in breiten Bündnissen deutlich zu machen. Einige von der IL mitgetragene Kampagnen waren: Block G8 (Heiligendamm 2007), die Proteste gegen den Kongress von Pro Köln (2008), die alljährlichen Massenblockaden gegen die Naziaufmärsche in Dresden oder Castor Schottern im vergangenen Jahr. An diesem Roten Montag wird ein Vertreter der Interventionistischen Linken nicht nur die Entstehung der IL und die damit verbundenen Überlegungen beschreiben, sondern auch einen Einblick in aktuelle Projekte und Diskussionen geben. Zudem wollen wir gemeinsam einen Blick auf den Umgang mit Machtverhältnissen und Hierarchiebildung in linken Gruppen werfen.

[HTTP://ROTERMONTAG.BLOGSPORT.DE/](http://ROTERMONTAG.BLOGSPORT.DE/)

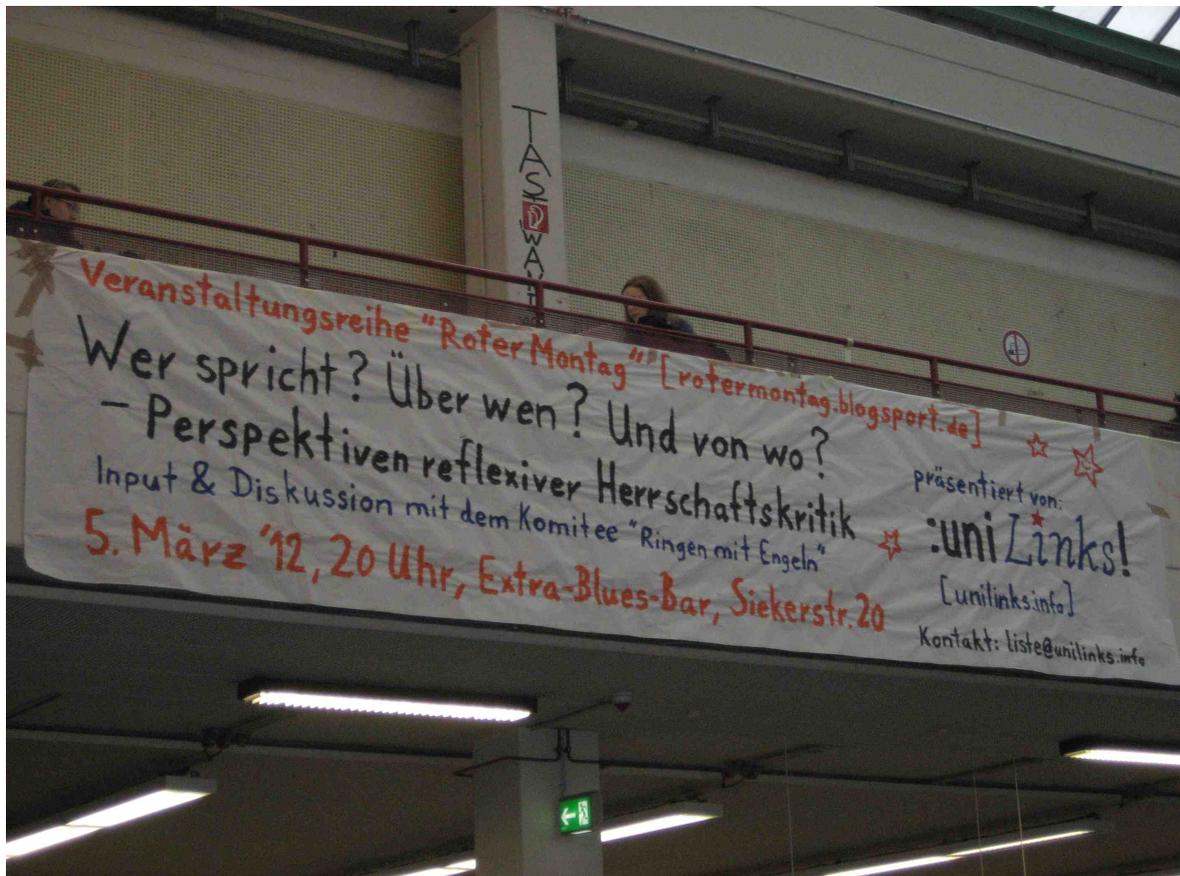
Datum 07.11.2011 20 Uhr Extra Blues Bar



Wer spricht? Über wen? Und von wo? – Perspektiven reflexiver Herrschaftskritik Veranstaltung von :uniLinks! zusammen mit dem Komitee „Ringeln mit Engeln!“ im Rahmen des Roten Montags (März 2012)

Gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse haben viele Dimensionen, wie z.B. der Kapitalismus, das Geschlechterverhältnis und der Rassismus. Sie sind zwar miteinander verschränkt, aber nicht auseinander abzuleiten. Herrschaftsverhältnisse sind dabei nicht als etwas zu denken, das den Menschen, die innerhalb dieser Verhältnisse leben, nur äußerlich ist. Unser „Selbst“ wird innerhalb unserer sozialen Beziehungen hergestellt und wirkt auf diese Beziehungen zurück. Eine reflexive linksradikale Kritik sollte deshalb in Rechnung stellen, dass wir alle als Akteur_innen immer bereits platziert werden. Es spricht vieles dafür, die permanente Verstrickung des eigenen Lebens und des eigenen Alltags in gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse nicht auszuklammern. Eine aktive Praxis der Positionierung innerhalb der zu kritisierenden Verhältnisse könnte Teil unserer Kritik und unserer Handlungsfähigkeit sein, um Praxen der Ausschließung und der Diskriminierung aber auch der Privilegierung und Dominanz sichtbar und angreifbar zu machen – nicht zuletzt auch innerhalb der eigenen linken Zusammenhänge. Folgende Fragen möchten wir am Roten Montag mit Euch diskutieren: Was kann reflexive Herrschaftskritik für unsere politischen Praxen bedeuten? Wie lässt sich eine Einheit von Aktion und Reflexion verwirklichen?

05.März 2012, 20 Uhr
Extra-Blues-Bar

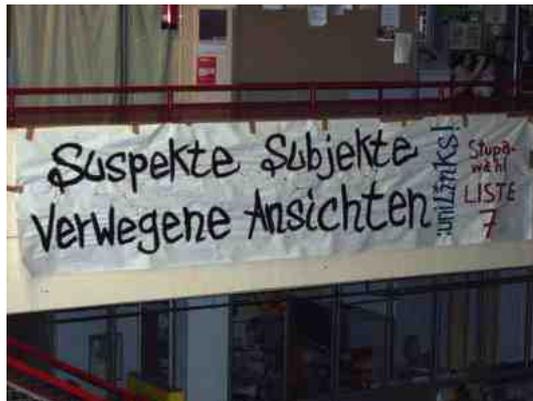


Die radikale Linke und der Anarchismus

Was hat die eine mit dem anderen zu tun? (Mai 2013)

Beim Roten Montag im Mai wird :uniLinks! – linksradikale und herrschaftskritische Gruppe an der Uni Bielefeld – von Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen Anarchist*innen in den USA und der radikalen Linken im deutschsprachigen Raum erzählen. Dazu wird CrimethInc. vorgestellt, ein us-amerikanisches Kollektiv, das als das einflussreichste anarchistische Projekt der letzten 15 Jahre gilt, viel diskutiert und auch stark kritisiert wurde. Im Anschluss wollen wir mit euch die Bedeutung von Anarchismus für die radikale Linke vor Ort bzw. für unsere eigenen Zusammenhänge und Gruppen diskutieren.

6. Mai 2013 | 20Uhr | von und mit :uniLinks! beim Roten Montag, Extra-Blues Bar, Siekerstr. 20 in der Innenstadt



WIR VERPASSEN JA
DOCH NICHTS,
WENN WIR NICHT
FRÜH AUFSTEHEN
:UNI LINKS!

Von links in die Linkspartei - Chance oder Unfug?

Podiumsdiskussion mit Raul Zelik und Ingo Stütze zu Parlamentarismus(-kritik) und linken Perspektiven auf gesellschaftliche Veränderung moderiert von :uniLinks!

(Juni 2013)

Im Sommer 2012 traten einige Aktive aus linken Gruppen und sozialen Bewegungen kollektiv in die Linkspartei ein, um kritisch mitzuarbeiten und eine Verschiebung der dortigen Politik nach links zu erreichen. Eine verstärkte Zusammenarbeit von Partei und Bewegungen sei angesichts der sich zuspitzenden Krise(n) und der repressiven und nach wie vor neoliberalen Antworten hegemonialer Politik notwendig. In einer solchen Kooperation könne sich eine Chance ergeben für gegenhegemoniale Interventionen und für die gesellschaftliche Linke insgesamt.

:uniLinks! möchte dieses Unternehmen mit Raul Zelik, der in die Linkspartei eintrat und Ingo Stütze, der es nicht tat, ein Jahr später kritisch Revue passieren lassen. Bewährt sich die Zusammenarbeit von linken Aktivist_innen mit und in der Linkspartei oder deutet sich an, dass Partei und Parlamente nur schwerlich Orte linker Politik sein können?

Die ersten Etappen der Debatte lassen sich an Hand der veröffentlichten Beiträge auch heute noch gut nachvollziehen. Wer möchte, kann also bestens gewappnet an der Diskussion teilnehmen. Den Anfang machte Raul Zeliks öffentliche Erklärung seines Parteieintritts, unter anderem in der linken Monatszeitung ak – analyse und kritik mit einem Kommentar aufgegriffen wurde. Ingo Stütze reagierte darauf mit einem offenen Brief, in dem er Kritik am Parteieintritt und dessen Begründung übt. Auf diesen Brief hat Raul Zelik wiederum mit einem Artikel in der analyse und kritik geantwortet.

:uniLinks! zerbricht sich auch in eigener Sache regelmäßig den Kopf über die Arbeit im (Studierenden)Parlament und Parlamentarismuskritik. Wir verstehen uns als herrschaftskritisch und linksradikal. Daher üben wir eine grundsätzliche Kritik am Parlamentarismus und sind dennoch seit 1999 im Studierendenparlament der Uni Bielefeld vertreten. Der Schwerpunkt unserer inhaltlichen politischen Arbeit liegt außerhalb des Studierendenparlaments, doch für einige Bereiche ist das StuPa ein wichtiges Feld für Auseinandersetzungen. Vor diesem Hintergrund fragen auch wir uns immer wieder, welche Strategien linke Gruppen und Bewegungen verfolgen sollten, damit vielleicht wirklich mal endlich alles besser wird.

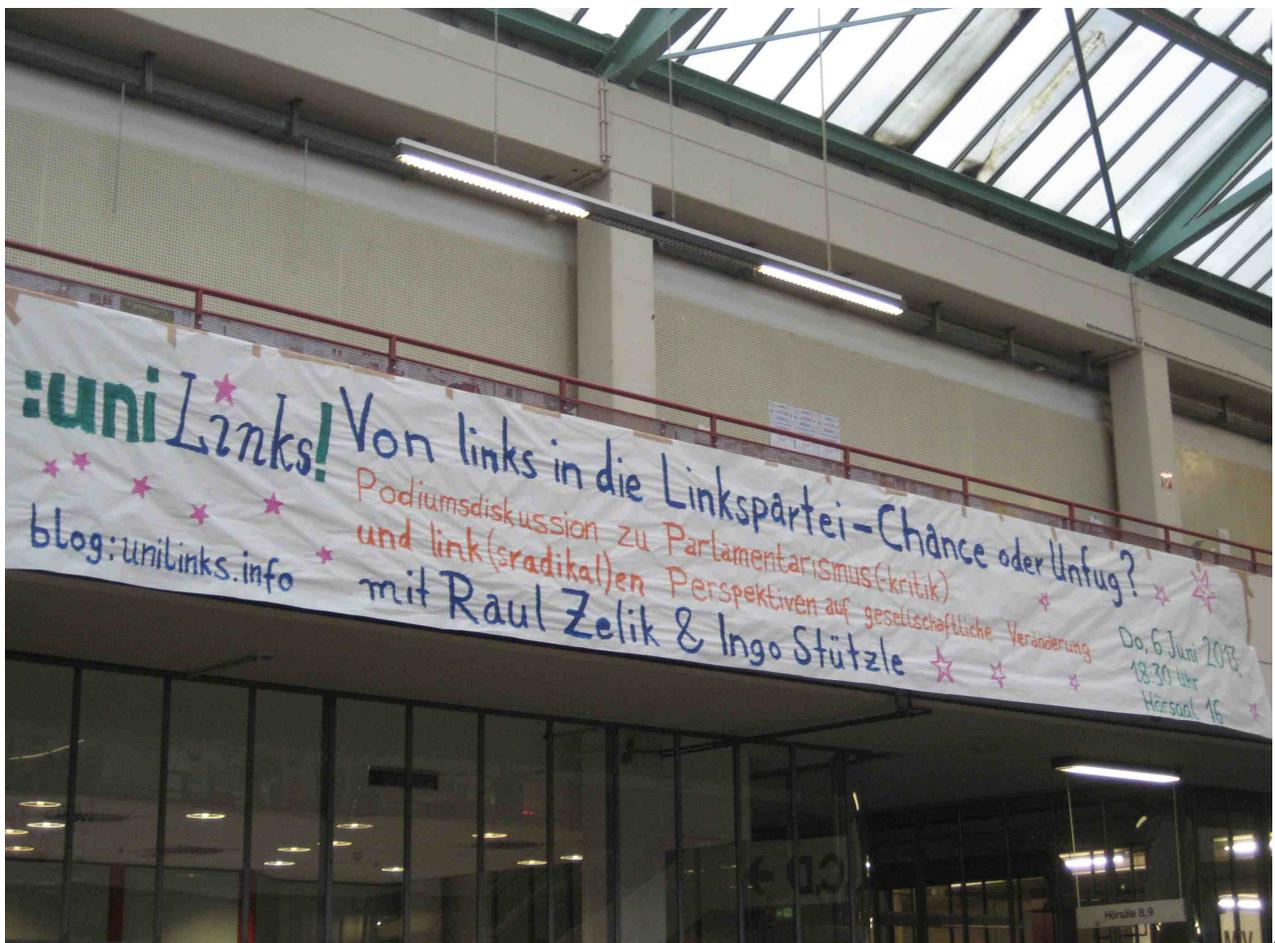
DONNERSTAG 06.JUNI 2013, 18:30 UHR, HÖRSAAL 16 IN DER UNI BIELEFELD

Raul Zelik [<http://www.raulzelik.net/>] war Professor für Politik an der Nationalen Universität von Kolumbien und ist Schriftsteller und langjähriger Aktivist in linken Zusammenhängen (in Deutschland).

Ingo Stütze [<http://stuetzle.cc/>] ist Redakteur der Monatszeitung „ak – analyse und kritik – Zeitung für linke Debatte und Praxis“ und langjähriger Aktivist in linken Zusammenhängen



„Linker Politik geht es um emanzipatorische Veränderung. Auch wenn in diesem Zusammenhang viele Fragen offen sind, so liegt doch auf der Hand, dass diese Veränderung nur möglich ist, wenn gesellschaftliche Gegenhegemonien entstehen - also die kollektive Vorstellung unterbrochen wird, die Verhältnisse seien optimal oder doch zumindest alternativlos. [...] Das für mich Erstaunliche ist nun ..., dass die Linkspartei in dieser Auseinandersetzung in den vergangenen Jahren eine gute Rolle gespielt hat. Das war für mich auch deshalb überraschend, weil mir die in der LINKEN aufgegangenen Gruppen alle recht fremd waren. [...] Und doch hat diese gescholtene, durcheinandergewürfelte, oft auch bizarre Partei wesentliche Fragen überhaupt erst wieder thematisiert. Ja, wir leben im Kapitalismus; ja, man muss, wenn man Demokratisierung will, auch das Gemeineigentum stärken; ja, es gibt in Deutschland Parteien, die Klasseninteressen vertreten und es wäre ganz schön, wenn auch die subalternen Klassen über eine solche Organisation verfügten. [...] (I)m Großen und Ganzen habe ich die Linkspartei - ganz unerwartet - im sinnentleerten Konzert des Politikbetriebs doch als feine, dissonante Stimme der Vernunft zu schätzen gelernt. Als Freund Marx'scher und Deleuze'scher Theorie habe ich eine These, woran das liegen könnte: Eine Verbindung ist stets mehr als die Summe ihrer Teile. Das ist das Schöne an gesellschaftlichen Prozessen: Es entsteht ein Wissen, das über das versammelte Einzelwissen und seine TrägerInnen hinausgeht ... Es stimmt, dass sich verschiedene Erfahrungen auch gegenseitig blockieren können - nämlich dann, wenn sich alle in ihren identitären Gewissheiten vergraben. Doch genau deshalb ist die These der fragenden, lernenden Partei nicht nur sympathisch, sondern vor allem auch richtig.“
(Zelik)





Eine Videoaufnahme der Podiumsdiskussion findet sich auf unserem Blog und auf unserem Youtube-Channel

<https://www.youtube.com/user/uniLinksBielefeld>

„Wenn Positionen der Linkspartei in der Öffentlichkeit präsenter waren und Sahra Wagenknecht oft und gerne in Talkshows eingeladen wurde, dann war das [aber] eher Ausdruck einer tiefen bürgerlichen Verunsicherung. Der Beinahe-Kollaps des Kapitalismus warf die Frage auf, wie die Gesellschaft reformiert werden muss, um, und das ist entscheidend, den Kapitalismus vor sich selbst zu retten. An einer besonderen Leistung der Linkspartei lag diese temporäre Öffnung des Diskurses jedoch nicht. Und auch sinnvolle Deutungsangebote oder neue Politikoptionen habe ich in der letzten Zeit von der Linkspartei nicht gehört. Statt von Klasseninteressen haben deren Politiker von der Mehrheit der Bevölkerung gesprochen und von der Gier der Banker. [...] Zu Beginn deiner Erklärung führst du wichtige Punkte einer linken Parteien- und Staatskritik an - nimmst sie dann aber leider weder auf noch ernst. Sonst hättest du nämlich skizzieren müssen, wie diese Kritik auf die politische Praxis der Linkspartei zutrifft, wo sie zum Teil relativiert werden kann und was man innerhalb der Partei zum Beispiel gegen die Parlamentarisierung linker Politik machen kann. [...] Wo innerhalb der LINKEN siehst du den Ort, wo du in Zukunft linke Politik vorantreiben kannst? [...] Eine Klassenpartei, wie du suggerierst, kann die Linkspartei nicht werden. Es sei denn, sie würde ihren Charakter grundlegend verändern. [...] Parteien, die um parlamentarische Mehrheiten kämpfen, können keine Klassenorganisationen werden. Das zeigt nicht nur die Geschichte. [...] Eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft und das Ende von Herrschaft wird nur erreicht werden können, wenn die Linke und soziale Bewegungen dem Staat Organisationsleistungen für die Gesellschaft abringen. Staatliche Politik ist immer herrschaftsförmig. [...] [W]enn es tatsächlich Interesse an gemeinsamen Debatten, Initiativen und Projekten gibt, dann müssen diese an Orten außerhalb der Partei entwickelt werden, jenseits von der ihr immanenten politischen Logik.“ (Stützle)

"Die Forderung nach
Positivität und
Unterordnung, die auch in
den fortschrittlichen
Gruppen der Gesellschaft
den Sinn für die Theorie
abzustumpfen droht, trifft
notwendig nicht allein die
Theorie, sondern auch die
Praxis der Befreiung."
(Max Horkheimer)

"BILDET EUCH, DENN WIR
BRAUCHEN ALL EURE
KLUGHEIT. BEWEGT EUCH,
DENN WIR BRAUCHEN EURE
GANZE BEGEISTERUNG.
ORGANISIERT EUCH, DENN
WIR BRAUCHEN EURE
GANZE KRAFT."
(ANTONIO GRAMSCI)

„Veränderung ist als eine
Veränderung durch die Subjekte
nur möglich, solange noch ein
Widerspruch gegen die Faktizität
der gegebenen Lage erfolgt, solange
ein Vernünftigeres als sie nicht nur
denkbar ist, sondern auch
ausgesprochen wird und als eine
neue Praxis in ihren
Zusammenhang eintritt."
(Klaus Mollenhauer)

"THEORIE IST DER
NOTWENDIGE UMWEG AUF
DEM WEG ZU ETWAS
INTERESSANTEREM."
(STUART HALL)



Feminismus

...Feminismus

als Feminismen im Plural gedacht, ist ein zentrales Thema bei :uniLinks! Unterschiedliche (queer-)feministische Perspektiven werden von uns immer wieder in die Öffentlichkeit der Hochschule getragen! Sexistische und heteronormative Verhältnisse an der Hochschule werden von :uniLinks! aufgezeigt und auch innerhalb der Gruppe kritisch diskutiert und reflektiert.

Gleichberechtigung im Jahr 2345? (2000)

Die Uni ist kein gesellschaftsfreier Raum, sie (re-)produziert sexistische, patriarchale Verhältnisse unserer Gesellschaft. Auch in der Uni besetzen Männer die führenden Positionen und bestimmen universitäre Politik, Lehrformen und Lehrinhalte. Trotz der gestiegenen Bildungsbeteiligung von Frauen bleibt die Forderung nach sog. Frauenförderung rhetorische Strategie ohne offensichtliche Konsequenzen für die Besetzung von Stellen an der Hochschule.

So bleiben Frauen in führenden Positionen mit einem Anteil von ca. 6% (C3 und C4-Professorinnen) nach wie vor die Ausnahme. Sollte die Gleichberechtigung in demselben Tempo wie bisher voranschreiten, dürfen wir etwa im Jahre 2345 mit egalitären Verhältnissen rechnen! Na, da können unsere Urururur urururur ururururenkelinnen sich ja die Hände reiben!

Das Projekt "Asymmetrische Geschlechterkultur an der Hochschule und Frauenförderung als Prozeß", das 1998 und 1999 an der Universität Bielefeld (Projektleitung Prof.'In Dr. Ursula Müller) durchgeführt wurde, hat sich explizit mit den Folgen sexualisierter Diskriminierungen und Gewalterfahrungen an der Hochschule auseinandergesetzt. Diese führen häufig zu einem Rückzug von Frauen aus der Universität und determinieren somit männliche Machtsicherung. Sexualisierte Diskriminierung und Gewalt an der Hochschule sind Ausdruck und Mittel struktureller Benachteiligung von Frauen.

Die Verabschiedung der "Richtlinie gegen sexualisierte Gewalt und Diskriminierung" durch den Senat der Universität Bielefeld im November 2000 war ein Schritt in die richtige Richtung.

Neben dieser längst überfälligen rechtlichen Handhabe gegen Sexisten und Gewalttäter als Ergebnis institutionalisierter Frauenpolitik fordern wir eine Ausweitung und Stärkung autonomer feministischer Politik. Denn institutionalisierte Frauenpolitik verbleibt letztlich systemkonform in männerdominierten (politischen und gesellschaftlichen) Verhältnissen und läuft Gefahr, von diesen Strukturen vereinnahmt und absorbiert zu werden.

Wir verwirklichen emanzipatorische, HERRschaftsfree feministische Politik in Zusammenhängen, die jenseits institutioneller Strukturen und Vorgaben arbeiten.

uniLinks setzt sich für die Erhaltung und Förderung der studentischen FrauenLesbenpolitik ein. Frauenräume wie das Internationale Autonome FrauenLesbenreferat, die AG Feministische Politik, das FrauenPlenum oder das FrauenLesbencafe ANACONDA sind notwendig. Hier kann frau ihre Ideen umsetzen, da weder Stellvertreterinnenpolitik noch das Delegiertenprinzip HERRschen

DAMIT WIR NICHT 345 JAHRE WARTEN MÜSSEN



Vater_Mutter_Kind (2006) Redesign Familie!!!!

VATER_MUTTER_KIND

Schuld ist mal wieder *die* Frau genauer *die* Akademikerin, denn diese verweigert die Produktion von hochwertigem sprich deutschen Nachwuchs. Und das ist schiere Karrieregeilheit und Egoismus. Dabei zeigt doch die Ursula, Ärztin, Volkswirtin, jetzige Familienministerin und zugleich siebenfache Mutter wie es geht...

Die Debatten um die Kinderlosigkeit in Deutschland haben wieder einmal Konjunktur. Schon die frühere Familienministerin Renate Schmidt stellte fest: „Familienpolitik ist Wirtschaftspolitik“. Dies führte die jetzige Familienministerin Ursula von der Leyen Ende Dezember im Bundestag folgend aus: „Politik für die Familien ist nicht nur alles andere als ein ›weiches‹ Thema oder eine Unterabteilung der Sozial- oder Transferpolitik, sondern ganz im Gegenteil ein Handlungsfeld, das Weichen stellt und so darüber mitentscheidet, wie in dieser Gesellschaft Bildung, Wachstum, Wohlstand und Wohlfahrt sein werden“. Das ist ganze im Sinne des damaligen Bundeskanzler Konrad Adenauer, der im Jahr 1952 das Familienministerium ins Leben rief und als Ziele die „konstante Zunahme der Geburten“ sowie die „Stärkung der Familie und dadurch Stärkung des Willens zum Kind“ nannte.

Derzeit ist es in sich mit dem »Erfolgsfaktor Familie« zu beschäftigen. Seit 2004 tauchen überall „Bündnisse für Familie“ auf, weil die Familie zum „Wirtschaftsfaktor“ erklärt wird. Auch die Universität Bielefeld nimmt an einem Wettbewerb in »Familienfreundlichkeit« teil. Befürchtungen, dass durch Studiengebühren noch mehr AkademikerInnenpaare von der Familiengründung abgehalten werden, hegt auch die ghg*ol.

Solche identitätsorientierte nationalistische Familienrhetorik verweist mal wieder sehr deutlich auf die Normierung zur Zweigeschlechtlichkeit und Zwangs-Heterosexualität zum angeblichen Wohl des Kollektivs gegen die Einzelnen. Erschreckend sind dabei die jüngsten Verwünschungen von individueller Lebensplanung und Emanzipation. Schon der Begriff »Kinder-losigkeit« stellt eine Lebensform als defizitär dar, indem sich allein auf die Rolle der Frau als Mutter beschränkt wird. Wie selbstverständlich werden andere Lebensrealität ausgeblendet und eine Zwangsmoral transportiert.

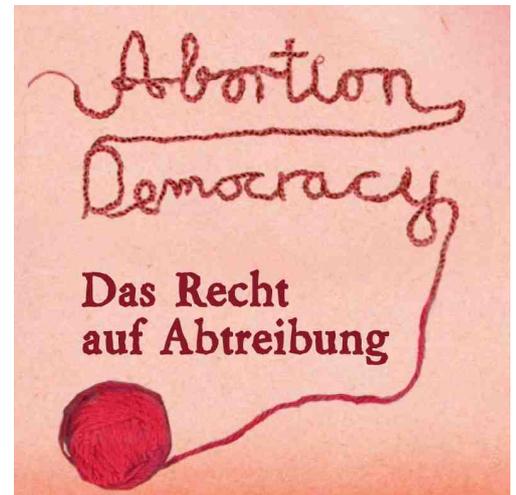
**:UNI LINKS! RICHTET SICH GEGEN DIE ZWANGS-
HETEROSEXUELLE GESCHLECHTERORDNUNG!**

REDESIGN FAMILIE!



Abortion Democracy (2008)

Einladung zur Veranstaltung von Ladyshake – Sarah Diehl stellt ihren neuen Dokumentarfilm vor



ABORTION DEMOCRACY: POLEN / SÜDAFRIKA

eine Dokumentation von Sarah Diehl, BRD 2007/08, 60'

Der Film stellt die Gesetzeslage zum Schwangerschaftsabbruch in Polen und Südafrika gegenüber und fragt nach deren Auswirkungen auf das Leben von Frauen in den jeweiligen Ländern.

In den 1990er Jahren wurde in Polen ein Abtreibungsverbot erlassen, zur gleichen Zeit wurde der Schwangerschaftsabbruch in Südafrika legalisiert. In dieser Gegenläufigkeit spiegeln sich grundsätzliche Veränderungsprozesse: Das Gesetzesvorhaben in Polen bringt indirekt den zunehmenden Einfluss der katholischen Kirche nach dem Fall des Kommunismus zum Ausdruck, während in Südafrika die Legalisierung eine grundlegende Reform des Gesundheitssystems nach dem Ende der Apartheid fortführt. Zentral an solchen Entwicklungen ist, wie sich darin Rolle und Status von Frauen in diesen Gesellschaften zeigen. Die gesetzliche Lage hat aber nur zum Teil etwas mit der gesellschaftlichen Realität zu tun. In Polen sind Schwangerschaftsabbrüche zwar illegal, dafür aber relativ gut zugänglich und auch sicher. In Südafrika, wo das Gesetz an sich liberal ist, ist es für Frauen schwieriger, Informationen und auch Zugang zu entsprechenden Dienstleistungen zu bekommen.

In Abortion Democracy kommen Männer und Frauen, Gesundheitspersonal, AktivistInnen, und WissenschaftlerInnen zu Wort und stellen den Kampf um reproduktive Rechte von Frauen und die damit verbundenen Paradoxien aus ihrer Sicht dar.

Regisseurin Sarah Diehl (auch Autorin/Herausgeberin u.a. von Deproduktion – Schwangerschaftsabbruch im internationalen Kontext) stellt uns ihren Film vor. Mit Diskussion! Eintritt frei!

05.12.2008 20.00 Uhr AJZ-Kino Heeperstraße 132

veranstaltet von Ladyshake :www.ladyshake.de, www.abortion-democracy.de
powered by femRef/ :uniLinks!/ AntifaAG Uni Bielefeld

Give the feminist a cigarette! (2012)



Feminismus ist uns wichtig weil ...

... die Uni ein Ort ist, an dem Frauen und Männer leider noch lange nicht „gleichgestellt“ sind. Mensch beachte nur einmal wie viele Professoren und wie wenig Professorinnen es so gibt – selbst in einem Fach wie der Erziehungswissenschaft, wo ca. 80 Prozent der Studierenden Frauen sind.

... an der Uni besonders viele Frauen an Stellen mit geringem Lohn und noch weniger Anerkennung arbeiten: Als Sekretärinnen und als Service-Personal (Raumpflege, Mensa etc..). Warum eigentlich sind da so wenig Männer? Und warum putzen wir (und die Profs!) die Klos eigentlich nicht selber??

... es auch unter Studierenden eine Menge Leute mit Kindern gibt und auch viele Alleinerziehende. Das sind in den meisten Fällen Frauen. Für diese sind die Bedingungen in dieser Gesellschaft und auch an der Uni gelinde gesagt: Mies.

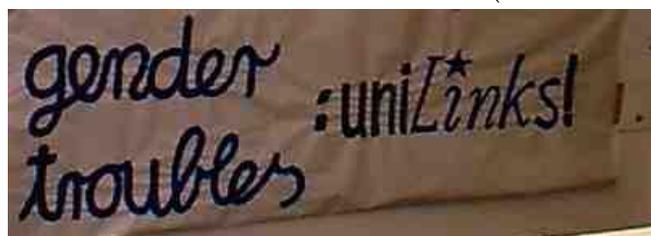
... es an der Uni sexistische Diskriminierungen und Gewalt in vielfältigen Ausformungen gibt. Von übergriffigen Kommilitonen, über subtile Blicke und Sprüche von Dozenten und sogar einem vergewaltigenden Professor.

... wir theoretische Ansichten gut finden, die kapitalistische Vergesellschaftung mit dem patriarchalen Geschlechterverhältnis und anderen gesellschaftlichen Differenzverhältnissen (wie etwa dem Rassismus) zusammen denken können, ohne das eine aus dem anderen abzuleiten und somit auch politisch in seiner jeweiligen Wichtigkeit zu priorisieren.

... auch die Männer unter uns keinen Bock auf die Zwänge der hegemonialen Formen von Männlichkeit haben.. ist nämlich viel zu anstrengend und ziemlich langweilig!

... wir der Ansicht sind, dass das dominante System der Zweigeschlechtlichkeit eine soziale und herrschaftsförmige Konstruktion ist, die zwar leider sehr wirkmächtig ist (und zwar so wirkmächtig, dass sich viele Leute etwas anderes nicht einmal vorstellen können und wollen), aber Geschlechtlichkeit auch ganz anders aussehen könnte... warum müssen Menschen immer Frauen oder Männer sein?

... wir mit queeren, transgender-, lesbischen, schwulen, polyamorösen Lebensentwürfen (mit und ohne Kinder) liebäugeln und die bürgerliche Kleinfamilie langweilig finden, auch wenn sich viele Leute häufig aus nachvollziehbaren Gründen für diese nach dem Studium (oder schon währenddessen) entscheiden. Die Bedingungen für etwas anderes sind häufig nämlich auch: Mies.



NICHTS MUSS SO SEIN WIE ES IST!

Antirassismus

...Antirassismus

In dieser Rubrik finden sich Veranstaltungen, Flugblätter und Stellungnahmen zum Thema Rassismus(-kritik). Diese richten sich gegen den rassistischen Normalzustand an der Universität, thematisieren aber auch die Reproduktion und Wiederholung der rassistischen Ordnung in den eigenen linken Räumen und Zusammenhängen. Die solidarische Unterstützung der Aktionstage und -wochen gegen Abschiebungen war in den Jahren 2008/2009 notwendig und ist es immer noch!

No borders, no nation, stop deportation!



:uniLinks!, Kanak Attak und Rassismuskritische Studienwerkstatt laden ein:

Informationsveranstaltung:

Antirassismus vorgespuhl >| >> Kommentierte Video Clips

Massimo Perinelli (Kanak Attak) stellt in einem Videovortrag die Ebene der Repräsentation zur Diskussion. Er bezieht sich dabei kritisch auf Filmbeiträge, die in der Antirassistischen Szene gezeigt und/oder produziert werden. Neben einer Kritik an vorherrschenden antirassistischen Strategien wird der Frage nachgegangen, was einen guten antirassistischen Film ausmacht. Erklärtes Ziel der Veranstaltung ist es, Antirassismus offensiv zu wenden. Der humanistische Blick auf viktimisierte Objekte eines allmächtigen staatlichen Rassismus verleiht die Sicht auf Subjekte, deren Kämpfe um soziale und politische Rechte Teil einer alltäglichen Widerstandspraxis sind. Anstelle der defensiven Bemängelung des Elends setzt die Gesellschaft für Legalisierung die Forderung nach globalen und mobilen Rechten. wir sind unter euch. Gesellschaft für Legalisierung.

**BuergerInnenwache Siegfriedplatz
Montag 27.6.2005 / 20h**

:uniLinks! Rassismuskritische
www.unilinks.popez.org Studienwerkstatt

Schlüsselöcher
zu Scheunentoren!



TOTAL NORMAL

von unterschieden, unterschiedungen und dem bekannten bielefelder historiker hans-ulrich wehler. (2007)

den anlass der folgenden zeilen bilden zwei beobachtungen. die erste lässt sich auf einen ganz bestimmten ort und zeitpunkt datieren. gemeint ist die vollversammlung der studierenden im audimax am 11. juni. dort durften auch die zur stupawahl antretenden listen ihre meinung zu studiengebühren kundtun. was auffiel waren allerdings nicht etwa besonders differenzierte positionierungen zu dem thema, sondern vielmehr, dass auch aus den sich in irgendeiner hinsicht als emanzipatorisch verstehenden listen, die dort sprachen, ausschließlich männer ans rednerpult traten (so etablierten sie dann auch das rednerpult als solches. als rednerinnenpult war es offensichtlich nicht vorstellbar). nur zufall? wohl kaum. die beobachtete tatsache erscheint vielmehr als ausdruck patriarchaler strukturen, die sich durch die gesamte gesellschaft, und damit auch durch die uni und deren studentische vertretung ziehen. dass frauen nur einen verschwindend geringen prozentsatz der professuren in deutschland innehaben, ist nur ein weiterer allgemein bekannter ausdruck dieser strukturen.

die zweite beobachtung (formuliert aus der privilegierten position einer 'weißen mehrheitsdeutschen person') bezieht sich auf die verteilung der (arbeits-)rollen in der uni. beim schlendern durch die unihalle, kaffeetrinken an einer der stehcafeten und dem anschließendem gang auf die toilette, lässt sich eine feststellung gar nicht vermeiden. die soziale ordnung, die den raum universität grundlegend strukturiert ist nicht nur eine geschlechtliche, sondern in gleichem maße ebenso eine rassistische. wer schlendern darf und wer die dreckigen spuren hinterher beseitigt, wer den kaffee bestellt und wer hierzu in die rolle der servicekraft schlüpft, wer unbedacht auch mal ein paar spuren im klo hinterlassen kann und wer diese dann wieder beseitigt, entscheidet sich zu

einem hohen anteil entlang 'rassisch' verfestigter kriterien.

exkurs: um missverständnisse zu vermeiden. die begriffe 'rassisch' und 'rasse' werden hier nicht als kategorien verstanden, die menschen biologisch nach rassen unterscheiden. vielmehr soll damit zum ausdruck gebracht werden, dass 'rasse' als soziale kategorie unterschiede zwischen menschen herstellt, naturalisiert und damit auch die gesellschaft in hohem maße strukturiert. somit soll der begriff direkt auf die struktur des rassismus zielen, auch wenn dieser den begriff der 'rasse' nicht selber verwendet, aber dennoch genau nach dieser kategorie menschen und ihre chancen an gesellschaftlicher teilhabe (vor-)sortiert.

die beispiele zeigen, dass die uni ein rassistisch und geschlechtlich strukturierter raum ist, in dem sich patriarchale, rassistische und (post-)koloniale herrschaftsmechanismen – wie auch an anderen orten der gesellschaft – fortwährend (re-)produzieren. gleichzeitig bilden diese unterschiedungen keine natürlichen unterschiede ab, sondern produzieren diese erst machtvoll. damit geht aber auch eine invisibilisierung der sozialen verfasstheit der genannten strukturen einher, die diskursiv naturalisiert werden.

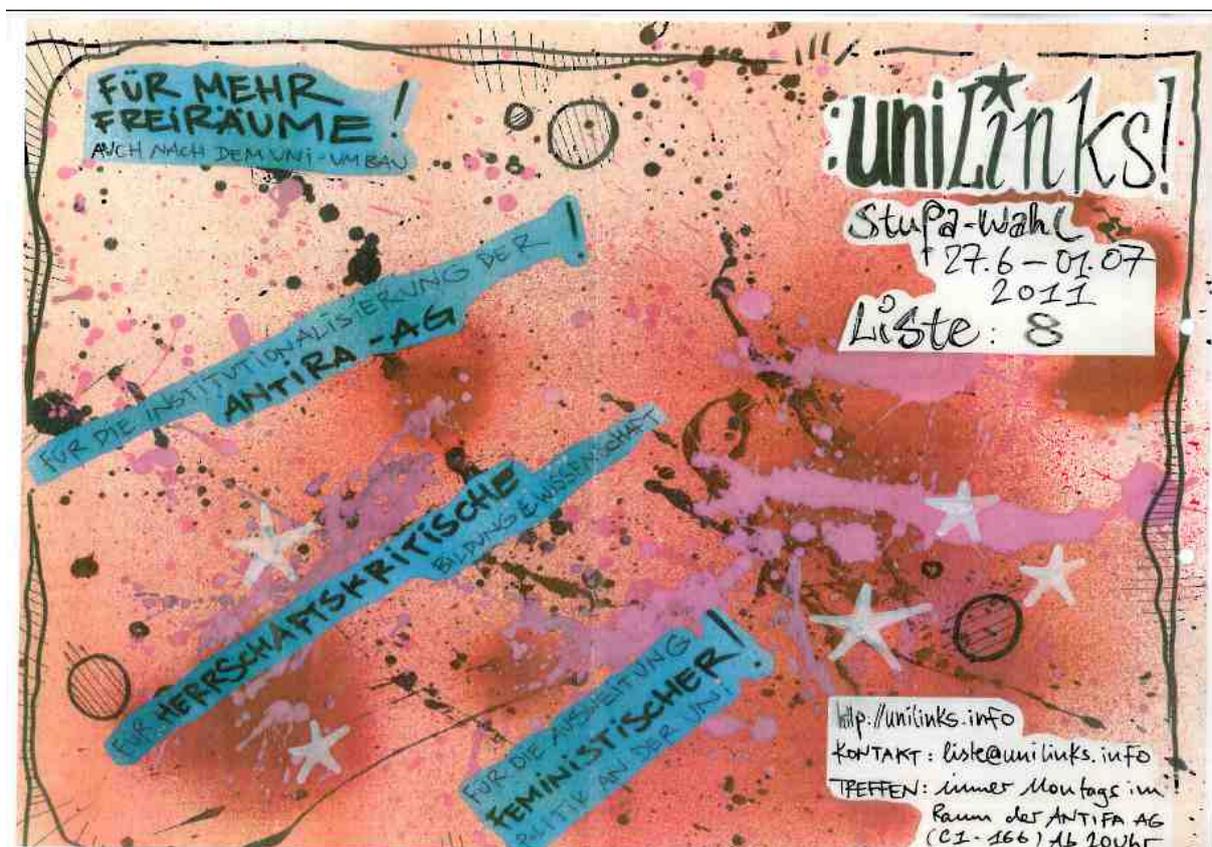
:uniLinks! möchte an dieser stelle in erster linie auf diese alltäglichen unterscheidungslinien aufmerksam machen und somit zu deren sichtbarwerdung beitragen. für die männlich privilegierten mehrheitsdeutschen, weißen studierenden bedeutet dies, sich der eigenen 'herrschaftsposition' bewusst zu werden und diese zu problematisieren. ebenso unterstützt :uniLinks! den erhalt, ausbau und die aneignung selbstbestimmter räume in der uni und anderswo, welche schutz vor permanenter diskriminierung bieten und selbstorga-

nisierung sowohl ermöglichen als auch erfolgreiche kämpfe institutionell ausdrücken. :uniLinks! liebäugelt außerdem mit der (weiteren) etablierung und durchsetzung postkolonialer theorie sowie dekonstruktiver sichten auf geschlecht und rasse an den universitäten.

damit wendet sich :uniLinks! gleichzeitig entschieden gegen angriffe auf diese ansätze, wie sie sich beispielsweise in einem jüngst veröffentlichten aufsatz des bekannten bielefelder historikers hans-ulrich wehler finden¹. dort schreibt er beispielsweise, dass in den deutschen kolonien die arbeitspolitik nicht anders gekonnt habe "als die einheimischen in einem langwierigen disziplinierungsprozess an regelmäßige arbeit im europäischen sinn zu gewöhnen" und kritisiert weiter die "modeströmung der 'postkolonialen Studien'". dass er dabei den weißen, kolonialen blick und koloniales denken fortschreibt, merkt er nicht –

oder er will es nicht. gegen solche denkweisen gilt es innerhalb und außerhalb der uni zu kämpfen.

¹ hans-ulrich wehler: transnationale geschichte – der neue königsweg historischer forschung? in: gunilla budde u.a. [hg'in]: transnationale geschichte. themen, tendenzen und theorien. göttingen 2006, s. 161-174.



"Don't call me white"? – Weiße Privilegien sichtbar machen und hinterfragen! (2008 + 2009)

Ist Rassismus wirklich nur in der extremen Rechten oder staatlichen Politiken zu verorten?

An der Uni Bielefeld fand in der Woche vom 2.-6.6.08 mal wieder das „festival contre le racisme“ statt. Viele Gruppen aus dem linken und linksliberalen Spektrum haben sich an der Gestaltung des festivals beteiligt. Konsens scheint dabei zu sein, dass Rassismus dumm, diskriminierend und menschenverachtend ist. Rassismus soll kritisiert, und überwunden bzw.. abgeschafft werden. Auch außerhalb der Uni, in der politischen Linken und darüber hinaus ist diese Position oft vorzufinden, die auch zu unterstützen ist.

Doch was ist gemeint wenn von Rassismus gesprochen wird und was wird dabei übersehen? Rassismus wird von linken Gruppen häufig vorrangig wahlweise in der extremen Rechten oder beim Staat und in seinen Gesetzen (Abschiebung, Residenzpflicht,...) verortet und kritisiert. Dementsprechend schien auch das Programm des „festival contre le racisme“ gestaltet zu sein. Die Inhalte der Veranstaltungen sind sicher auch richtig und es gilt weiterhin dazu zu arbeiten. Besonders erfreulich war die Einladung von Gruppen aus der migrantischen Selbstorganisation wie „The Voice“.

Allerdings liegt die Gefahr der Verortung des Rassismus bei z.B. staatlichen Institutionen, darin, dass dieser in jedem Fall außerhalb von mir selbst und ‚unseren‘ linken Zusammenhängen gesucht und gefunden wird, während wir selbst als Subjekte (in dem Fall der Autor_innen weiße mehrheitsdeutsche Subjekte) damit scheinbar nichts zu tun haben.

Dieses Verständnis halten wir für problematisch, da es entscheidende Aspekte von Rassismus als sozialem Verhältnis in das alle in dieser Gesellschaft lebenden Menschen verstrickt sind, übersieht. In Abgrenzung dazu wollen wir Rassismus begreifen als eine gesellschaftliche (diskursive) Struktur, in dem ein bestimmtes Kräfteverhältnis zum Ausdruck kommt. Rassismus als ein Phänomen postkolonialer Gesellschaften bringt dominante, privilegierte Weiße Positionen und marginalisierte Schwarze Positionen hervor und weist Subjekten diese zu, bzw. lässt jene als solche erst innerhalb dieser bestehen. In diesem Verhältnis gibt es zunächst kein Außen, keinen „guten“ (Sprech-)Ort, von dem aus integer kritisiert werden kann.

Eine solche verschobene und erweiterte Sichtweise ermöglicht es, sowohl die Beteiligung von allen Weißen an Rassismus, als auch die Kämpfe die aus einer Schwarzen Position und Perspektive geführt werden, in den Blick zu nehmen. Dabei geht es nicht um eine essentialisierende Festschreibung, sondern vielmehr um die Berücksichtigung der immer schon verorteten Sprechorte und krass ungleichen Machtverhältnisse in der rassistisch strukturierten Gesellschaft.

Wir, die Autor_innen dieses Textes, die ebenfalls aus einer weißen Position/Perspektive schreiben/handeln, sind also mitten drin im Problemzusammenhang, nicht außerhalb, und somit aktiv an der Aufrechterhaltung eines rassistischen Verhältnisses beteiligt und profitieren davon durch uns zugewiesene Privilegien. Diese können wir nicht einfach loswerden dadurch, dass wir „anti-rassistisch“ bzw. „rassismus-kritisch“ drauf sind. Zu dieser Beteiligung gehört beispielsweise in Deutschland als legitim zugehörig anerkannt zu werden und nicht dauernd mit Fragen wie „Wo kommst du her?“ als anders angesprochen zu werden. Dazu gehört auch keinen Alltagsrassismus zu erleben und so unmarkiert als normal angesehen zu werden.

:uniLinks! liebäugelt in diesem Sinne damit, einen kritischen Blick auf die (sozialen) Räume zu

richten, in denen wir uns bewegen. Dies sind Ort wie die Uni Bielefeld, die nächste Mainstream-Disko und die Lieblingskneipe – das sind aber auch (linke) Zusammenhänge wie unsere eigene Gruppe, das AJZ, die Antifa-AG, der AStA, etc., die weitestgehend privilegierte weiße Räume sind und als solche aufrechterhalten werden und somit weiß bleiben. Dies ist aus der hier vorgeschlagenen Perspektive¹ kein Zufall, sondern durch strukturelle Abgrenzungsmechanismen hervorgerufen. Wenn auch an dieser Stelle keine ausführlichere Analyse präsentiert werden kann, soll doch diese Sichtweise zum Thema gemacht werden und zur Auseinandersetzung mit den komplexen Verstrickungen der rassistisch strukturierten Verhältnisse anregen!

GEGEN RASSISMUS AUF ALLEN EBENEN!

WEIßE PRIVILEGIEN UND POSITIONEN DEMASKIEREN!

¹ Die Perspektive bezieht sich auf die Critical Whiteness Studies, zum Einstieg zu empfehlen: Maureen Maisha Eggers, Grada Kilomba, Peggy Piesche, Susan Arndt (Hg.): Mythen, Masken und Subjekte. Kritische Weißseinsforschung in Deutschland. 2005.
Eske Wollrad: Weißsein im Widerspruch. Feministische Perspektiven auf Rassismus, Kultur und Religion. 2005.

Kritisches Weißsein!?!?

...zu diesem Thema gab und gibt es keine eindeutige :uniLinks!-Perspektive. Auf der einen Seite wird in der Gruppe über die Notwendigkeit diskutiert sich innerhalb der rassistischen Ordnung zu positionieren um Macht- und Herrschaftsverhältnisse sichtbar zu machen, und auf der anderen Seite wird sich mit der (Un)möglichkeit der Dekonstruktion und Essentialisierung dieser Ordnung auseinandergesetzt...

Kein Tach ohne Abschiebung

Aufruf zum bundesweiten Tach ohne Abschiebung am 30.8.08 in Bielefeld und anderswo (2008)



Kein Tach ohne Abschiebung

Alleine aus dem Abschiebeknast Büren (bei Paderborn) heraus werden seit 1994 jährlich 3000-3500 Menschen unter unmenschlichen Bedingungen (z.B. Isohaft, Ausbeutung) abgeschoben. Da der Mensch zur Perfektion, und sei es nur zu der Perfektion Elend zu produzieren, neigt, haben sich die Herrschenden immer neue rassistische Sondergesetze für Flüchtlinge einfallen und legitimieren lassen. So kam es im Mai 1993 zu einer Grundgesetzänderung des Asylrechts. Es wurden dem Artikel 16a Absatz 1 GG weitere Absätze (2-5) hinzugefügt. So z.B. die Drittstaaten- und die sichere Herkunftsstaatenregelung. Die „hohe“ Anerkennungsquote von Asyl von 0,9% (in Deutschland) verdeutlicht die faktische Abschaffung des Asylrechts in besonders abstoßendem Maße. Neben weiteren brutalen Beschneidungen des Menschenrechts gegen betroffene Personen wurde Ende August 2007 die Grundlage für eine europäische Sammelabschiebepolitik geschaffen. Diese nimmt den von baldiger Abschiebung bedrohten Menschen weitere Selbstbestimmungsrechte und „erlaubt“ die Festhaltung der Personen ohne richterlichen Beschluss über unbestimmte Zeit.

ES REICHT!

Deshalb rufen wir und viele verschiedene Gruppen zu einem bundesweiten Tach ohne Abschiebung am 30.08.2008 auf. Beteiligt euch in Bielefeld oder anders wo!

Am 05.07.08 werden ebenfalls tausende Menschen in Berlin auf einer bundesweiten Demonstration „Für ein globales Recht auf Freiheit“ dieses propagieren! (siehe: www.defence.de.be)

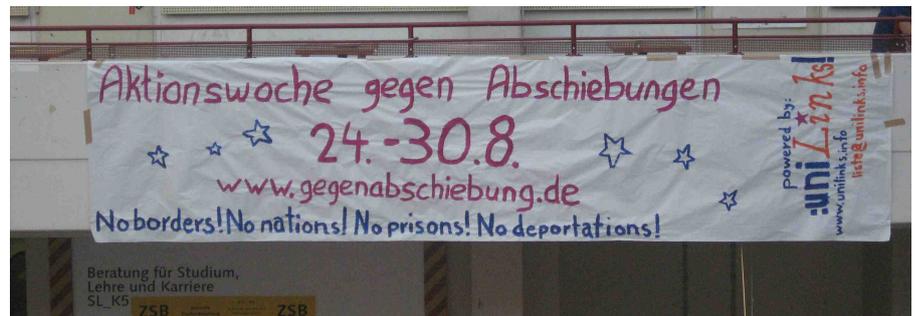
FÜR EINE FREIE MIGRATION IN EINER FREIEN GESELLSCHAFT!

EIN TACH OHNE ABSCHIEBUNG!

Am 30.08.2008 in ganz Deutschland und Österreich. Informiert euch!
Achtet auf Ankündigungen! Siehe: www.abschiebefrei.blogspot.de

MACHEN WIR GEMEINSAM JEDEN TACH ZU EINEM TACH OHNE ABSCHIEBUNG!

Eine Woche gegen Abschiebung (2009)



Um den 30. August zu einem Tag ohne Abschiebung zu machen, fanden letztes Jahr um diesen Gedenktag für die Opfer der rassistischen Migrationspolitik der BRD verschiedene Aktionen statt. Dieses Jahr rufen wir und verschiedene andere Gruppen erneut auf, sich an einer Aktionswoche gegen Abschiebung zu beteiligen.

KEIN TACH OHNE ABSCHIEBUNG

Insgesamt wurden 2008 bundesweit 8400 Abschiebungen durchgeführt; mehr als 3000 davon aus der Haftanstalt Büren (in der Nähe von Paderborn), aus der seit 1994 unter unmenschlichen Bedingungen abgeschoben wird. Durch staatliche Maßnahmen der rassistischen Sondergesetzgebung in der BRD kamen seit 1993 insgesamt mindestens 375 Menschen ums Leben. Seit den 1990er Jahren werden immer neue rassistische Sondergesetze für Flüchtlinge erlassen und legitimiert. So kam es im Dezember 1993 zu einer Grundgesetzänderung des Asylrechts. Es wurde eine Änderung des Artikel 16a vorgenommen, z.B. die Drittstaaten- und die sichere Herkunftsstaatenregelung. Weitere Verschärfungen durch das neue Zuwanderungsgesetz 2005 bedeuten faktisch, dass ein Recht auf Asyl in Deutschland so gut wie nicht besteht. Neben weiteren brutalen Beschneidungen des Menschenrechts gegen betroffene Personen wurde Ende August 2007 die Grundlage für eine europäische Sammelabschiebepolitik geschaffen. Diese nimmt den von baldiger Abschiebung bedrohten Menschen weitere Selbstbestimmungsrechte und „erlaubt“ die Festhaltung der Personen ohne richterlichen Beschluss über unbestimmte Zeit.



ES REICHT!

DESHALB RUFEN WIR UND VIELE VERSCHIEDENE GRUPPEN DIESES JAHR ZU EINER AKTIONSWOCHEN GEGEN ABSCHIEBUNG VOM 24.-30.08.2009 AUF. BETEILIGT EUCH IN BIELEFELD ODER ANDERSWO!

FÜR EINE FREIE MIGRATION IN EINER FREIEN GESELLSCHAFT!

AKTIONSWOCHEN GEGEN ABSCHIEBUNG!

24.08-30.08.2009 in ganz Deutschland. Informiert euch! Achtet auf Ankündigungen!
Siehe: www.gegenabschiebung.de

MACHEN WIR GEMEINSAM JEDE WOCHE ZU EINER WOCHE OHNE ABSCHIEBUNG!



Stellungnahme zum Verhalten von AStA und StuPa in der Debatte um das fclr 2012 (2013)

Stellungnahme zum Verhalten des AStA der Universität Bielefeld in Bezug auf die rassistischen Vorfälle beim festival contre le racisme (fclr) 2012 sowie zur Behandlung des Themas bei der Sitzung des Studierendenparlamentes am 6. Juni 2013

Das fclr ist seit Langem ein wichtiger Ort und ein großartiges Ereignis an der Uni Bielefeld und anderswo. Es ist eine wunderbare Gelegenheit, zu der Menschen zusammenkommen können und sich ohne große Hürden mit Themen auseinandersetzen, Neues lernen und feiern können. Darüber hinaus bietet es Menschen, die sich engagieren und mitorganisieren wollen, eine gute Möglichkeit mit wenig Hürden mitzumachen, ohne Mandat, ohne Wahl, selbstorganisiert und basisdemokratisch. :uniLinks! hat sich immer dafür stark gemacht, dass es weiter existiert und von den Geldern der Studierenden finanziert wird und wird dies auch weiterhin tun. Gerade deshalb sehen wir uns aber auch in der Verantwortung, Vorgänge beim Festival und den Umgang damit kritisch zu begleiten.

Beim fclr 2012 wurden rassistische Begriffe und Schimpfwörter wiederholt genutzt¹. Organisator_innen des Festivals und der AStA der Uni Bielefeld, als unterstützende Institution, wurden wiederholt aufgefordert, öffentlich zu den Vorfällen Stellung zu nehmen. Das fclr 2012 liegt jetzt schon über ein Jahr zurück, doch bis heute blieb eine solche Stellungnahme aus. Deshalb beschritt :uniLinks! den offiziellen Weg und forderte auf einer Sitzung des StuPa eine öffentliche Stellungnahme des AStA. Dabei ging es uns in erster Linie um eine öffentliche Positionierung des momentanen AStA zu den damaligen Ereignissen und (trotz teilweiser personeller Kontinuitäten) weniger um nachträgliche Rechtfertigung, Aufklärung oder Entschuldigung.

Der AStA konnte nach eigenen Angaben keine Stellungnahme abgeben, da er sich nicht verantwortlich fühlte und zu keiner gemeinsamen Meinung kommen konnte. In der StuPa-Sitzung, in der dies besprochen wurde, kam es erneut zur Nennung rassistischer Beleidigungen und in einer beispiellosen Weise wurde die Forderung nach einer Stellungnahme lächerlich gemacht, auf das besondere Interessengebiet einer einzelnen Person reduziert und als übertrieben abgewertet.

Das Nennen rassistischer Begriffe, Wörter, Beleidigungen, Schimpfwörter eines weißen Referenten ist Rassismus – auch wenn es zur Veranschaulichung und gerade, wenn es zur Provokation dienen soll.

Diese Begriffe sind nicht allein Wörter, die früher mal häufiger benutzt wurden und auf die man heute aus Gründen der Etikette verzichtet. Es sind Wörter, mit denen Menschen systematisch beleidigt, erniedrigt, diskriminiert wurden und werden, und die verbunden sind mit Unterdrückung, Ausbeutung, Versklavung und Genozid. Sie sind somit nicht allein abwertende Bezeichnungen für Schwarze, sondern rassistische Konzepte, die Herrschaftsverhältnisse re/produzieren und hegemoniale Positionen absichern. Durch die Weiterverwendung dieser Begriffe wird Rassismus aufrechterhalten und verstärkt. Es taugt dabei nicht als Rechtfertigung, dass diese Begriffe als Wiederaneignung und Selbstbezeichnung durch negativ von Rassismus Betroffene verwendet werden. Schon seit langem fordern Schwarze Menschen und People of Color (PoC), auch und immer wieder in rassismuskritischen Kontexten, dass rassistische Begriffe nicht weiter verwendet werden: Weder in einer StuPa-Sitzung, noch im Radio, und schon gar nicht im Rahmen eines Festivals, das sich selber antirassistisch nennt.

Übereinkünfte dazu, wer wann wie was sagen kann oder nicht, kann man innerhalb einer antirassistischen und rassismuskritischen Debatte unterschiedlich bewerten. Es gibt etwa verschiedene Positionen dazu, ob man etwa „n-wort“ statt einer rassistischen Bezeichnung benutzt. Uns irritiert daher, wenn der Rahmen eines antirassistischen Konsens verlassen wird, statt sich auf sachlich begründbare Positionen zu einem auch aus antirassistischer Perspektive umstrittenen Thema zu beziehen.

Vom Festivalorganisationsteam wurden für das diesjährige Festival Kritik und Vorschläge miteinbezogen und es hat eine Auseinandersetzung mit den Ereignissen des Vorjahres stattgefunden. Da ist es für uns umso verwunderlicher, dass der AStA trotz mehrmaliger Aufforderung und auch nach mehr als einem Jahr immer noch außerstande ist, sich öffentlich zu positionieren. Der AStA ist eine politische Institution und betont selber, dass er keine Serviceeinrichtung ist. Dies ist unseres Erachtens nach auch Konsens der AStA-tragenden StuPa-Listen. Dementsprechend muss er auch in der Lage sein, sich zu Veranstaltungen, auf denen sein Logo prankt, zu verhalten, sich dazu kohärent äußern können und Stellungnahmen abgeben, die von ihm vom beschlussfassenden Organ der verfassten Studierendenschaft gefordert werden. In der StuPa-Sitzung am 6. Juni reagierten Mitglieder des AStA und des StuPa stattdessen mit lächerlich machen, beleidigen und weiteren rassistischen Äußerungen. Das zeigt ein solches Ausmaß an unreflektiertem Verhalten und rassistischen Abwehrstrategien, dass sie sich als Veranstalter_innen, Organisator_innen und Finanzierende eines antirassistischen Festivals disqualifizieren.

Um es abschließend noch einmal

deutlich zu machen: Diese Stellungnahme wurde von :uniLinks! verfasst, nicht von einer einzelnen Person. Und auch die Stellungnahme vom AStA zum Rassismus beim Festival wurde von uns als Gruppe gefordert. :uniLinks! ist eine Hochschulgruppe, in der es pluralistische und sicher auch heterogene Meinungen gibt. Kontroverse auch innerhalb der Gruppe ist uns wichtig. Wenn wir aber mit Positionen an die Öffentlichkeit treten und es eine öffentliche Forderung nach Stellungnahme gibt, dann ist dies eine Gruppenposition und sollte auch als solche verhandelt werden. Dass in der letzten StuPa-Sitzung (und auch schon davor) so getan wurde, als handle es sich um die Forderung, das besondere Interessensgebiet oder den „Spleen“ einer einzelnen Person, spricht Bände. Das Abwerten von diskriminierungskritischen Positionen als Einzelmeinung, „ein bisschen übertrieben“ und „verrückt“ hat eine lange rassistische Tradition.

¹ Die Ereignisse sind hier nur kurz dargestellt. Eine genauere Darstellung findet sich etwa auf dem Blog des Ak Rassismuskritik (<https://akrassismuskritik.wordpress.com>).



Antifaschismus & Antisemitismuskritik

Uni-Ehrenbürgerschaft für Rudolf Oetker? (2001)

...Was soll das?

Im Jahr 2001 plante das Rektorat an der Uni Bielefeld unter Dieter Timmermann, dem für seine unkritische Haltung zur NS-Vergangenheit seiner Familie und seines Unternehmens bekannten Rudolf August Oetker (1916 - 2007) die so genannte Universitätsehrenbürgerschaft zu verleihen.

Wie Ihr sicherlich der Neuen Westfälischen entnommen habt, plant die Universitätsleitung, Rudolf August Oetker die Ehrenbürgerschaft der Universität an zutragen. Dies ist die höchste Würdigung, die unsere Universität verleihen kann.

WIR FRAGEN:

Wie kann eine Universität eine Person ehren, die ein derart unkritisches Verhältnis zur Nazi-vergangenheit ihres Stiefvaters in der Öffentlichkeit vertritt?

Richard Kaselowsky, der Stiefvater Rudolf Oetkers, war Mitglied des "Freundeskreis Reichsführer SS Heinrich Himmler" und hat mit engagierter finanzieller Förderung die Ziele der SS unterstützt.

Trotzdem benannte Rudolf Oetker die von ihm gestiftete Bielefelder Kunsthalle nach seinem Stiefvater und ehrte ihn dort mit einer Gedenktafel als Opfer des Krieges ohne auf seine Verstrickungen in das NS-Regime hinzuweisen. Der renommierte Sozialhistoriker Prof. Dr. Hans-Ulrich Wehler hat im Zuge der Auseinandersetzungen um jenes Richard-Kaselowsky-Haus wiederholt deutlich gemacht, was für ein politischer Skandal die öffentliche Ehrung eines solchen Mannes darstellt, unabhängig von der persönlichen Nähe und Dankbarkeit, die Oetker seinem Stiefvater

gegenüber empfunden haben mag. Auf massives Drängen einer überregionalen Öffentlichkeit hin wurde der Name des Museums Ende der 90er Jahre auf "Kunsthalle Bielefeld" gekürzt. Die Oetkerfamilie zog daraufhin ihre Kunstsammlung aus dem Hause zurück.

Anfang diesen Jahres konnte sich die Schwiegertochter Rudolf August Oetkers bei den Bielefelder Ratsfraktionen damit durchsetzen, eine Straße in "Kaselowsky-Straße" umzubenennen. Die ARD berichtete verständnislos über die Motivation der kommunalen ParlamentarierInnen.

WIR FRAGEN:

Wie kann die Universität einen Mann ehren, der sich im Hinblick auf die Nazi-vergangenheit seiner Familie damit hervorgetan hat, in öffentlich exponierter Stellung Verantwortung herab zu spielen und Zusammenhänge zu bagatellisieren?

Wie kann eine Universität durch eine solche Ehrung diesen Umgang mit Geschichte indirekt gutheißen?

Warum diskreditiert sich jemand, der einem Nazi-Verbrecher ein Denkmal setzt, nicht automatisch für die Erlangung universitärer (und anderer) Ehrenwürden?

Das Rektorat argumentiert mit den großen Verdiensten Oetkers für die Universität.

Richtig ist: Oetker hat sich dafür eingesetzt, dass die Universität überhaupt nach Bielefeld kam. Er war der Hochschule als Vorstandsvorsitzender der Universitätsgesellschaft zunächst auch aktiv verbunden. Diese guten Beziehungen erfuhren dann aber merkliche Kühlung als Rudolf August Oetker im Kontext der Entführung seines Sohnes 1976 in Zeitungsinserten die Todesstrafe für den Entführer forderte. Dies ging der juristischen Fakultät entschieden zu weit und auch der

Senat äußerte sich seinerzeit kritisch hierzu. Auf Nachfrage erklärte Rektor Timmermann übrigens, er sei nicht darüber informiert, ob die Todesstrafenforderung jemals zurückgezogen worden sei.

Seit dieser Geschichte beschränkte sich das Engagement Rudolf August Oetkers auf die Ausübung des Schatzmeisteramtes in der Universitätsgesellschaft. Ende der 80er zog er sich ganz zurück.



Uns scheint: Erst jetzt in Zeiten finanzieller Schwierigkeiten der Universität wird diese Beziehung von der Universitätsleitung neu entdeckt und bewertet.

Die Universitätsleitung bestreitet diesen Zusammenhang in der Öffentlichkeit. Gleichzeitig ließ sie aber verlauten, diese Ehrung solle ein Signal für die ganze Wirtschaftsregion sein.

WIR FRAGEN:

Soll die Verleihung der höchsten universitären Ehrenbekundung dazu dienen, neue potentielle Finanzierungsquellen zu erschließen?

Ist Rudolf August Oetker tatsächlich der geeignete Mann für eine Ehrenbürgerschaft der Universität?

Darf eine Universität bei der Ehrung einer Person trennen zwischen dessen Verdiensten für die Universität und seiner politischen Haltung?

Unterstützt von AStA, Antifa-AG, IA Frauen-Lesben-Referat, Schwulen-Referat, Liste Super-schwul und der ghg*ol

...was daraus wurde...

tatsächlich konnte :uniLinks! das Vorhaben damals gemeinsam mit einigen autonomen Referaten sowie einigen anderen Stupa-Listen skandalisieren, was letztlich dazu beitrug, die Umsetzung des Planes zu verhindern. :uniLinks! wollte (und will) eine klammheimliche Freude darüber nicht verhehlen.

Antifaschistische Politik stärken! (2001)

Hintergrund

Im Oktober 2000 gab es einen Brandanschlag auf eine Synagoge in Düsseldorf. Der Anschlag hat weltweit für Aufsehen gesorgt. Rechte Gewalt und Antisemitismus waren wieder Thema in den Medien.

Um jenseits kurzfristiger medialer Aufmerksamkeit an der Uni antifaschistische Arbeit dauerhaft zu sichern und zu institutionalisieren, gab es im Jahr 2001 die Initiative, die Antifa AG – ähnlich wie die autonomen Referate an der Uni – mit einem festen Budget auszustatten, so dass der jährliche Haushalt unabhängig von wechselnden AStA-Mehrheiten gesichert wäre. Dieses Vorhaben ist bei der Abstimmung im Rahmen einer Vollversammlung der Studierenden knapp gescheitert.

Das Sommerloch des letzten Jahres 2000 brachte es auf die Tagesordnung: Rechtsextremismus ist kein Einzelfall, sondern ein gesellschaftliches Problem.

Zwar berichten seitdem die Medien deutlich intensiver über Entwicklungen und Ereignisse am "rechten Rand" und die Politik handelt einigermaßen entschlossen gegen Organisationsformen rechter Gruppen. Doch noch am letzten Dienstag zeichnete Paul Spiegel, Vorsitzender des Zentralrats der Juden, vor dem gut gefülltem Bielefelder AudiMax ein deutliches Bild der Problematik: Die Politik spiele Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft herunter, in den staatlichen Institutionen wie Polizei, Justiz oder Bundeswehr sei durch strukturelle Probleme rechtsextremes Gedankengut immer stärker präsent. Für die Unis und FHs untermauerte Wilhelm Heitmeyer diese Erkenntnis: Höhere Bildungsgrade schützten nicht vor rassistischen Denkmustern. 40% der Studierenden seien latent oder dezidiert fremdenfeindlich. Die Eckwerte politischer Entwicklung unter Studierenden fielen erschreckend aus: Die Sensibilisierung gegenüber sozialer Ungleichheit nehme ebenso ab wie das politische Selbstverständnis, Wettbewerb sei immer mehr die entscheidende Kategorie und nationalkonservative Politikvorstellungen nähmen zu. Es sei Zeit – so Heitmeyer – sich dieser Entwicklung entgegen zu stellen.

Seit etwa 4 Jahren arbeitet hier an der Uni die Antifa-AG. Mit Projekten und Informationsveranstaltungen, mit Diskussionen und Workshops engagieren sich ihre Mitglieder gegen Rassismus und Sexismus in Uni und Gesellschaft. Seit einiger Zeit wächst die Gruppe und mit ihr die Pläne für antifaschistische Arbeit.

Wir möchten dies mit einer zweckgebundenen Zuweisung von 33 Cent pro Studierender/m unterstützen und brauchen dafür Eure Stimmen in der Vollversammlung.

VOLLVERSAMMLUNG
DIENSTAG, 03.07.01
12.00 S.T. IN H1

Rede zur Vollversammlung aller Studierenden (2001)

1. EINLEITUNG

Wir kommen jetzt zum dritten und für heute letzten Antrag. Ich würde mich freuen wenn Ihr mir dafür noch einmal Eure Aufmerksamkeit schenken würdet: Es geht diesmal auch nicht um eine Gebührenerhöhung sondern wir wollen eine Regelung mit Euren Stimmen verbindlich festschreiben, die sich seit Jahren bewährt hat. Bevor ich das genauer erkläre, möchte ich mich kurz vorstellen: Ich bin Susann, Mitglied des Studierendenparlaments und spreche hier heute für die Hochschulgruppe :uniLinks!

Hintergrund

Bei der Vollversammlung im Jahr 2001 ging es aber nicht nur darum, dass die Antifa AG jährlich einen festen Betrag für ihr Budget erhalten soll. Auch für die autonomen Referate wurde diese Regelung bei der besagten VV bis heute festgeschrieben.

2. SACHLAGE

Unser Anliegen bezieht sich auf die Autonomen Referate. Ihr habt sicher schon mal ihre Räume gesehen: oben auf der Galerie in der Unihalle, über der Post. Es gibt insgesamt 3 autonome Referate den ASR = den Ausländer- und Ausländerinnen-Sprecherrat das IAFLR = das internationale autonome FrauenLesben-Referat das SchwuR = das Schwulenreferat d.h. bei den autonomen Referaten handelt es sich also (im Unterschied z.B. zur Antifa-AG, die themenbezogenen arbeitet) um Vertretungen spezifischer Gruppen innerhalb der Studierendenschaft. Einmal im Jahr finden eigene Vollversammlungen statt, auf denen ein Referent oder eine Referentin gewählt wird. Die autonomen Referate sind eine bewusste Parallelstruktur zum Studierendenparlament,

wo diese Gruppen und Interessen traditionell unterrepräsentiert sind.

autonom heißt in diesem Fall konkret, dass die Referate eigenverantwortlich entscheiden, wofür sie ihre Gelder ausgeben. Rechenschaftspflichtig sind sie ihren Vollversammlungen und einmal im Jahr dem Studierendenparlament, sie müssen aber nicht jede Veranstaltung vom AStA bewilligen lassen. Autonom heißt auch, dass die Referate vom AStA nicht abgeschafft werden können, hierzu bedarf es einer 2/3 Mehrheit im Studierendenparlament. Der Grundgedanke der autonomen Referate (als sie eingerichtet wurden) war und ist, sie möglichst unabhängig zum machen von der politischen Ausrichtung der ASten, die jährlich wechseln und damit Kontinuität zu gewährleisten in der Interessenvertretung der jeweiligen studentischen Gruppe.

Es gibt aber eine Lücke und deswegen stehen wir heute hier: ein AStA kann die Autonomen Referate zwar nicht abschaffen, aber er kann ihre Arbeit de facto blockieren, indem er ihren Etat senkt oder gar auf Null setzt. Diese Lücke wollen wir heute schließen: indem wir die Gelder, die die Autonomen Referate seit Jahren erhalten, in genau der Höhe verbindlich festschreiben (das ist bisher nicht der Fall)

Dadurch wäre die Arbeit der Autonomen Referate auch finanziell gesichert. Das steht dann so in der Gebührenordnung, und kann auch nur wieder mit einer 2/3 Mehrheit wieder geändert werden. d.h. es bleibt natürlich reversibel, sichert aber gleichzeitig eine bewährte Praxis bestmöglich ab.

3. WIE GENAU SIEHT DIESE BEWÄHRTE PRAXIS ÜBERHAUPT AUS:

In den letzten Jahren haben alle drei Autonomen Referate jährlich 45.000 DM

bekommen. Das entspricht jeweils 8% des Gesamtetats der Studierendenschaft (nach Abzug des Semestertickets). Dieses Geld wird jedes Jahr wieder investiert in ein breites Programm, in: Bildungs- und Kulturveranstaltungen, Aufklärungs- und Informationsarbeit, Workshops, Vortragsreihen, Diskussionsveranstaltungen. u.v.a.m.

Konkrete Beispiele sind z.B.

die jährlich stattfindenden Schwulen Hochschultage, die Ausstellungen zu den Mädchen- bzw. Frauenkonzentrationslagern in Ravensbrück und der Uckermark, die sowohl hier in der Uni als auch der Stadt gezeigt wurden.

dann bieten die Referate in ihren Räumen auch eigene ausgewählte Bibliotheken an, der ASR unterhält z.B. ein Lesecafé mit ausländischen Zeitschriften und ausleihbaren Büchern.

Insgesamt war die Arbeit der Autonomen Referate in den vergangenen Jahren immer sehr vielseitig, breit angelegt und hat die Hochschule extrem bereichert.

4. WAS GENAU WOLLEN WIR JETZT FESTSCHREIBEN?

Wie gesagt haben die Referate in den letzten Jahren immer jeweils 45.000 DM erhalten. Diese nominelle Summe wollen wir so aber nicht festschreiben, sondern wir haben umgerechnet, wieviel das pro Studentin /Student ist. Dadurch bleibt die Gesamtsumme flexibel, wenn die Studierendenzahlen sinken oder steigen und damit auch die Einnahmen. Umgerechnet 61 Cent/ Studi sind es, die bisher jedem der Autonomen Referate zur Verfügung gestellt wurden.

Dies ist der Anteil, den wir in der Gebührenordnung festschreiben wollen, dann können die Autonomen Referate nicht nur nicht abgeschafft werden, sondern ihnen kann auch

nur noch schwerlich der Geldhahn zugedreht werden. Und das ist wichtig für ihre Autonomie und Kontinuität!



5. ZUSAMMENFASSUNG

Auf die Gefahr hin, mich übermäßig zu wiederholen, dennoch eine kurze Zusammenfassung bevor Nachfragen gestellt werden können:

Uns geht es nicht um eine Beitragserhöhung für die Studierenden, die autonomen Referate sollen in Zukunft nicht mehr Geld erhalten als bisher

sondern das Geld, das sie jährlich bekommen, soll ihnen gesichert zur Verfügung stehen. Dazu wollen wir in der Gebührenordnung jeweils 61 Cents/Studi für die Autonomen Referate zweckgebunden festschreiben.

Entsprechend lautet dann auch die Abstimmungsfrage:

Bist Du dafür, dass die Arbeit der Autonomen Referate dauerhaft gesichert wird, indem für sie in der Beitragsordnung ein Betrag von jeweils 61 Cents/Studi zweckgebunden festgeschrieben wird, den sie dann jährlich zugewiesen bekommen?

Das zur Sachlage, habt Ihr Nachfragen?

Heft zur Qual: Gegen den neuen rechten Konsens

Ein Rundumschlag (2003)

Prolog: 15% der StudentInnen an Hessens Hochschulen haben einer wissenschaftlichen Untersuchung zufolge festgefügte rechtsautoritäre Einstellungen.¹ Es ist wohl kaum anzunehmen, dass dies in NRW oder speziell in Bielefeld großartig anders ist.

WIE IST DAS ZU ERKLÄREN?

Zunächst scheint sich die neoliberale Ideologie, die den unbedingten Konkurrenzkampf als Motor der Entwicklung predigt, im politischen Bewusstsein der Studierenden niederzuschlagen.

So vermuten SozialwissenschaftlerInnen des Frankfurter Instituts für Sozialforschung im Hinblick auf das Bewusstsein von StudentInnen, dass aufgrund des immer stärker werdenden Leistungsdrucks eine »wenig konkurrenzorientierte linksliberale Einstellung als ein unerträglich widersprüchliches Lebensstilelement empfunden wird, das zudem als ein bloßer Konformismus gegenüber den Lehrenden gedeutet wird, die

**aber hier leben,
nein danke**

Stupa-Wahl 6.-10.7. / Liste 6 / Wahlbündnis EmRaLi

als Verfechter der Werte von '68 gelten. Demgegenüber würde sich die neurechte Ideologie als ultrarealistische Leistungs-ideologie anbieten, die es erlaubt, Konkurrenten institutionell nachhaltig auszuschließen, und gleichwohl das Gefühl nicht nur aufrecht erhält, sondern sogar noch verstärkt, nonkonformistisch gegen bestehende Lebensverhältnisse zu handeln«².

Damit einher gehend lässt sich seit Beginn der 90er Jahre auch eine schleichende Restauration

rechten Denkens in der sog. Politischen Mitte feststellen. "Da ist von der Rückkehr in die Geschichte die Rede oder von Deutschland als der Zentralmacht in Europa, und "Rasse", Reich, Volk und Nation werden wieder zu ganz normalen Letztbegründungsbegriffen erhoben"³.

Dieser Prozess passt gut in die kulturrevolutionäre Strategie der Neuen Rechten, an der Universität Eliten zu schaffen, um ihre befreiungsnationalistischen Ansätze in die Uni zu tragen. Neoliberalismus und rechter öffentlicher Diskurs bieten der extremen Rechten nicht nur die Möglichkeit, sich auf allgemein anerkanntes Gedankengut zu stützen, sondern sie lassen auch die Verknüpfung mit vielen traditionellen Grundmustern rechtsextremen Denkens zu, so beispielsweise »Auslese der Stärkeren, kulturell determinierter Rassismus, Leistungsethos, Gewerkschafts- und Demokratiefeindlichkeit, Autoritarismus,...«⁴.

Fast schon prädestiniert für die Strategie der Neuen Rechten sind die Burschenschaften mit ihren elitären, chauvinistischen und anti-demokratischen Wertvorstellungen. Den Studentenverbindungen fiel eine maßgebliche Rolle bezüglich der Verbreitung der nationalsozialistischen Machtergreifung an den Hochschulen zu⁵.

Die Burschenschaften und Verbindungen, die sich heute in der Grauzone von Rechtskonservatismus und Rechtsextremismus bewegen, bieten den neurechten Theoretikern die Chance, rechtsextreme Positionen zu intellektualisieren und neue (studentische) Kameraden zu rekrutieren. Wenn eine Bielefelder Burschenschaft einen der

:uniLinks!

bedeutendsten Vertreter der Neuen Rechten, Horst Mahler, der mit den sog. »Bielefelder Thesen« übelste Demagogie betreibt, ein Forum bietet, spricht das eindeutig für diesen Trend.

AUCH IN DIE WISSENSCHAFTLICHEN DISKURSE DRINGT DAS NEUE RECHTE DENKEN EIN.

So wurde z.B. die sog. »Bioethik- Konvention« des Europarats, die zum einen medizinische Menschenversuche an mutmaßlich nicht einwilligungsfähigen Personen und zum anderen Organentnahme auch entgegen einen vorher erklärten Willen ermöglicht, auch von Forschungseinrichtungen und Lehrenden gefördert, um Forschungshindernisse zu beseitigen. Ethische Fragen werden zunehmend den Interessen der wissenschaftlichen Forschung und des kapitalistischen Marktes untergeordnet, was zu einer Einteilung in »wertes« und »unwertes« Menschenleben führt. Hier müssen das der Forschung und der Wirtschaft zugrunde liegende Menschenbild hinterfragt und die geistige Kontinuität zum Nationalsozialismus aufgezeigt werden.

Wen kann es bei all dem noch verwundern, dass auch die neonazistische Szene in OWL neuen Aufwind verspürt und sich seit Jahren – bis vor kurzem weitgehend ungestört – allwöchentlich Neonazis in der Gaststätte »Der Postmeister« am Kesselbrink treffen können. Dort – und von dort aus – werden, ganz in der Tradition der SA-Sturmlokale in der Weimarer Republik, Informationen ausgetauscht, neue Anhänger angeworben und Angriffe auf fremd oder links aussehende Personen gestartet.

EPILOG

Angesichts dieser Realitäten unterstützen wir

ausdrücklich die Beibehaltung der Antifa-AG im derzeitigen AStA, die versucht, dem neoliberalen Zeitgeist und den rechten Aktivitäten in der Uni und anderswo entgegenzuwirken. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur politischen Meinungsbildung der Studierenden.

**NIE VERGEBEN!
NIE VERGESSEN!**

¹ Handbuch deutscher Rechtsextremismus. Mecklenburg, Jens (Hrsg.). Berlin 1996, S.879

² Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Studien zur aktuellen Entwicklung. Institut für Sozialforschung (Hrsg.) Frankfurt a.M./New York 1994, S.88f.

³ Die Restauration rechten Denkens. Jäger, Margret/ Jäger, Siegfried. In: Forschungsinstitut der Internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik, Berichte November 1999

⁴ Neoliberalismus und die extreme Rechte. Schui, Herbert u.a., München 1997.

⁵ Handbuch deutscher Rechtsextremismus, a.a.O., S.866

Heft zur Qual: Schwerverdauliches aus den letzten Monaten

Oder: Die Uni in drei Gängen (2004)

Ne tolle Uni, an der wir studieren dürfen. Sie hat nicht nur ein wundervolles Logo, sondern noch viel mehr Schmackhaftes zu bieten.

VORSPEISE: EIN ANTISEMITISCHER BIBLIOTHEKAR

Dazu gehört ein Bibliothekar, Johannes Rogalla von Bieberstein, der in einem pseudowissenschaftlichen Buch vorgeblich den Mythos des "jüdischen Bolschewismus" untersuchend so ganz nebenbei den Holocaust relativiert und dabei noch suggeriert, die Juden seien – vorsichtig formuliert – an ihrer Vernichtung selbst nicht ganz unschuldig.

Wenn mensch sich dies einmal auf der Zunge zergehen lässt, entsteht zumindest ein schaler Beigeschmack. Es müssen wohl alle Geschmacksnerven abgestorben sein, wenn das nicht als antisemitisch erkannt wird.

Hintergrund

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann hält am 3. Oktober 2003 in seinem Wahlkreis eine antisemitische Rede. In dieser folgt er antisemitischen Verschwörungstheorien und relativiert den Holocaust. Es stellt sich heraus, dass er sich auf ein Buch bezieht, das von Johannes Rogalla von Bieberstein, einem Bibliothekar an der Uni Bielefeld, geschrieben wurde.

HAUPTGANG: EIN UMS IMAGE BESORGTES REKTORAT...

Doch das Rektorat leidet scheinbar unter akuter Geschmacksverirrung. Hätte mensch eigentlich eine Stellungnahme erwartet, in der die Schrift Biebersteins als das bezeichnet würde, was sie ist, und in der das Rektorat sich eindeutig von den pseudowissenschaftlichen "Erkenntnissen" desselben distanziert, folgt

etwas ganz anderes.

Antifa-AG und AStA, denen Biebersteins Thesen bitter aufstoßen und die ihn deswegen am liebsten auf dem Kompost entsorgen möchten, werden zu einem informellen Gespräch gebeten. Darin wird ihnen nahe gelegt, das Thema ganz schnell zu begraben, damit die Uni aus den Schlagzeilen kommt und keinen Image-Schaden erleidet.

Es droht sich der Magen mittlerweile so langsam umzudrehen.

NACHTISCH: EINE GESCHICHTSVERGESSENE AUSSTELLUNG

Doch nicht genug. Im März findet in der Uni-Bibliothek eine Ausstellung über "Künstler-ehepaare aus dem Umfeld der Münchner Debschitz-Schule" statt. Mit dabei: Kriegerdenkmäler des "Künstlers" Walter von Ruckteschell, die 1925/26 für die Bielefelder Nikolaikirche geschaffen wurden. Diese sind inspiriert vom Kolonialkrieg in Ostafrika und stellen diesen als heroisches Unternehmen der deutschen Kolonialtruppen dar.

Aber davon und vom Tod von über einer halben Million AfrikanerInnen im Kolonialkrieg findet sich in der Ausstellung kein Wort. Stattdessen wird die Debschitz-Schule als Vorläufer des Bauhaus gefeiert. Die Verbrechen der Deutschen Kolonialzeit und die Verdrängung und Verklärung derselben, wie sie in den Werken Ruckteschells vollzogen wird, bleiben vollständig ausgeklammert. Einfach nur geschmacklos?

Zum Schluss bleibt noch eins zu sagen:

GUTEN APPETIT!

Grenzübergreifende Solidarität & Internationalismus

Zwischen Rebellion und Utopie

Infoveranstaltung über die Aufstände in Oaxaca/Mexico mit Andres del Campo (Januar 2008)

Oaxaca ist einer der ärmsten Bundesstaaten im Süden von Mexiko. Im Sommer 2006 formierte sich dort aufgrund von wirtschaftlicher Not, sozialen Problemen und politischer Korruption die größte außerparlamentarische BürgerInnenbewegung Mexikos. Die BürgerInnen übernahmen die Hauptstadt Oaxacas und besetzten Parlament, Regierungssitz und den Obersten Gerichtshof. Sie gründeten die Asamblea Popular del Pueblo de Oaxaca (APPO), eine Volksversammlung für die Alltagsorganisation in der bürgerbesetzten Stadt. Sie setzt sich für eine Demokratisierung Mexikos, eine neue Verfassung, das Ende der neoliberalen Politik des Präsidenten Felipe Calderons sowie den Rücktritt von Gouverneur Ulisses Ruiz ein. Nachts entstanden mehr als 1.500 Barrikaden in der gesamten Stadt, um sich vor militärischen Angriffen zu schützen. Die Regierung reagierte mit einer Repressionswelle. Mitglieder der BürgerInnenbewegung wurden misshandelt, verschleppt oder wegen ihnen fälschlich angelasteter Straftaten eingesperrt. Mehr als 25 Personen wurden getötet. Auch 2008 hat sich an den gesellschaftlichen Problemen nichts geändert. Ruiz ist weiterhin im Amt, die BürgerInnenbewegung wird von Regierungsseite kriminalisiert, und noch immer gibt es Verhaftungen und Einschüchterungsversuche. Die Menschenrechtsverletzungen und Gewaltakte seitens der Regierung Oaxacas werden derzeit noch vor der Interamerikanischen Kommission in Washington und dem Obersten Mexikanischen Gerichtshof verhandelt.

Andres del Campo ist Menschenrechtsanwalt, hat den Konflikt in Oaxaca während der gesamten Zeit begleitet und war maßgeblich an den Verhandlungen um die Freilassung der Gefangenen beteiligt. Außerdem betreut er die Campesino Genossenschaft in Huixcolotla, die seit vielen Jahren versucht, sich den neoliberalen Veränderungen des Marktes entgegenzustellen. Begleitet wird Andres von Uta Roßberg, Historikerin und Journalistin, die den Konflikt in Oaxaca miterlebt hat. Uta war als Kamerafrau an dem u.g. Film beteiligt.

Ausschnitte aus dem Film „Zwischen Rebellion und Utopie“ (Miriam Fischer) geben einen kurzen geschichtlichen Überblick über die Ereignisse, danach wird Andres über seine Erfahrungen berichten.

DONNERSTAG, 31. JANUAR 2008 18H H 5 UNI BIELEFELD

Grenzübergreifende Solidarität - für einen neuen "Internationalismus"!?

:uniLinks! ist der Ansicht, dass die Anliegen einer radikalen Linken letztlich nur global zu verwirklichen sind und es außerdem auch schon jetzt und hier sehr viel Sinn macht, dass wir uns grenzübergreifend vernetzen, um unsere politischen und auch persönlichen Perspektiven zu erweitern und uns immer wieder von andernorts irritieren zu lassen. Eine notwendige transnationale Solidarität und Organisation von unten sollte dabei unserer Ansicht die Fehler des "alten" Internationalismus der 60er bis 80er Jahre in der deutschsprachigen Linken reflektieren und vermeiden. "Nationale Befreiung" und "Antiimperialismus" können aus unserer Sicht (auch im globalen Süden) keine Antworten mehr liefern, auch wenn nach wie vor weltweite Ausbeutung, Kriege und postkolonial-rassistisch geprägte Nord-Südverhältnisse die globale Situation kennzeichnen.

:uniLinks! hat über die Jahre punktuell immer mal wieder Veranstaltungen und Solidaritätsaktionen bezüglich Kämpfen im globalen Süden organisiert.

La lucha sigue

Eine Veranstaltung über Gewerkschaftsarbeit und die soziale Bewegung in Panamá mit Andres del Campo (Juli 2009)

FILMVORFÜHRUNG * VORTRAG * DISKUSSION * LIVE-SCHALTUNG NACH PANAMÁ

Am 12. Februar 2008 wurde in Colon, Panama, der 28-jährige Bauarbeiter und Gewerkschaftsaktivist Al Iromi Smith von der Polizei erschossen, als er einen ebenfalls angeschossenen Kollegen nach einem Protest ins Krankenhaus bringen wollte. Sein Tod sorgte für einen Aufschrei und tagelange Proteste im ganzen Land. Der Film rekonstruiert die Ereignisse um seine Ermordung, lässt Zeugen und Angehörige zu Wort kommen, zeigt aber auch die Person Iromi und seinen Kampf für soziale Gerechtigkeit, den er als Aktivist der Bauarbeitergewerkschaft Suntracs, als Student und in seiner Gemeinschaft führte.

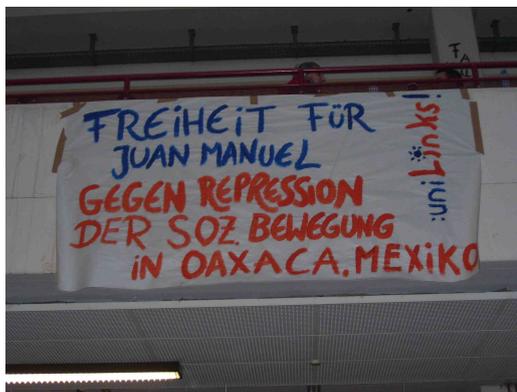
Regie: Miriam Fischer und Andres Del Campo; spanisch mit deutschen Untertitel / Panama 2008

Viele EinwohnerInnen des kleinen mittelamerikanischen Landes Panamá haben mit schwierigen Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Die Internationale Arbeitsorganisation ILO beobachtet besonders die Situation bei den Konstruktionsarbeiten des Panama Kanals und prangert fehlende Arbeitsrechte an. Die Bauarbeitergewerkschaft SUNCTRACS (Sindicato Único de Trabajadores de la Construcción) kämpft gegen mangelnde Sicherheitsvorkehrungen und Gesundheitsbestimmungen im Bausektor an. Ihre Mitglieder werden sowohl von der Regierung, als auch von den „gelben“ Pseudo-Gewerkschaften der Unternehmen unter Druck gesetzt. Die Repression forderte bisher drei Menschenleben und viele politische Gefangene. SUNTRACS ist Teil der Struktur von Frenadeso, der stärksten und kämpferischsten sozialen Bewegung in Panamá, die LehrerInnen, BäuerInnen, Studierende, Indigene, GewerkschaftlerInnen und FeministInnen vereint. Die Medienplattform der Bewegung, Frenadeso Noticias, trägt mit Artikeln, Videos und Radiobeiträgen dazu bei, die Bevölkerung Panamás über die sozio-politische Situation in ihrem Land zu informieren. Besonders das Medium Video wird auch gezielt als Mittel genutzt um Menschenrechtsverletzungen öffentlich zu machen und anzuprangern.

Andres del Campo ist Aktivist und Menschenrechtsanwalt aus Mexiko und war dort u. a. während des Aufstands 2006 an der Freilassung politischer Gefangener beteiligt. Seit einem Jahr arbeitet er für Frenadeso Noticias. Er wird seinen Film präsentieren und über seine Erfahrungen als Medienschaffender innerhalb der Bewegung berichten.

Do 2. JULI 2009 UM 19H IN RAUM D2 -136; UNI BIELEFELD

EINE VERANSTALTUNG VON :UNILINKS! UND DER NATURFREUNDEJUGEND TBW



27. 04. 2010: Tödlicher Angriff auf internationale Menschenrechtskarawane.
:uniLinks! gedenkt der Opfer paramilitärischer Gewalt in Oaxaca/Mexiko vor einem Jahr

Heute vor einem Jahr attackierten Paramilitärs in der Triqui Region in Oaxaca, einem Bundesstaat im Süden Mexikos eine internationale Solidaritäts-Menschenrechtskarawane – mit tödlichem Ausgang. Im Kugelhagel starben die beiden Menschenrechtsaktivisten Bety Cariño und Jyri Jaakola. Mehrere Menschen galten mehrere Tage lang als verschwunden. Die Karawane war auf dem Weg nach San Juan Copala, einem durch paramilitärische Gruppen von der Außenwelt abgeschnittenen Dorf, das sich 2007 als autonom von der mexikanischen Regierung erklärt hatte. Seit 2009 war das Dorf von Paramilitärs belagert und beschossen worden, die Menschen mussten ohne Elektrizität und Wasser auskommen; die Schule war geschlossen, sprich: ein „normales Leben“ war dort nicht möglich. Die aus mexikanischen AktivistInnen und internationalen BeobachterInnen sowie JournalistInnen bestehende Karawane machte sich aufgrund einer Einladung von DorfbewohnerInnen auf den Weg, um auf internationaler Ebene auf die Menschenrechtsverletzungen hinzuweisen und um ihre Solidarität mit dem Autonomieprojekt zum Ausdruck zu bringen. Auch eine Bielefelder Studentin nahm an der Menschenrechtskarawane teil, sie konnte mit einem Streifschuss am Rücken entkommen.

Seit Jahren herrscht politische Gewalt in der indigenen Region Triqui. Die Situation ist sehr komplex und zum Teil auf Ausbeutungs- und Unterdrückungssituationen während der Kolonialzeit zurückzuführen, zum Teil aber auch auf aktuelle parteipolitische Machtkämpfe. Auf der einen Seite versucht die PRI, die bis letztes Jahr jahrzehntelang Regierungspartei in Oaxaca war, ihren politischen Einfluss in der Region geltend zu machen; auf der anderen Seite gibt es Gruppierungen, die nichts für Parteipolitik übrig haben und sich im Januar 2007 für autonom erklärt haben.

Dieser Versuch, Autonomie zu realisieren wird jedoch durch paramilitärische Gruppierungen, die unter dem Einfluss der PRI stehen, gewaltsam bekämpft. Vor allem zwei Organisationen spielen hierbei eine zentrale Rolle: Einerseits das Movimiento de la Unificación de la Lucha Triqui MULT (Bewegung zur Vereinigung des Kampfes der Triqui) andererseits die Unión de Bienestar Social de la Región Triqui UBISORT (Vereinigung für das Gemeinwohl der Region Triqui), welche ebenfalls gewaltsam in den Konflikt interveniert. Von dem Movimiento de Unificación Triqui MULT spaltete sich zudem 2006 eine „unabhängige“ Bewegung ab, die so genannte MULT-I. Alle drei Gruppierungen besitzen großkalibrige Waffen und setzen diese gegen die Dorfbevölkerung sowie auch gegeneinander ein. So sind seit 2009 mindestens 30 Menschen getötet worden. Im September 2010 stürmten schließlich Paramilitärs der UBISORT die Gemeinde Copala und vertrieben die BewohnerInnen.

Trotz massiver nationaler und internationaler Protestaktionen und obwohl die Namen vieler Paramilitärs öffentlich bekannt sind, bleiben der Mord an Bety und Jyri auch ein Jahr nach dem Angriff genauso unbestraft, wie die vielen weiteren Morde, die nie eine große Öffentlichkeit erreicht haben. Heute wollen wir an Jyri, Bety und alle Todesopfer aus San Juan Copala denken. Danke für euren unermüdlichen Einsatz für soziale Kämpfe!!

IN UNSEREN HERZEN LEBT IHR WEITER!

*SCHLUSS MIT DER STRAFOSIGKEIT !

*SOLIDARITÄT MIT SOZIALEN KÄMPFEN WELTWEIT!

*UNTERSUCHUNG DES FALLS DURCH DIE MEXIKANISCHEN BEHÖRDEN UND BESTRAFUNG DER TÄTERINNEN!

FALLS IHR EUCH WEITER INFORMIEREN WOLLT:

*[HTTP://WWW.YOUTUBE.COM/WATCH?V=ZZZ-](http://www.youtube.com/watch?v=zZZ-POizW64)

[POIZW64*HTTP://WWW.NPLA.DE/DE/SUCHE/COPALA/%252F?ORDERING=&SEARCHPHRASE=ALL](http://www.npla.de/de/suche/copala/%252F?ORDERING=&SEARCHPHRASE=ALL)

Veranstaltungstipp: Do, 19.5. 20h (Welthaus) - Vortrag: San Juan Copala, Oaxaca, Mexiko: der politische Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen // mit zwei MenschenrechtsaktivistInnen aus Oaxaca



ALTER HAUDEGEN
:UNILINKS!
...LINKSRADIKALE
HOCHSCHULGRUPPE
SEIT 1999

Info- und Mobilisierungsveranstaltung zum Bundeskongress Internationalismus (BUKO) (April 2012)

* * * IN-TER-NA-TIO-NA-LIS-MUS * * *

Neue Aufstände weltweit – Jugendrevolten und die Occupy-Bewegungen in Europa und den USA, Aufstände und Regierungsstürze in weiten Teilen der arabischen Welt, Emanzipationsbewegungen in Lateinamerika. Eine Verknüpfung von mehreren Krisenprozessen erschüttert die kapitalistisch dominierte Welt. Es ist wenig umstritten, dass eine größere Veränderung im Sinne der Emanzipation nur global möglich sein wird – deswegen sagt man ja "Weltrevolution". Leider ist die Linke in Deutschland weitgehend eingeeigelt in ihren eigenen Mikrokosmos und macht – auch wegen der in den letzten Jahren sehr harsch vorgebrachten Kritik am traditionellen Internationalismus – um internationale Solidarität einen großen Bogen. Wir halten das für einen Fehler und wollen dafür werben, sich mit globalen Perspektiven auseinanderzusetzen und den BUKO-Kongress zu besuchen, der vom 17.-20. Mai in Erfurt stattfindet. Bei der Mobilisierungsveranstaltung bieten wir einen Rückblick in die vielfältige Geschichte des Internationalismus und einen Ausblick auf mögliche neue Entwicklungen. Darüber würden wir gerne ins Gespräch kommen.

Mittwoch, 11. April 2012, 19 Uhr

Bürger_innenwache Siegfriedplatz in Bielefeld
von und mit :uniLinks!

Über die Bundeskoordination Internationalismus ("die BUKO") und den von ihr jährlich ausgerichteten Bundeskongress Internationalismus ("der BUKO"), der sich einige Menschen, die bei :uniLinks! aktiv waren und sind, verbunden fühlen:

"Die Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) steht für emanzipatorische Politik, radikale Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse und für eine internationalistische Bewegung. Sie ist ein unabhängiger Dachverband, dem über 120 Eine-Welt-Gruppen, entwicklungspolitische Organisationen, inter- bzw. transnationalistische Initiativen, Solidaritätsgruppen, Läden, Kampagnen und Zeitschriftenprojekte sowie zur Zeit fast 100 Einzelpersonen angehören. Die BUKO wurde 1977 gegründet und ist damit eines der ältesten Basis-Netzwerke in Deutschland. Der Ursprung der BUKO lag in den Solidaritätsbewegungen mit den Befreiungskämpfen im Süden. Die BUKO versteht sich als Ort linker, herrschaftskritischer Debatten und vernetzt dabei BUKO-Kampagnen und Arbeitszusammenhänge, die aus entwicklungspolitischer Mobilisierung und politischer Arbeit hervorgegangen sind. Die BUKO sucht den offenen Dialog mit anderen emanzipatorischen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen.

WICHTIGE ZIELSETZUNGEN DER BUKO SIND:

Emanzipatorische Perspektive: Gemeinsam mit sozialen Bewegungen weltweit suchen wir nach emanzipatorischen Handlungsperspektiven für eine Welt ohne entwürdigende Lebens- und Arbeitsbedingungen ohne Armut, Sexismus, Rassismus, Antisemitismus, Zerstörung der Lebensgrundlagen und andere Formen struktureller Gewalt.

Solidarität statt Almosen: Unsere Idee von Respekt und Solidarität ist politisch und nicht karitativ. [...]

Widerstand von unten: Im Widerstand gegen weltweite Abhängigkeiten und Ausbeutungsverhältnisse setzt die BUKO auf Gegenmacht von unten. [...]"

[<http://www.buko.info/wer-wir-sind/>] (Zugriff 13.12.2014)

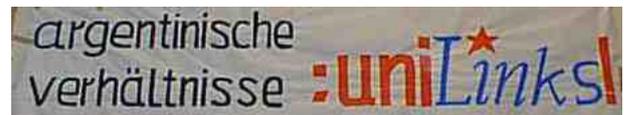
Internationalismus heißt transnationale Organisation von unten! für die Vernetzung herrschaftskritischer Praxen über alle Grenzen hinweg (Juni 2011)

:uniLinks! interessiert sich für Möglichkeiten einer neuen oder wieder aufzunehmenden internationalistischen Praxis in der radikalen Linken (an der Uni und anderswo). Ein paar Überlegungen dazu wollen wir hier vorstellen und auch verknüpfen mit konkreten Vorschlägen und Forderungen zur studentischen Politik an der Uni Bielefeld, deren Richtung in den nächsten 12 Monaten unter anderem durch den Ausgang der Stupa-Wahl beeinflusst werden wird.

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT – EINE LANGE GESCHICHTE

Die solidarische Beschäftigung und konkrete Unterstützung linker Bewegungen in anderen Ländern der Welt hat eine lange Geschichte. Sie gehörte in verschiedenen Epochen innerhalb der Geschichte in Deutschland und Europa zum essentiellen Bestandteil der eigenen Praxis der radikalen Linken. Die Bewegungen der 60er, 70er und 80er Jahre bezogen sich, im Gegensatz zu der vorherigen Tendenz der Vereinigung aller Arbeiter_innen der Industriestaaten, auch auf antikoloniale Befreiungsbewegungen in den (ehemaligen) Kolonien (z.B. die FLN in Algerien) und in den von den kapitalistischen Metropolen abhängigen Diktaturen im Süden (z.B. die Sandinistas in Nicaragua) oder auch auf die Akteur_innen der antirassistischen Kämpfe in den USA (z.B. die Black Panther Party). Hier wurde jedoch seitens linker Gruppen in Deutschland oftmals eine vorbehaltlose Identifikation mit Bewegungen vorgenommen, so dass eine herrschaftskritische Perspektive teilweise auf der Strecke blieb. Aus diesen Gründen kam es spätestens seit 1990 zu einer umfassenden Kritik internationalistischer Praxen in der BRD. Die sich vollziehende Intervention der in den frühen 90ern entstehenden so genannten „Antideutschen“ für eine selbstkritische Auseinandersetzung

mit dem Antisemitismus in der Linken, war hier absolut notwendig und stellt einen inhaltlichen Bezugspunkt dar, hinter den nicht zurück gefallen werden sollte. Ebenfalls seit den 90er hat sich eine breite antirassistische Linke entwickelt, die besonders in der Kritik des europäischen Grenzregimes und der Flüchtlings- und Migrationspolitik aktiv ist. Hier werden transnationale Themen bearbeitet, jedoch tendenziell mit einem starken Fokus auf die Verhältnisse in Deutschland und Europa. Die Idee des linksradikalen Internationalismus spielt in diesen Bewegungen eher keine tragende Rolle. Dennoch sind wichtige Elemente internationalistischer Praxis darin enthalten wie die Thematisierung und Kritik der kapitalistischen Ausbeutung, des (postkolonialen) Rassismus und des Flucht- und Migrationsregimes sowie der hegemonialen Weltordnung und der imperialistischen Kriege.



INTERNATIONALISMUS RELOADED:
ANTIRASSISTISCHE PRAXIS VOR ORT UND
TRANSNATIONALE ORGANISIERUNG VON UNTEN...

:uniLinks! liebäugelt mit einer neuen internationalistischen Praxis der radikalen Linken als einer transnationalen Organisation von unten, wie sie etwa das Bündnis afrique-europe-interact derzeit vorschlägt und in die Praxis umsetzt. So sollten die Kritik des Grenzregimes, der rassistischen staatlichen Politik und der rassistischen Alltagsdiskurse in systematischem Zusammenhang mit der neokolonial und imperial organisierten nationalstaatlich-kapitalistischen Weltordnung formuliert werden. Ebenso sollten reale Bündnissen von Menschen und Gruppen im

globalen Süden und Norden geschaffen werden. Nur so wird linksradikale Politik sich von den Beschränkungen der oft nur im deutschen Kontext geführten Diskurse und Praxen lösen können. Dass dies sehr schwer zu erreichen und für die meisten kleinen linken Gruppen allein unmöglich ist, dürfte klar sein. Dennoch halten wir es für die Linke unumgänglich entsprechende Initiativen zu unterstützen und wenn möglich weiter aufzubauen. Ein erster Schritt hierzu ist es unserer Ansicht nach, sich überhaupt erst einmal mit Bewegungen in anderen Teilen der Welt zu beschäftigen und nach solidarischen Verknüpfungspunkten zu suchen.

... OHNE ÜBERFRACHTUNG UND BITTE SELBSTREFLEKTIERT...

Es käme also auf eine neue Bewusstseins-schaffung in der Linken und in der Bevölkerung an, darüber dass herrschaftskritische und solidarische Veränderung nur im Austausch und in Verknüpfung mit Kämpfen anderswo zu erreichen sein wird. Wichtig ist es uns, nicht

den Anspruch haben zu müssen, vollkommen verstehen zu können oder zu wollen, was innerhalb der immer hochkomplexen gesellschaftlichen Situationen und den Kämpfen in den jeweiligen Ländern genau passiert. Gleichsam kann es nicht darum gehen, dass wir nur Bewegungen interessant finden, die unseren politischen Vorstellungen, die in unserem Kontext und davon abhängig situiert sind, eins zu eins entsprechen. Ebenso sollte klar sein, dass es keinen Anspruch geben kann, für Menschen andernorts sprechen zu wollen. In aller Bescheidenheit bleibt also vorerst nur, Initiativen zu unterstützen, die internationalistisches Bewusstsein schaffen könnten und Kommunikation und Austausch ermöglichen. In diesem Sinne beteiligen einige von uns sich z.B. an der Vorbereitung des antirassistischen No Border-Camps Köln/Düsseldorf vom 13. bis 22. Juli 2012 . Eine interessante Vernetzung innerhalb und außerhalb Deutschlands und Europas stellt für uns auch die Bundeskoordination Internationalismus (die BUKO) dar. Dieses Netzwerk von Gruppen aus der Nord-Süd-Solidaritätsarbeit, anti-rassistischer Gruppen und vieler anderer

Die AntiRa-Ag...

...möchte sich als eine Gruppe von Studierenden die menschenverachtende und rassistische Migrationspolitik Deutschlands bewusst machen und die damit einhergehende verheerende Situation tausender Menschen, die dieser Politik ausgesetzt sind, verdeutlichen. Besonders wichtig ist der Gruppe dabei die solidarische Vernetzung mit den Menschen, die der rassistischen Migrationspolitik ausgesetzt sind.

Mit Fokus auf die Uni hält sie die Beschäftigung mit den sich auch in der Uni reproduzierenden rassistischen Strukturen für notwendig. Neben der Organisation von Protesten, der Durchführung kreativer, direkter Aktionen und einer stärkeren Informationspolitik über migrationspolitische Geschehnisse, ist der Gruppe die inhaltliche Diskussion über und die Auseinandersetzung mit Rassismus wichtig, um sich dauerhaft mit den migrationspolitischen und rassistischen Strukturen aus einander zu setzen.

linker und linksradikaler Gruppen und Einzelpersonen veranstaltet einmal im Jahr den Bundeskongress Internationalismus (der BUKO). Dort finden Workshops, Podiumsdiskussionen, Vorträge und Kulturveranstaltungen zu unterschiedlichen Themen statt und immer sind auch Aktivist_innen aus dem globalen Süden und europäischen Ländern eingeladen, so dass ein direkter Austausch möglich wird. :uniLinks! hat dieses Jahr im April eine Mobilisierungs- und Info-Veranstaltung zum diesjährigen BUKO durchgeführt und einige Bielefelder Studierende sind mit finanzieller Unterstützung durch den AStA im Mai beim Kongress in Erfurt dabei gewesen und konnten viele gute Ideen und Kontakte mit nach Hause nehmen.

WO IST DER ZUSAMMENHANG ZUR UNI UND ZUR STUPAWAHL?

Als Liste im Studierendenparlament wollen wir Gruppen an der Uni unterstützen, die sich für transnationale Praxen einsetzen. Es sollte aus unserer Sicht regelmäßig Unterstützung geben für Initiativen wie die BUKO-Fahrt oder auch die beiden Gruppen von Bielefelder Studierenden, die Ende 2010 und Anfang 2011 zu den Weltfestspielen der Jugend in Südafrika und zum Weltsozialforum im Senegal gereist sind. Auch dies sind Möglichkeiten Kommunikation und Austausch zu schaffen. Ebenso fordern wir, dass die seit zwei Jahren bestehende antira ag an der Uni Bielefeld weiterhin finanziell und institutionell abgesichert wird. Bei der Betrachtung des Migrationsgeschehens wird der notwendige

Zusammenhang von Antira-Politik und kapitalismuskritischem Internationalismus deutlich, wie u.a. in dem Ausspruch von der Migrant_innenselbstorganisationen Karawane



für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant_innen und The VOICE Refugee Forum „Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört“, aufgezeigt wurde.

:UNILINKS! FORDERT DIE FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG ANTIRASSISTISCHER INITIATIVEN UND MIGRANTISCHER SELBSTORGANISATION AN DER UNI EBENSO WIE DIE FÖRDERUNG RASSISMUSKRITISCHER BILDUNGSARBEIT, DIE ALLE STUDIERENDEN ERREICHEN KANN!

HIERFÜR WOLLEN WIR UNS IN DER NÄCHSTEN LEGISLATURPERIODE UND IN DEN HAUSHALTSVERHANDLUNGEN WIEDER AKTIV EINBRINGEN.

FÜR ANTIKAPITALISTISCHE UND ANTIRASSISTISCHE POLITIK HIER UND

ÜBERALL!

FÜR DIE VERNETZUNG DER KÄMPFE! FÜR DIE
UNTERSTÜTZUNG VON TRANSNATIONALER
ORGANISIERUNG DURCH MITTEL DER
STUDIERENDENSCHAFT!

FÜR EINE RASSISMUSKRITISCHE
BILDUNGSARBEIT ALS FESTEN BESTANDTEIL
STUDENTISCHER POLITIK AN DER UNI
BIELEFELD!



riots
not
diets!



:uniLinks!



Stupa-Wahl 30. Juni.- 4. Juli / Liste 11

Repression & Solidarität

...und darüber hinaus...

Dem eigenen Selbstverständnis nach hat sich :uniLinks! immer als Gruppe verstanden, die sich nicht (nur) auf die Hochschulpolitik fokussiert, sondern über den 'Tellerrand' der Uni hinaus schaut und Teil einer linksradikalen Bewegung ist. In diesem Zusammenhang haben wir uns in unterschiedlichen Formen von Transpis über Flyer bis hin zum Waffeln backen immer wieder auch mit anderen Gruppen und Aktivist*innen solidarisiert. Auf den folgenden Seiten finden sich einige Fotos, Transpis und Flyer, die Solidaritätsaktionen von :uniLinks! dokumentieren. Dabei handelt es sich im weitesten Sinne um Solidarisierungen im regionalen Kontext. Formen der inter- und antinationalen Solidarisierung sind in der Rubrik "Grenzüberschreitende Solidarität" versammelt.



Ende 2002 wurde in Hamburg der Wagenplatz Bambule von der Polizei gewaltsam geräumt. Im Zuge der Auseinandersetzungen um die Bambule kam es nicht nur in Hamburg zu Protest- und Solidaritätsaktionen. Auch :uniLinks! solidarisierte sich mit diesem Transpi aus dem Jahr 2003 mit der Bambule und ihren Bewohner*innen.

Gegen die Kriminalisierung linker Strukturen vor dem G8-Gipfel

Flyer zu bundesweiten Hausdurchsuchungen am 09. Mai 2007, die im Vorfeld des G8-Gipfels in Heiligendamm stattfanden

Am 09. Mai hat die Bundesanwaltschaft bundesweit in zahlreichen Städten unter Rückgriff auf den § 129a (Bildung terroristischer Vereinigungen) linke Zentren und Wohnprojekte durchsuchen lassen. Insgesamt fanden in rund 40 Häusern Razzien statt, bei denen ca. 900 Polizist_innen im Einsatz waren. Die hohe Zahl der Durchsuchungen zeigt, dass es den Ermittlungsbehörden nicht darum ging, konkreten Verdachtsmomenten hinterherzugehen. Vielmehr äußert sich in dieser massiven Polizeiaktion ein systematisches Vorgehen gegen linke Strukturen, um bereits im Vorhinein mögliche Proteste gegen den G8-Gipfel im Juni zu delegitimieren. Dabei ging es wohl weniger darum, mögliches Beweismaterial gegen zurecht konstruierte 'terroristische Vereinigungen' zu suchen, als viel eher, Informationen über linke Strukturen zu sammeln und die anstehenden Proteste gegen den G8-Gipfel bereits im Vorfeld einzuschüchtern und zu kriminalisieren.

Darüber hinaus dient die breite mediale Aufmerksamkeit, die eine solche Polizeiaktion auf sich zieht, der Erzeugung eines öffentlichen Bildes von „gewaltbereiten Demonstrant_innen“, um somit weitgehende Einschränkungen der Demonstrations- und Reisefreiheit vor und während des Gipfels durchzusetzen und zu legitimieren. In diesem Zusammenhang ist leider gar nicht verwunderlich, dass am gleichen Tag, an dem die Durchsuchungen stattfanden, Innenminister Schäuble die 'faktische' Außerkraftsetzung des Schengener Abkommens und damit die Wiederaufnahme von Grenzkontrollen für die Zeit des G8-Gipfels ankündigte. Damit geben die Hausdurchsuchungen und die Ankündigung des Innenministers bereits einen bitteren Vorgeschmack auf das, was die zahlreichen Demonstrant_innen, aber auch Ur-

lauber_innen und Bürger_innen, im Juni in Heiligendamm und Umgebung erwarten dürfte: massiver Einsatz staatlicher Repressionsmittel und Einschränkung der Grundrechte, um ein reibungsloses Treffen der G8-Staatschefs zu gewährleisten.

Wir wollen hiermit unsere Solidarität mit den von den Hausdurchsuchungen betroffenen linken Projekten zum Ausdruck bringen und wenden uns gegen die massive Repression seitens der Ermittlungsbehörden!

GEGEN DIE KRIMINALISIERUNG LINKER STRUKTUREN!

REPRESSION ENTGEGENTRETEN!

DIE VERHÄLTNISSE AUF DEN KOPF STELLEN!

G(ib) 8: Studis unter Generalverdacht

Durchsuchungen auch an Unis. Es geht uns alle an...

Fluggi aus dem Sommer 2007 kurz vor dem G8-Gipfel in Heiligendamm.

Im Rahmen der bundesweiten Hausdurchsuchungen bei potentiellen G8-GegnerInnen am 9. Mai wurde auch das Büro und die Privaträume des Bremer Uni Dozenten Fritz Storim durchsucht. Hierbei wurde unter Anderem die TeilnehmerInnenliste einer Veranstaltung zum Thema "neue Technologien, Menschenbild und Ethik vor dem Hintergrund der Liberalisierungs- und Globalisierungsoffensive" beschlagnahmt. Damit erhielt die Polizei Einsicht in sämtliche personenbezogenen Daten der Studierenden. Zur Auswertung und eventueller Speicherung der Daten wollte die Polizei sich nicht äußern, dies sei ein "Ermittlungsgeheimnis". Außerdem wurden an der Uni Bremen Kopierproben mehrerer Kopierer genommen und vermutlich Listen des Kollegiums beschlagnahmt. Es muss davon ausgegangen werden, dass alle SeminarteilnehmerInnen von der Polizei und dem Staatsschutz überprüft werden.

wurf des Terrorismus gespeichert und geprüft werden können. Damit stehen alle Studierenden unter Generalverdacht!!!

ZEIGT SOLIDARITÄT MIT DEN STUDIERENDEN AN DER UNI BREMEN!

ZEIGT SOLIDARITÄT MIT DEN BETROFFENEN DER REPRESSION DURCH DIE STAATSGEWALT!

KOMMT MIT ZUM BADEN AN DIE OSTSEE!



Im Klartext: Die Teilnahme eines beliebigen Seminars reicht aus, damit persönliche Daten von Studierenden in Verbindung mit dem Vor-

Solidarität mit dem Rabatz in Paderborn (2007)

Im Herbst 2007 wurde in Paderborn ein leerstehendes Gebäude besetzt und in das Kulturzentrum 'Rabatz' verwandelt. In der Zeit der Besetzung hat :uniLinks! nicht nur mit einem Transpi seine Solidarität formuliert, sondern diese in einer Waffel-Back-Aktion in der Unihalle praktisch werden lassen. Das Geld für die Waffeln wurde dem Rabatz gespendet.



„Heute toben wir uns aus
Machen Unordnung im Haus
Heute sind wir richtig laut
Was man sich ja sonst nicht traut
Heute machen wir mal Krach
Und hört man uns bis unters
Dach
Heut' bleibt nichts an seinem
Platz
Heute machen wir RABATZ!“
(Nena)

SOLI-WAFFELN FÜRS RABATZ
- :UNI LINKS! BACKT'S!



Waffelnbacken. Machen alle in Bielefeld. Bringt immer Geld. Rabatz ist das Autonome Zentrum in der ostwestfälischen Nachbarstadt Paderborn.

Instandbesetzung Grevener/Münster

Auch in Münster werden Häuser besetzt...z.B. im Jahr 2009 in der Grevener Straße. Auch hier wurde ein leerstehendes Gebäude wieder belebt, um zu zeigen dass der Kampf für ein soziales Zentrum weitergeht.



Grevener Straße 53 zum Zeitpunkt der Besetzung



Soli-Transpi in der Unihalle -
leider nur in kleiner Auflösung

Religionskritik

Religiöses ist stets präsent in der Uni Bielefeld...vom Weihnachtsgottesdienst über regelmäßige Stände unterschiedlicher religiöser Gruppierungen... Besonders genervt war und ist :uniLinks! von der fundamentalistischen Studentenmission Deutschlands (SMD). Wie ihr im Nachfolgenden lesen könnt, gibt es dazu nen Flyer von 2008, der 2011 nochmal neu aufgelegt wurde. Die Präsenz des Themas besteht nach wie vor. Welche Kritik formuliert :uniLinks! grundsätzlich an Religion? Diese Frage wurde viel diskutiert und kann aufgrund unterschiedlicher Perspektiven innerhalb der Gruppe auch hier nicht abschließend beantwortet werden.

Es gibt keinen Gott und keinen Erlöser – :uniLinks! wird immer böser!

Zur Kritik der Studentenmission Deutschland (SMD) und des Evangelikalismus (2008)

HALLO, HALLO!

:uniLinks! möchte die allgemeine Aufmerksamkeit für politics rund um den Stupa-Wahlkrampf nutzen, um auch auf nicht im engeren Sinne hochschulpolitische aber dennoch unangenehme Phänomene an der Uni hinzuweisen bzw. diese zu kritisieren. Dies tut schon seit längerem höchste Not im Fall der „Studentenmission Deutschland“, kurz „SMD“. Die lokale Fraktion „SMD Bielefeld“ ist mittlerweile seit etlichen Semestern in der Bielefelder Unihalle regelmäßig, gutgelaunt und kekseverteiltend präsent. Die auf den ersten Blick so freundlich und tolerant erscheinenden Mitstudierenden, die sich neben ihren Infotischen beizeiten auch mit Vortragsveranstaltungen und rockig-flockiger-frommer Livemusik im Uni-Q hervortun, wollen wir hier aber nun mal ein bisschen genauer unter die Lupe nehmen. Denn es besteht Grund zur Befürchtung, dass die Lockerheit dieser speziellen Christenmenschen sich im Rahmen eines rechtskonservativen bis äußerst reaktionären Geistes bewegt.

WAS IST SMD?

Die SMD ist irgendetwas zwischen Verband und Netzwerk von evangelikal-christlichen und fundamentalistisch-christlichen Gruppen und existiert bundesweit an angeblich 74 Hochschulen. Die SMD ist organisiert in Strukturen der Evangelischen Kirche in Deutschland, sowie in nationalen und

internationalen evangelikalen Zusammenhängen, sie finanziert sich durch Spenden. Es besteht ein „Rat“ der SMD mit Sitz in Marburg, welcher sich durch Kooptation (Ernennung, antidemokratisches Prinzip) reproduziert und der gegenüber den einzelnen Gruppen weisungsbefugt ist. Neben dem Kontakt zu angeblich 800 (!) „Schülerbibelkreisen“ in Deutschland unterhält die SMD ein „Institut für Glaube und Wissenschaft (IGUW)“. Diese Einrichtung gibt diverse Publikationen verschiedene wissenschaftliche Themen und Disziplinen betreffend heraus. Immer geht es dabei um die Frage nach der Übereinstimmung und der Auseinandersetzung mit einem evangelikalen Christentum. Die Bielefelder SMD trifft sich nach eigenen Angaben im Raum der Fachschaft Theologie.

WAS HEIßT „EVANGELIKAL“?

Der Evangelikalismus ist eine theologische Richtung innerhalb des Protestantismus, die sich auf die Irrtumsfreiheit der Bibel als zentrale Grundlage christlichen Glaubens beruft. Das heißt, die Inhalte der Bibel sollen wörtlich geglaubt und gelebt werden¹. Dabei spielt eine klare persönliche Entscheidung im Sinne der Bekehrung eine entscheidende Rolle. Evangelikale Christ_innen setzen sich von einem liberal eingerichteten Christentum erklärtermaßen ab. Die Bewegung existiert in verschiedenen Formen schon seit dem 19. Jhd. und ist besonders in den USA stark vertreten, wo sie politisch mit der so genannten

Christlichen Rechten in Verbindung zu bringen ist. Im deutschsprachigen Raum sind vor allem unter den Angehörigen der Freikirchen (Baptisten, Mennoniten, Advents- und Brüdergemeinden etc.) viele Evangelikale vertreten, die selber keine eigene Konfession bilden, sondern eher im in bestehenden Gemeindestrukturen aktiv werden. Für die Einzelnen bedeutet die persönliche Glaubensentscheidung, dass die erwünschte persönliche Beziehung (!) zu Jesus Christus Auswirkungen auf den Alltag haben muss und eine Abkehr vom alten Leben stattfindet². Politisch positionieren sich evangelikale Christ_innen meistens rechtskonservativ, besonders was Geschlechterverhältnisse, Familienpolitik und die Sexualvorschriften angeht.



DAS „IGUW“ – KREATIONISMUS UND „INTELLIGENT DESIGN“?

In diesem Sinne erfolgt auch die „wissenschaftliche“ Arbeit des „Instituts für Glaube und Wissenschaft“. Dort tummeln sich vorrangig evangelische Theolog_innen. Ein Fokus in der SMD scheint zumindest nach Anschein der auf den Seiten des IGUW zu findenden Publikationen eine starke Auseinandersetzung mit dem christlich-fundamentalistischen Kreationismus und der Intelligent-Design-Bewegung zu sein. Diese beiden Ideologien behaupten die direkte Schöpfung allen Lebens durch einen „Gott“. Die Grundannahmen moderner Wissenschaften, besonders die auf den Überlegungen Darwins beruhende Evolutionstheorie werden in diesem Denken abgelehnt³. Publikationen auf der Seite des „IGUW“ bekennen sich zwar nicht ausdrücklich zur ID-Position, dass alles auf der Welt bestehende direkt aus Gottes

Handeln hervorgegangen sei. Es wird aber versucht eine vermittelte Position zu finden, die Teile der ID-Position übernimmt, indem die Annahme eines in den Naturgesetzen und im Ablauf der Geschichte wirkenden Gottes bestätigt wird. Allerdings scheint es keine Festlegung zu geben auf die Behauptung, alles was existent sei, sei direkt von Gott geschaffen. Insofern ist aus dieser Perspektive z.B. eine Anerkennung der Evolutionstheorie auf Basis bestimmter glaubenbezogener Vorannahmen offenbar möglich. Eine rein naturwissen-

schaftliche Begründung der Evolution wird aber klar abgelehnt. Zu komplex sei das Leben, um es aus zufallsbestimmter Evolution erklären zu können, zu viele Leerstellen weise diese Theorie vor. Worum es vorrangig zu gehen scheint, ist die Rettung „Gottes“ in allen wissenschaftlichen Be-

reichen. Hier scheinen naturwissenschaftliche Annahmen und Theorien als besonders bedrohlich empfunden zu werden. Die Ablehnung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse ist in evangelikalen Kreisen ein Evergreen. So gab es in den USA schon in den 20er Jahren eine Kampagne gegen den Unterricht der Evolutionstheorie an Schulen.

HOMOSEXUALITÄT, FAMILIE, SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH

Krasser sind die über das „IGUW“ verbreiteten Positionen zu den Themenbereichen Sexualität und Familie. Gemäß den wörtlichen Passagen in der Bibel wird die Ehe als lebenslanger Bund zwischen „Mann“ und „Frau“ als einzig akzeptable Form des Zusammenlebens betrachtet. In Übereinstimmung mit mainstream-konservativen Kreisen, wie in der CDU/CSU vertreten, wird diese als Fundament

von Staat und Gesellschaft angesehen. Eindeutig rechts überholt wird diese Position allerdings, wenn die in der Ehe verfasste Familie in fast schon völkischer Semantik als die einzige „grundlegende ‚lebensdienliche‘ Lebensform“ bezeichnet wird, in der die Einzelnen Verantwortung für die nachfolgenden Generationen wahrnehmen. Diese Auffassung richtet sich gegen alle liberaleren Formen des Zusammenlebens, besonders aber gegen homo- und bisexuelle Menschen, sowie gegen Menschen, die sich dem heteronormativen Zwangskorsett der Zweigeschlechtlichkeit nicht unterwerfen können oder wollen. So findet sich in einer „IGUW“-Publikation, in der es um die Ablehnung des Lebenspartnerschaftsgesetzes geht, welches eine Gleichstellung von homosexuellen Paaren in einigen sozialpolitischen Fragen regelt, folgende These: „Die humane Wirklichkeit (der Ehe, ul) umzudefinieren, indem Verbindungen zwischen gleichgeschlechtlichen Menschen als ‚Ehe‘ oder eheähnlich mit entsprechenden Rechten und Gruppen, in denen Kinder aufwachsen, generell als ‚Familie‘ bezeichnet werden, bedeutet Zerstörung jeder Kultur und jedes humanen Konsenses“⁴ (Hervorh. ul). Weiter heißt es dann, es sei psychologisch/psychiatrisch ohnehin nicht erwiesen, dass Homosexualität eine unveränderliche Festlegung für einen Menschen darstellt. In Verbindung mit der Behauptung des zerstörenden Einflusses von Homosexualität auf die Kultur muss dies wohl als eine Forderung nach der Therapie von Homosexuellen verstanden werden.

Derartige Gedankengut äußerte sich übrigens unlängst in einem Großereignis, dem so genannten „Christival“⁵ in Bremen Ende April 2008. Auf dieser von vielen tausend Menschen besuchten, von der ebenfalls im evangelikalen Spektrum zu verortenden Evangelischen Allianz organisierten Veranstaltung traten nicht nur schwulen-/lesbenfeindliche Gruppen

in Erscheinung, sondern auch offensive Gegner_innen legaler Schwangerschaftsabbrüche. Auch diese rechtskonservative Position, welche auf die massive Einschränkung des Selbstbestimmungsrechts Schwangerer hinausläuft, ist im evangelikalen Spektrum prominent vertreten. Das Christival allerdings wird auch von zahlreichen nicht evangelikalen protestantischen Organisationen unterstützt und wurde dieses Jahr vom Bundesfamilienministerium großzügig finanziert. Letzteres zeigt den nicht zu unterschätzenden Einfluss der Evangelikalen auch in Deutschland.

„MISSION“ – EIN SKANDAL

Unabhängig von diesen Inhalten muss die SMD schon auf Grund ihres Selbstverständnisses kritisiert werden. Der Begriff der „Mission“ wird mit im Namen geführt und so ist auch der Auftritt der SMD in der Unihalle zu verstehen: Es geht um Missionierung der nicht-gläubigen Kommiliton_innen zu bibeltreuen Christ_innen. Dies läuft einer demokratischen Einrichtung der Verhältnisse an der Uni und anderswo direkt zuwider und kann nicht akzeptiert werden.

Besonders unangenehm ist der Begriff der Mission aber in seinen historischen Kontexten. Die christliche Mission ist geschichtlich und noch gegenwärtig untrennbar verknüpft mit der kolonialen/imperialen Expansion Europas, die einherging mit unzähligen ermordeten, vergewaltigten und versklavten Menschen in anderen Teilen der Welt. Das Missionsprojekt gehört schon auf Grund dieses Hintergrundes radikal kritisiert und muss endgültig gestoppt werden. Dass der Bezug für die Gegenwart hier keineswegs herbei konstruiert ist, zeigt beispielsweise die im Netz beworbene Veranstaltung einer SMD-Gruppe in Braunschweig⁶ am 12.6.08 unter dem Titel „Missionare – Gottes Mitarbeiter heute – Ein

ehemaliger Afrikamissionar berichtet von seinen Erfahrungen“. Ohnehin gründete sich innerhalb der SMD schon 1963 ein „Arbeitskreis für Weltmission“. Die meisten evangelikalen Christ_innen haben einen Absolutheitsanspruch, alle anderen Religionen werden als Irrwege abgelehnt.

DEM REAKTIONÄREN UMTRIEB IM CHRISTLICHEN SCHAFFSPELZ ENTGEGENTRETEN!

:uniLinks! wendet sich gegen die Präsenz der SMD in der Uni Bielefeld. Es ist nicht akzeptabel, dass die Unihalle, sowie die Fachschaftsräume der Theologie von einer Gruppe genutzt werden können, die, in Tradition der mörderischen christlichen Mission, offensiv diskriminierende und anti-emanzipatorische Politik betreibt. Die Positionen der SMD und der evangelikalen Strömung, vor allem im Bereich der Geschlechter- und Sexualitätspolitik, stehen einer demokratischen Universität und einer herrschaftskritischen Bildung und Wissenschaft entgegen. :uniLinks! liebäugelt darüber hinaus angesichts des gegenwärtigen Erstarkens christlicher und anderer religiöser Bewegungen und Ideologien mit der vermehrten (Wieder-)Aufnahme der generellen Kritik der Religionen durch eine emanzipatorische Linke.

SMD RAUS AUS DER UNI!

THEOLOGIE ZU RELIGIONSWISSENSCHAFT!

KIRCHEN ZU PSYCHEDELISCHEN TANZSÄLEN!

¹ Dazu ein Zitat aus den „Glaubensinhalten“ der SMD Bielefeld: „Die Heilige Schrift (Bibel) ist von Gott eingegeben und völlig vertrauenswürdig. Sie ist höchste Autorität in allen Fragen des Glaubens und des Lebenswandels.“ [http://www.smd-bielefeld.de/index.php?option=com_content&task=view&id=14&Itemid=41] Zugriff 4.6.08

² Dazu die „Ziele der Arbeit“ der SMD Bielefeld: „1. Durch persönliches und gemeinsames Bezeugen des Evangeliums Schüler, Studenten und Akademiker zur Begegnung mit Jesus Christus zu bringen, damit sie errettet werden; 2. uns gegenseitig zu helfen, unser ganzes Leben von Jesus Christus her zu gestalten und uns zum Gehorsam gegen Gott und sein Wort anzuhalten, damit wir im Glauben als lebendige Glieder seiner Gemeinde wachsen.“ [http://www.smd-bielefeld.de/index.php?option=com_content&task=view&id=12&Itemid=41] Zugriff 4.6.08

³ :uniLinks! möchte sich mit dieser Bemerkung nicht unkritisch/unreflektiert in das Projekt der modern-aufklärerisch-positivistischen Wissenschaften einreihen, der rationalistische Anspruch der bürgerlichen Universität gegenüber religiös motivierten Lehren muss aber dennoch auch aus emanzipatorischer Sicht unbedingt verteidigt werden!

⁴ Mayer, Rainer: Zehn Fakten und Argumente zum „Lebenspartnerschaftsgesetz“ [<http://www.iguw.de/>] Zugriff 31.5.08, siehe Textsammlung

⁵ [<http://de.indymedia.org/2008/04/214587.shtml>] Zugriff 2.6.08

⁶ [<http://gruppen.tu-bs.de/studver/SMD/>] Zugriff 31.5.08

Es rettet uns kein höheres Wesen!

Eine Kritik der Studentenmission Deutschland (SMD) und des Evangelikalismus (2011)

Während :uniLinks! davon ausgeht, dass die schlechten Verhältnisse, in denen wir leben, menschen-gemachte Verhältnisse sind, die im hier und jetzt von uns verändert werden sollten, suchen andere ihr Heil lieber in jenseitiger Erlösung durch den einen oder anderen Gott (wobei es dann meistens doch ziemlich eng gesehen wird, welcher Gott denn nun der richtige ist). Das würde uns vielleicht nicht besonders stören, wenn nicht ebensolche Menschen im festen Glauben an die göttliche Erlösung penetrant versuchen würden, andere zu eben diesem Glauben zu bekehren und dann auch versuchen auf die irdischen Verhältnisse in einer Weise einzuwirken, die jedem fortschrittlichen und emanzipatorischen Anliegen widerspricht.

Eine Gruppe, die in genau dieser Weise auftritt ist die evangelikale „Studentenmission Deutschland“, kurz „SMD“, die regelmäßig in der Bielefelder Unihalle präsent ist und christlich-evangelikale Missionierungsarbeit betreibt. Die auf den ersten Blick so freundlich und tolerant erscheinenden Mitstudierenden, die sich neben ihren Infotischen auch mit unterschiedlichsten öffentlichen Veranstaltungen hervortun, wollen wir hier genauer unter die Lupe nehmen. Denn sie stehen uns nicht nur beim Weg in die Mensa im Weg rum, sondern vertreten reaktionäre fundamentalistisch-christliche Positionen, die der emanzipatorischen Vorstellung der Gesellschaft als einer Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist, absolut entgegen steht.

WAS IST DIE SMD?

Die SMD ist Teil eines weltweiten Netzwerkes

von evangelikal-christlichen und fundamentalistisch-christlichen Gruppen und existiert bundesweit an angeblich 74 Hochschulen. Sie arbeitet auf Glaubensbasis der sogenannten Evangelischen Allianz. Dabei handelt es sich um ein noch größeres Netzwerk, dem weltweit unterschiedliche evangelikale Organisationen, Vereine und Kirchen angehören. Sie alle eint eine fundamentalistische Bibelauslegung. So steht die Evangelische Allianz den eigenen Worten nach „unverkürzt zu den



Heiltatsachen der Bibel und bekennt sich zur ganzen Bibel als Gottes Wort“¹. Das heißt die Bibel wird als unhintergehbare Wahrheit betrachtet, die sozusagen direkt von Gott diktiert wurde. Weder Zweifel noch eine kritische Bibelauslegung, die die Bibel als einen historischen Text begreift, sind gestattet. Entsprechend hat es auch die Glaubensbasis, der sich die zugehörigen Organisationen verpflichten, in sich. Dort heißt es unter anderem:

"Wir bekennen uns zur Allmacht und Gnade Gottes, des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes in Schöpfung, Offenbarung, Erlösung, Endgericht und Vollendung; zur

göttlichen Inspiration der Heiligen Schrift, ihrer völligen Zuverlässigkeit und höchsten Autorität in allen Fragen des Glaubens und der Lebensführung; zur völligen Sündhaftigkeit und Schuld des gefallen Menschen, die ihn Gottes Zorn und Verdammnis aussetzen²".

Das klingt nicht gut. Und dem hier beschriebenen Gott möchten wir lieber nicht nachts allein im Park begegnen: einem allmächtigen Wesen, das ganz schön böse auf uns ist. Das heißt auf eine Begegnung mit Gott, zu der wir vom SMD eingeladen werden, wollen wir lieber verzichten.

Wer sich aber auf die SMD und andere evangelikale Gruppen einlässt, sollte sich darauf einstellen, dass die persönliche Glaubensentscheidung und damit die erwünschte persönliche Beziehung (!) zu Jesus Christus Auswirkungen auf den Alltag haben muss und eine Abkehr vom alten Leben stattfindet³. Die Glaubensentscheidung geht dann einher mit einem Einlassen auf reaktionäre Geschlechterverhältnisse, Familienvorstellungen und Sexualvorschriften. Außerdem sollte sich der/die gläubige Christ_in mit dem Gedanken anfreunden, dass die Welt nur so ungefähr 6000 Jahre alt ist und die Dinosaurier und alle anderen vom lieben Gott (ach ne, ist ja ein zorniger Gott – das sollten wir nicht vergessen) gemacht wurden.

Die Frau ist im evangelikalen Weltbild dem Manne untertan, Homosexualität droht die christliche Kultur zu zerstören, Schwangerschaftsabbrüche werden grundsätzlich abgelehnt und überhaupt dient Sexualität einzig



der Gott gegenüber eingegangenen Verpflichtung, Nachfahren zu zeugen – nicht aber dem eigenen Vergnügen. Zugleich werden auch Grundannahmen moderner (Natur-)Wissenschaften, besonders die auf den Überlegungen Darwins beruhende Evolutionstheorie abgelehnt⁴. Zusammengefasst lässt sich sagen, dass alles was dem eigenen Absolutheits- und Wahrheitsanspruch entgegen läuft, negiert, zurückgewiesen und als falsch erachtet wird. Eine Revision der eigenen Ansichten wird ausgeschlossen. So heißt es in den 'Richtlinien' der SMD, dass die „Grundwahrheiten der Gemeinde Christi“ nicht verändert werden können⁵. Und dazu gehören eben, dass Bibel von „Gott eingegeben und völlig vertrauenswürdig“ ist. Jeder Zweifel

wird ausgeschlossen.

CHRISTLICHE PÄDAGOGIK – MISSIONIERUNG, DIE ERNST MACHT

Dass die fundamentalistischen Positionen, die wir hier aufgezeigt haben, nicht nur 'leere Worte auf Papier' sind, sondern massiv zur Missionierung und Indoktrination, auch von 'Schutzbefohlenen' eingesetzt werden, zeigt sich nicht nur an der fortdauernden Präsenz der SMD in der Unihalle, sondern auch an der Vernetzung und Kooperation mit anderen Organisationen, deren Ziel es ist, Menschen von klein auf mit evangelikalischen Überzeugungen aufzuziehen. So warb die Bielefelder

SMD im Mai und Juni für das sogenannte „Francke Pädagogium“ und führte in Räumen der Universität Informations- und Rekrutierungsveranstaltungen für 'christliche Lehramtsstudierende durch'. Das Francke Pädagogium bietet „eine christliche Studienbegleitung für Lehramtsstudierende“. Es geht davon aus, dass „man Schülerinnen und Schüler als christlicher Lehrer prägen und positiv beeinflussen“⁶ möchte. Wie diese 'positive Beeinflussung' aber aussieht, zeigt sich beim Blick auf eine Partnerschule des 'Francke Pädagogiums': die Bielefelder Georg-Müller-Schule, die im Jahr 2009 im Zentrum einer WDR-Reportage über christliche Privatschulen stand.

In der Reportage erklärt eine 18jährige Schülerin, dass die Erde nur etwa 6000 Jahre alt sei. Dies sei „eine realistische Zahl“. Genauso zeigt der Film, wie im Erdkundeunterricht gesicherte Erkenntnisse über die Entstehung der Steinkohle von einem christlichen Lehrer infrage gestellt werden, weil sie aus seiner Sicht der Bibel, nach der die Erde ja nur 6000 Jahre alt sein könne, widersprechen. Und der didaktische Leiter der Schule erklärt im

Interview zum Thema Sexualität, dass es Anliegen der Schule sei Jugendliche „in ihrer Identitätsfindung als Mann als Frau zu begleiten und zu bestärken“ Es ginge darum, „jungen Menschen zu zeigen, dass sie ihre Sexualität von Gott annehmen können und dass diese Sexualität allerdings nicht in sich selbst irgendwie begründet liegt, sondern im Hinblick auf das andere Geschlecht von Gott gegeben ist. Also Sexualität ist etwas, das mir Gott gegeben hat. Nicht nur für mich, sondern

:uniLinks! grillt unter wasser
jesus lief übers wasser?

für das andere Geschlecht“⁷ - um brave Christenmenschen zu zeugen, so müsste hier noch ergänzt werden. Hier werden also systematisch junge Menschen in einem fundamentalistisch-christlichen Weltbild erzogen und der SMD rekrutiert hierfür an der Universität Bielefeld die nötigen Missionar_innen.

DEM REAKTIONÄREN UMTRIEB IM
CHRISTLICHEN SCHAFSPELZ ENTGEGENTRETEN!

Vor diesem Hintergrund wendet sich :uniLinks! gegen die Präsenz der SMD in der Uni Bielefeld. Es kann nicht angehen, dass die Unihalle, sowie die Räumlichkeiten der Universität von einer Gruppe genutzt werden, die für ein fundamentalistisches Christentum missioniert und anti-emanzipatorische Politik betreibt, deren Ziel es ist, eine rigide göttliche Ordnung auch im hier und jetzt zu installieren. Die Positionen der SMD und anderer evangelikaler Strömungen stehen einer demokratischen Universität, einer anti-fundamentalistischen 'Kultur des Zweifels' sowie einer herrschaftskritischen Bildung und Wissenschaft entgegen.

**KEIN RAUM FÜR DIE SMD UND
FUNDAMENTALISMUS IN UNIHALLE UND
UNIVERSITÄRER ÖFFENTLICHKEIT!**

**SCHLUSS MIT RELIGIÖSER MISSIONIERUNG AN
DER UNI UND ANDERSWO!**

**FÜR DEMOKRATISCHE UND HERRSCHAFTSFREIE
BILDUNG UND WISSENSCHAFT!**

¹ <http://www.ead.de/die-allianz/auftrag.html> [Zugriff: 13.06.2011].

² <http://www.ead.de/die-allianz/basis-des-glaubens.html> [Zugriff 13.06.2011]

³ Dazu die „Ziele der Arbeit“ der SMD „a. Durch persönliches und gemeinsames Bezeugen des Evangeliums Schüler, Studenten und Akademiker zur Begegnung mit Jesus Christus zu bringen, damit sie errettet werden; b. uns gegenseitig zu helfen, unser ganzes Leben von Jesus Christus her zu gestalten und uns zum Gehorsam gegen Gott und sein Wort anzuhalten, damit wir im Glauben als lebendige Glieder seiner Gemeinde wachsen.“ <http://www.smd.org/smd/ueber-die-smd/inhaltliche-grundlage/richtlinien-d...> 13.06.2011]

⁴ :uniLinks! möchte sich mit dieser Bemerkung nicht unkritisch/unreflektiert in das Projekt der modernaufklärerisch-positivistischen Wissenschaften einreihen. Der rationalistische Anspruch der bürgerlichen Universität gegenüber religiös motivierten Lehren muss aber dennoch aus emanzipatorischer Sicht unbedingt verteidigt werden!

⁵ <http://www.smd.org/smd/ueber-die-smd/inhaltliche-grundlage/richtlinien-d...> 13.06.2011].

⁶ So stand es auf einem Mensaflyer, der im Mai und Juni ausgelegt wurde.

⁷ Die Reportage „Mit der Bibel zum Abitur“ ist online zu finden unter: <http://www.planet-schule.de/sf/filme-online.php?film=8273> [Zugriff: 13.06.2011]

Eine Stellungnahme der SMD zur :uniLinks-Kritik

„Es rettet uns kein höheres Wesen! Eine Kritik an der SMD Bielefeld“

Die Sorge von :uniLinks ist durchaus nachvollziehbar: Wenn Mitglieder einer bestimmten Weltanschauung einen allgemeinen Wahrheitsanspruch erheben und sie gleichzeitig damit sagen, dass andere Ansprüche dieser Art nicht greifen, stellt sich zu Recht die Frage, **ob das nicht automatisch intolerant ist?** Wir finden das eine vollkommen berechnete und nachvollziehbare Sorge. Nun, Toleranz verstehen wir als SMD Bielefeld wie folgt:

Ich habe einen Wahrheitsanspruch, den ich für glaubwürdig und daher nicht infrage zu stellen, aber ich kann es zweifelsfrei aushalten, wenn jemand einen anderen Wahrheitsanspruch erhebt. Möglicherweise teile ich seine Meinung nicht und glaube sogar, dass er sich irrt, aber ich respektiere ihn trotzdem. Ich werde ihm aber stets mit Respekt und Würde begegnen.

So ist das **Toleranzverständnis**, für das wir uns als SMD stehen. Wir würden sogar so weit gehen und behaupten, dass man für die Wahrheit hält – solange dieses Verhalten **den Mitteln des Arguments geschieht**. Und wir sind davon überzeugt, dass es nicht beweisbar, aber plausibel begründbar und hat neben subjektiven, sondern Skepsis ist eine gute Sache. Wenn man da skeptisch ist, ist das völlig in Ordnung. Denn als SMD gehen wir davon aus, dass Glauben, Denken und Handeln mit dem Glauben zusammenhängen. Und wir glauben, dass Gott den Menschen mit dem Verstand, bittet, nicht ohne Denken.

Zudem sind wir in der SMD **gegenüber anderen Menschen nicht intolerant, sondern wir wollen sie zu bekehren**. Denn auch ein persönliches Vertrauen ist ein persönliches Vertrauen. Denn Vertrauen ist eine Entscheidung, die man nicht erzwingen kann. Und die SMD vertritt die Meinung, dass man nicht erzwingen kann, dass man Glauben hat. Und die SMD vertritt die Meinung, dass man nicht erzwingen kann, dass man Glauben hat. Und die SMD vertritt die Meinung, dass man nicht erzwingen kann, dass man Glauben hat.

Stellungnahme des SMD auf :uniLinks!
Die Studentenmission Deutschlands (SMD) hat sich veranlasst gesehen auf unseren Flyer im Jahr 2011 eine Stellungnahme zu veröffentlichen. Dem missionarischen Ansatz treu bleibend, hat die SMD das so gar nicht gesagt oder gemeint. Statt dessen geben die SMD allen Menschen auch ein Wort zu zweigeschlechtliche heterosexuelle Ordnung wird von der SMD dabei nicht in Frage gestellt. Gottes Wort ist unantastbar und Zweifel sind ausgeschlossen! und nööö, lieber nicht! Kein Interesse an einem Denk- und Gesprächsangebot mit der fundamentalistischen und missionierenden SMD!

Die Wahlkampagne seitens :uniLinks können wir insofern nicht nachvollziehen, als Einladungen zu Gesprächsangeboten, die angenommen oder abgelehnt werden können, in keinerlei Weise verwerflich sind. Denn letztlich muss jeder, der ernsthaft an der Gottesfrage interessiert ist, sich über die vorgebrachten Argumente sein eigenes Urteil bilden. **Und es bleibt ja ein enormer Unterschied, ob jemand seine Entscheidung für oder gegen Gott entweder ohne Kenntnis oder nach sorgfältiger Prüfung der relevanten Argumente trifft.** Und auch die, die nach ihrer Prüfung zum Ergebnis kommen, dass da an Gott wohl nichts dran sein kann, werden durch ihre kritische Beschäftigung mit diesen Argumenten ihrer Einstellung zum Gottesglauben eine solidere Basis geben.

Wer also das **zentrale Diskussionsangebot** unserer Bielefelder-SMD: „**Kann das stimmen, was Christen glauben?**“ als fundamentalistisches Gedankengut empfindet, dem können wir nur dazu ermutigen, seine Haltung bis zu den nächsten Wahlen noch einmal sorgfältig zu reflektieren.

Eure SMD-Bielefeld

Antimilitarismus

...Antimilitarismus

Im Jahr 1999 hat sich nicht nur :uniLinks! gegründet, sondern in diesem Jahr führte Deutschland gegen Jugoslawien auch seinen ersten Angriffskrieg nach 1945. Seit den 1990ern versuchen deutsche Regierungen nach und nach die militärische Handlungsfähigkeit zu erweitern. Heute ist es fast selbstverständlich, dass das Land, das für zwei Weltkriege verantwortlich ist und sich bis heute weigert Reparationen zu zahlen, weltweit militärisch aktiv ist. Dazu kommt, dass Deutschland einer der größten Exporteure von Rüstungsgütern weltweit ist. Die Bundeswehr und ihre Einsätze werden als selbstverständliche Phänomene in Öffentlichkeit und Medien mehr und mehr präsent. Auch das Wissenschaftssystem ist davon nicht ausgenommen. Darum fordert :uniLinks! eine Zivilklausel, die eine Selbstverpflichtung der Unis bedeutet, keine militärisch relevante Forschung zu betreiben und vor allem keine Kooperationen mit der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie einzugehen!

Fragensalat?!

(2010)

In der Uni regt sich Kritik an einem antimilitaristischem Plakat, das im Raum der Antifa AG hängt – zufällig genau dann, wenn in Afghanistan deutsche Soldaten nicht nur töten – sondern auch selber sterben. Für uns Anlass, sich mal so einige Fragen zu stellen...

Warum wird ein antimilitaristisches Plakat, das seit fünf Jahren in der Antifa AG hängt jetzt auf einmal kritisiert?

Wieso befindet sich Deutschland schon so lange im Krieg und erst jetzt wird es bemerkt?

Warum heißt die Bundeswehr „Schutztruppe“ und Krieg „Befriedungsmaßnahme“?

Vor wem und was schützt die Bundeswehr?

Warum führt Deutschland gerade Krieg in Afghanistan?

Wie wird dieser Krieg legitimiert?

Warum darf die ehemalige Kolonialmacht Deutschland nach dem Nationalsozialismus wieder Krieg führen?

Warum bedient sich Deutschland in diesem Krieg wieder der gleichen kolonialen Bilder der unterdrückten Frau?

Warum werden Menschen gefeiert die andere Menschen töten?

Warum glaubt eine männerdominierte Gesellschaft in einer anderen Gesellschaft Frauen zu befreien?

Wer darf wen „zivilisieren“ & „aufklären“ und warum?

Wer weiß über wen was?

Warum wird in der Öffentlichkeit nur der Tod einzelner „deutscher“ Soldaten betrauert und thematisiert und nicht die vielen anderen Menschen, die unverschuldet in dem Krieg sterben?

Warum identifizieren sich Menschen mit Menschen, die sich freiwillig dazu entschieden haben einen Beruf auszuüben in dem sie töten und getötet werden?

Was hat Nationalstolz mit diesem Krieg zu tun?

Was haben Patriotismus und Nationalismus mit diesem Krieg zu tun?

Wer identifiziert sich hier eigentlich mit wem und warum?

Warum sind manche Menschen wichtiger als andere?

Was ist Ehre?

Warum sterben die einen Menschen ehrenvoll und die anderen als Terroristen?

Vor was muss wer wie beschützt werden?

Warum wird der rassistische Normalzustand in Deutschland so wenig hinterfragt?

Keine Kooperation der Uni Bielefeld mit Kriegsintellektuellen! (2010)

Gibt es eine Zusammenarbeit mit der Stiftung „Neue Verantwortung“? :uniLinks! vertritt eine antimilitaristische Position. Antimilitarismus bedeutet für uns neben vielem anderen, die Kritik von staatlichen und privatwirtschaftlichen Projekten, die die Militarisierung der Gesellschaft befördern. Darum sehen wir es als eine unserer Aufgaben an, auf Verbindungen der Uni Bielefeld zur Bundeswehr hinzuweisen und diese scharf zu kritisieren. Dies soll dazu beitragen, die öffentliche Akzeptanz solcher Verflechtungen von Wissenschaft und Militär zu bekämpfen. Seit 1999, also seitdem Deutschland mit seiner Bundeswehr, der Nachfolgerin der Wehrmacht, wieder in aller Welt Krieg führt, wird es immer normaler, dass das Militär im gesellschaftlichen und alltäglichen Leben präsent ist. Dem wollen wir uns mit diesem Text entgegenstellen!

Wer die offizielle Internetseite der Universität Bielefeld besucht und sich mit einem Klick über die „Forschung an der Universität Bielefeld“ informieren möchte, stößt schnell auf einen Link am Rand. Unter „Aktuelles“ findet sich dort neben Informationen zur Drittmittelvergabe, ein Verweis auf die „Stiftung Neue Verantwortung“, mit dem Zusatz „Think Tank zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft“. Wir wollen hier darüber informieren wofür diese Stiftung wirbt und welche Konsequenzen sich unserer Auffassung nach bezüglich der Universität daraus ergeben.

STIFTUNG „NEUE VERANTWORTUNG“

Die Stiftung „Neue Verantwortung“ schreibt über sich, sie fördere „das interdisziplinäre und sektorübergreifende Denken entlang der wichtigsten gesellschaftspolitischen Themen und Herausforderungen im 21. Jahrhundert.

Durch ihr Fellow- und Associate-Programm bringt die Stiftung herausragende Vordenker aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zusammen, die im Rahmen zeitlich befristeter Projekte kreative Ideen und Lösungsansätze entwickeln und diese mittels verschiedener Publikations- und Veranstaltungsformate in den öffentlichen Diskurs einbringen.“ Damit reklamiert sie einen typischen Anspruch von sog. think tanks, mit inszenierten Debatten einen wirksamen Einfluss auf Politikabläufe nehmen zu wollen. Dabei versteht sie sich zudem als „gemeinnützig“ und „unabhängig“. Diese Selbstdarstellung ist jedoch falsch. Einem anti-egalitären und anti-demokratischen Ansatz nach, möchte sie ein vernetztes Elitenprojekt über ihr „Leadership Lab“ aus der Taufe heben, welches intellektuelle Führungspersonen (hier euphemistisch „herausragende Köpfe“ genannt) ausbildet, die in gesellschaftlichen Debatten den Ton angeben und die öffentliche Meinung im Sinne der Interessen der Stiftung beeinflussen. Auch ist die Stiftung nicht unabhängig, wird sie doch von ihren zahlungskräftigen Mitgliedern – namhafte Unternehmen – gesponsert. Neben der Otto Beisheim Holding GmbH, Knauf KG, Bosch GmbH und vielen anderen, ist auch der größte europäische Rüstungskonzern EADS Defence and Security als Finanzier vertreten („Premium-Level“). Die vor allem deutsch-französische EADS, am bekanntesten ist ihre Tochterfirma Airbus, baut alles was für moderne Kriege notwendig ist:

Kommunikationssysteme, Elektronik, Kampfflugzeuge, Lenkraketen usw.. Das heißt, ihre Produkte werden für das Töten von Menschen entwickelt und heute in verschiedensten Staaten eingesetzt. So wird hier allein durch die Mitgliedschaft von EADS, ein unmittelbares Kriegsinteresse vertreten (Einige sogenannte Associates sind bei EADS beschäftigt, siehe Punkt „Mitglieder der Stiftung“).

DAS PROJEKT „TRANSFORMATION DER BUNDESWEHR“

Ein Projekt der Stiftung liegt im Vorantreiben einer Transformation der Bundeswehr. Die Stiftung tritt aktiv für die internationale Kriegsführungsfähigkeit der Bundeswehr („Armee im Einsatz“) ein, die ihrer Ansicht „...nur schleppend [erfolgt], nicht zuletzt weil kein Konsens darüber besteht, was eigentlich letztlich das Ziel des Prozesses ist.“ Die politische Elite sei darüber zwar einig, es fehle aber eine „intensive gesellschaftspolitische Debatte über die zukünftige Rolle der Streitkräfte.“ Die Stiftung klagt: „In der Außenpolitik stehen ambitionierte Ziele und langfristig verfügbare

**kein markt, kein staat, kein rektorat!
selbstorganisiert im
bildungssyndikat.**

: uniLinks!

Mittel nicht im Verhältnis zueinander. Im Inneren steht die Bundeswehr ebenfalls vor großen Herausforderungen.“ Kritisiert wird also einerseits, dass zu wenig Ressourcen für die Bundeswehr zur Verfügung gestellt werden und andererseits werden die Widerstände und Kritik im Land gegen die Bundeswehr und ihre Kriege als Problem begriffen. So empfiehlt die Stiftung, konkrete und parteiische Diskussionen über bundeswehrbetreffende Fragen in der Öffentlichkeit zu initiieren: „Wie muss die Bundeswehr in Zukunft ausgerichtet werden? Wie kann der gesellschaftliche Rückhalt der Bundeswehr gestärkt werden? Welche Lehren muss die deutsche Sicherheitspolitik aus dem Afghanistaneinsatz ziehen? Welche Zukunft hat die Wehrpflicht, und welche Herausforderungen ergeben sich aus möglichen Ersatzmodellen für die Operationsfähigkeit der Bundeswehr und ihre Verankerung in der

Gesellschaft?“

Mit diesen Fragen bringt diese scheinbare Kooperationspartnerin der Uni Bielefeld also Folgendes deutlich zum Ausdruck: Die Stiftung ist Gegnerin einer an der Bundeswehr desinteressierten oder ihr gegenüber kritischen Öffentlichkeit. Sie ist für Formen der Militarisierung und des Militarismus offen und überlegt wie diese Öffentlichkeit für Kriege zu werben ist. Die Stiftung möchte die Kriegsführung im Lichte zukünftig geplanter Kriege effektivieren. Die Bundeswehr soll im Fall einer Abschaffung der Wehrpflicht ihre bisherige Stärke in jedem Fall behalten.

Bedient werden von der Stiftung also hauptsächlich Interessen der Rüstungsindustrie und der Bundeswehr. Dieser Militärisch-Industrielle Komplex bedeutet

für die Allgemeinheit im Inland Zwangsarbeit und Zwangsausbildung zum Töten (Wehrpflicht) und im Ausland die materielle und existenzielle Bedrohung von Menschenleben durch Krieg und Aufstandsbekämpfung.

DIE MITARBEITER_INNEN DER STIFTUNG:

Die Stiftung beschäftigt für den Themenbereich „Transformation der Bundeswehr“ mehrere Fellows, die ausnahmslos eine starke akademisch-militärische Anbindung besitzen: Timo Noetzel – Senior Policy Advisor des Vorsitzenden der Münchner Sicherheitskonferenz, politischer Berater beim ISAF Regional Commander North, politischer Berater des Allied Joint Force Commanders in Brunssum. Bastian Kuhl – Offizier im Deutschen Heer (1995-2008), Chefredakteur des

NATO-ISAF-Radios in Afghanistan bei der Truppe Operative Information (2004, 2005, 2007). Oliver Lenz – Grundsatzreferent und Reden-schreiber im Planungsstab des Bundesverteidigungsministerium. Nicole Schilling – Dezentnerin für Personalgrundsatzangelegenheiten des Sanitätsdienstes im Personalamt der Bundeswehr. Wahrnehmung militärischer Führungsverantwortung als Einheitsführerin in Afghanistan und Bosnien-Herzegowina. Tim Wagner – Projektleiter bei EADS Deutschland GmbH, Offizier bei der Deutschen Marine (1994-2006). Expertise: „europäische Rüstungsindustrie“. Martin Zapfe – Offizier der Reserve, Mitautor von Studien zur Führungsorganisation der Bundeswehr und zum ISAF-Einsatz in Afghanistan und Verfasser wissenschaftlicher Aufsätze zu Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Expertise: „Operative Herausforderungen von neuen Konfliktszenarien“.



Martin Zapfe und Thomas Rid schrieben für die Financial Times Deutschland am 13. April 2010, einen Artikel unter dem Titel „Militär verdient Gehör“. Darin sprachen sie sich dafür aus, die Kompetenzen und öffentliche Präsenz der Bundeswehr auszubauen. „Die Regierung und der Bundestag haben das Recht auf einen privilegierten Zugang zu militärischem Rat. Und die Bundeswehr entscheidet nicht selber über ihre Einsätze, sondern wird eingesetzt. Doch wer ‚vernetzte Sicherheit‘ fordert, der fordert gleichzeitig mehr politischen und militärischen Sachverstand in der demokratischen Debatte. Nur so kann verhindert werden, dass die öffentliche Unterstützung für den Einsatz noch weiter abrutscht.“ Timo Noetzel führt in seinem Artikel „Beendet die Kleinstaaterei der EU-Mitglieder in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik!“ die

getöteten Zivilist_innen in Afghanistan nicht auf die konkreten Tötungsbefehle zurück, sondern einzig auf mangelndes technisches Know-How der Bundeswehr: „Die Armee soll sich gegen die Aufständischen durchsetzen, dabei aber unbedingt Rücksicht auf die Zivilbevölkerung nehmen. Um ihr eigenes Leben zu schützen, benötigen die Soldaten bestmögliche Ausrüstung und die modernste Technologie, zum Beispiel im Bereich der Aufklärung und der Kommunikationsmittel.“ Das gravierendste Problem des Militärs sieht er also in dessen Unterfinanzierung. „Gleichzeitig ist die Bundesregierung in Berlin aber mit dem Problem konfrontiert, das Budget einschließlich des Verteidigungshaushalts zu kürzen und Rüstungsprojekte zu reduzieren, zu strecken oder ganz zu streichen.“ Noetzel dagegen würde gerne den gesamten europäischen Verteidigungshaushalt erhöhen um nach US-Vorbild „einsatzfähiger“ zu sein.

FAZIT:

Eine ergebnisoffene oder kriegskritische Diskussion liegt der Stiftung somit selbstverständlich vollkommen fern. Sie möchte den öffentlichen Diskurs über Bundeswehr und Rüstungsindustrie dominieren und lenken. Damit würde die Stiftung, wäre sie in irgendeiner Weise an der Uni vertreten, den universitären Kommunikationsraum angreifen, um ihn einzig für seine Interessen zu instrumentalisieren. Finanzierungsmitglieder und Mitarbeiter_innen stammen aus dem Bereich Militär und Rüstung und agieren offen in deren Sinn. Ihnen geht es nicht um Abrüstung oder eine friedlichere oder gerechtere Welt sondern um das Gegenteil – die Aufrechterhaltung und den Ausbau

gegenwärtiger Macht- und Unterdrückungsverhältnisse. Dies drückt sich aktuell vermehrt in verschiedenen Ordnungskriegen aus, vor allem in der direkten oder indirekten militärischen und/oder polizeilichen Unterwerfung von Bevölkerungen vornehmlich in Trikontstaaten (Südamerika, Afrika, Asien). Die Stiftung ist damit weder unabhängig noch gemeinnützig. Ein wissenschaftlicher oder sozialer Nutzen dieser politischen Ideologiefabrik für die Universität ist nicht gegeben.

WIR FORDERN:

Erstens eine öffentliche Aufklärung und Stellungnahme des Rektorats darüber, warum an einer so wichtigen Stelle (Bereich Forschung) auf der Internetpräsenz der Universität, ein Link zur „Stiftung Neue Verantwortung“ platziert wird, ohne auch nur annähernd Auskunft darüber zu geben, welcher Zusammenhang zwischen Stiftung und Universität besteht.

Zweitens eine öffentliche Distanzierung der Universität Bielefeld von der durch die europäische Rüstungsindustrie mitfinanzierten Stiftung und ihren Mitarbeiter_innen, die ganz offen und intensiv für eine Militarisierung der Gesellschaft

werben. Drittens die Integration einer Zivilklausel in die Grundordnung der Universität Bielefeld, die diese und andere Formen militärischer Einflussnahme auf die Hochschule verhindert, indem die Uni sich verpflichtet, in keinsten Weise Rüstungsforschung zu betreiben oder solcher Forschung zuzuarbeiten.

MILITARISIERUNG DER GESELLSCHAFT STOPPEN!

BUNDESWEHR ABSCHAFFEN!

NATO AUFLÖSEN!



Ökologie

...Ökologie

dieses wichtige Thema wurde von :uniLinks! immer mitgedacht und diskutiert - auch ohne eine Vielzahl von Veröffentlichungen...

:uniLinks! will Atomausstieg! Und Du?

(2000)

“Erbitterten Widerstand“ fordert die Bürgerinitiative Lüchow Dannenberg, wenn der nächste Castor rollt. In den nächsten Wochen ist mit einer Transportgenehmigung zu rechnen. Da ab 1. Juni bis 31. Oktober die Expo stattfindet, dann die Bullen nicht in der Lage sind, einen Castor durchzuprügeln, ist ein Transport im ersten Viertel des Jahres sehr wahrscheinlich.

Da die Lagerbecken von den AKWs Stade, Neckarwestheim, Biblis und Phillipsburg bald voll sind, kann die Atomlobby nur durch Wegschaffen von Müll in Castoren deren Weiterbetrieb sichern, obwohl Castoren rosten, Strahlung freigeben und trotzdem keine andere Endlagerung in Sicht ist.

Zudem ist jederzeit eine Kernschmelze möglich, wie kürzlich der Unfall bei der Überschwemmung in Blaye, Frankreich wieder gezeigt hat. “Bei einem Reaktorblock funktionierten schließlich noch zwei der vier Pumpen. Ohne sie wäre der Reaktorkern geschmolzen und der größte anzunehmende Unfall, der GAU eingetreten.” (taz,10.1.00)

Die nächsten Transporte bieten die Möglichkeit durch entschlossenen Widerstand die Atommafia aufzumischen und den Atomausstieg voranzutreiben.

Der AK Energie der Uni Bielefeld informiert über Gefahren der Atomenergie. Dazu gab es Ende letzten Jahres wissenschaftliche Vorträge:

Atomstrom ist YELLO

Uranabbau in Australien

Atomkraftwerke- unsicher und grundrechtswidrig

Rot/grün ist nicht anti-Atom

Aktuelle Infos, Bücher und Zeitschriften über Atomkritik und regenerative Energien sind bei uns zu haben. Kommt zu unseren nächsten offenen Treffen:

Montag,17.01.00 um 15:00 Uhr und am Mittwoch, 26.01.00 um 15:00 Uhr im Büro auf der AStA-Galerie (C1-172)

Gegenüber befindet sich übrigens ein Anti-Atom Infobrett.

:uniLinks! unterstützt Anti-Atom-Kampagnen, auch die informative Arbeit des AK-Energie. Der AK Energie hofft auch diesmal wieder auf breite Unterstützung im Studierendenparlament. Dafür brauchen wir eine starke linke Politik und diese gibt es nur mit :uniLinks!

ALSO WÄHLT :UNI-LINKS!



Epilog

We are stardust. We are golden.

Epilog – Juni 2017.

Das wars, Texte und mehr aus den ersten fünfzehn Jahren :uniLinks! – linke Liste im Stupa, an der Uni Bielefeld und darüber hinaus.

WIE GEHT'S WEITER?

Für das Projekt :uniLinks! hoffentlich nochmal fünfzehn Jahre an der Uni und in Bielefeld oder eben so lange, wie die schlechten Verhältnisse es nötig machen. Biographisch ging's und geht's für diejenigen, die in der Gruppe sind und waren, oft ganz woanders hin... ins Off, in eine andere Stadt, in die Kleinfamilie, in die Lohnarbeit, vielleicht Unikarriere, in die Arbeitslosigkeit, in die Depression, in die Interventionistische Linke, zu „ums Ganze“, in die Linkspartei oder immer noch in die Antifa und ins autonome Zentrum.

Der stetige personelle Umbruch innerhalb studentischer Politik musste und muss von der Gruppe :uniLinks! dabei immer wieder von Neuem bewältigt werden, manche Leute bleiben länger, manche nur kurz. Eine große Schwierigkeit war und ist es deshalb immer wieder, Wissen und Erfahrungen weiterzugeben ohne neue Personen in der Gruppe zu überrumpeln oder zu überladen. Zugleich war und ist es nicht leicht, immer wieder neue Leute dafür zu gewinnen, sich für die Hochschul- und Bildungspolitik zu interessieren. Die Uni bzw. das Studium ist schließlich für alle eine Art Durchgangsstation, in der nur für überschaubare Zeit Halt gemacht wird.

:uniLinks! hat sich dabei immer auch als Gruppe verstanden, in der Menschen zusammenkommen, die sich auch – und manchmal: vor allem – in anderen Gruppen organisiert haben. Es ist also nicht weiter verwunderlich, dass der Weg von :uniLinks! in den ersten fünfzehn Jahren nicht geradlinig war, sondern immer auch widersprüchlich

sowie – wie sollte es auch anders sein – immer von den Vorstellungen der Menschen geprägt, die gerade in der Gruppe aktiv waren.

Wesentlich für die ersten Jahre war eine starke Abgrenzung von den anderen Hochschulgruppen, die als etablierte Parteilisten, Spaßclubs, Pöstchenbesetzungsvereine und immer wieder gerne als monothematisch gedisst wurden. Zugleich hatte die Liste in ihrer parlamentarisch erfolgreichsten Zeit sechs der neunundzwanzig Sitze im Stupa und konnte über ihr Stimmgewicht konkreten Einfluss nehmen.

Beim Projekt Frauen-AStA 2000/2001 war :uniLinks! trotz antiparlamentarischem Gestus sogar eine der Stupa-Listen, die in der betreffenden Legislaturperiode den AStA mittrug, was im engen Sinne seitdem nicht mehr vorkam. Mit Ausnahme dieses einmaligen Projektes entstand erst Mitte der 2000er Jahre ein vermehrtes Interesse an der Zusammenarbeit mit anderen (eher) linken Hochschulgruppen. Zugleich arbeitete :uniLinks! nun auch zu bildungspolitischen Themen im engeren Sinne, was natürlich auch mit starken Veränderungen in der Hochschullandschaft zusammen hing.

So erfolgte eine kritische Auseinandersetzung mit den Hochschulreformen und der Neu-Ordnung der Unis. Im Zuge der Einführung allgemeiner Studiengebühren kam es ab 2006 das erste Mal seit den Hochschulstreiks 2002 wieder zu einer studentischen Protestbewegung, in deren Folge sich verschiedene Personen und Gruppen in der Uni stärker als vorher miteinander vernetzten. Dies führte, auch im Zusammenspiel mit der folgenden Protestwelle ab 2009 rund um die Einführung des Hochschulrates und der damit einhergehenden Entmachtung der universitären Selbstverwaltungsgremien, auch zu einer Veränderung des Selbstverständnisses von :uniLinks! – weg von einer kleinen, relativ geschlossenen Gruppe hin zu einem stark

:uniLinks! Reader

vernetztem und von vielen verschiedenen Menschen gemeinsam getragenen und -gestaltetem Projekt.

Ab 2008 konnte :uniLinks! wieder mehr Sitze im Stupa gewinnen, zwischenzeitlich sogar vier Sitze. Eingebunden in ein Bündnis mit anderen linken und alternativen Listen und zwischenzeitlich auch den Jusos konnte :uniLinks! in den Jahren seit 2010 konkret Einfluss auf den Haushalt der Studierendenschaft nehmen und auch die Etablierung der AG Freie Bildung und der Antira-AG mit eigenständigen Positionen im Haushalt mit durchsetzen. Seit 2013 wurde es für ein oder zwei Jahre ein wenig ruhiger um :uniLinks! Die studentische Hochschulpolitik war einmal wieder in eine Phase ohne größere Protestbewegungen und Dynamik geraten zu sein. Aber seit 2015 scheint sich in der linken Unipolitik und auch bei :uniLinks! wieder mehr zu tun. Auch die Proteste gegen das neue Mittelverteilungsmodell (MVM), mit dem das Rektorat die Finanzen der Fakultäten neu regeln möchte, trugen dazu bei.

Was bedeutet das für die Zukunft? – Wir hoffen dass die gewachsenen und erkämpften linken Strukturen an der Uni Bielefeld erhalten und weiter ausgebaut werden und freuen uns, wenn :uniLinks! dabei weiterhin den Kampf unterstützen kann.

Wir, die wir den Reader zusammengebastelt haben und seit einigen Jahren selbst nicht mehr in der studentischen Hochschulpolitik unterwegs sind, wünschen den :uniLinks!is aller Generationen, allen Zweifler_innen, allen Aktivist_innen, allen Kritiker_innen an der Uni Bielefeld und natürlich allen Leser_innen alles Gute!

:uniLinks!

NICHTS MUSS SO SEIN WIE ES IST. LOVELY DAY
FOR A REVOLUTION!



Audios und Videos von :uniLinks!

:uniLinks! hat über die Jahre immer mal wieder Töne und bewegte Bilder produziert. Es gab Wahlwerbeclips, Radiospots und Interviews mit Stupamitgliedern. Und auch eine von uns veranstaltete Podiumsdiskussion haben wir per Video aufgezeichnet. All das findet Ihr unter dem Reiter "Audio & Video" auf unserem Blog unilinks.info

Die Videos sind zusätzlich auch auf unserem Youtube-Channel zu sehen, den Ihr finden könnt, wenn Ihr "unilinksBielefeld" eingibt.

Radio-Wahlspot bei Hertz 87,9 zur Stupawahl 2002 - ":uniLinks! Anrufbeantworter Teil 1"

Radio-Wahlspot bei Hertz 87,9 zur Stupawahl 2004 - "this is what democracy looks like"

Radio-Wahlspot bei Hertz 87,9 zur Stupawahl 2005 - ":uniLinks! Anrufbeantworter Teil 2"

Radio-Wahlspot bei Hertz 87,9 zur Stupawahl 2011 - "Möhp - möhp! ein Mädchen namens Gerd"

Radio-Interview bei Hertz 87,9 mit Matthias und Nora 2013

Video-Mitschnitt von der Podiumsdiskussion "Von links in die Linkspartei?" 2013

Video-Wahlclip bei Youtube & Facebook zur Stupawahl 2014 - "Sozialdemokratie in der Sackgasse"

Radio-Interview bei Hertz 87,9 mit Maite und Marvin 2015

Video-Wahlclip bei Youtube & Facebook zur Stupawahl 2016 - ":uniLinks! Turnbeutel"

Viel Spaß beim Reinschauen und Reinhören!

#uniLinks!



unersetzlich, unwiderstehlich, ungeduldig

www.unilinks.info

e-mail: liste@unilinks.info